

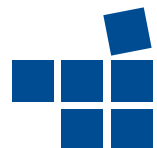
»WARUM AUSGERECHNET HIER?!«

Community Communication:
Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen



MBT »Ostkreuz«

für Demokratieentwicklung,
Menschenrechte und Integration



Inhaltsverzeichnis

■ Grußwort	4
■ Demokratie entwickeln: Vertrauen auf die Macht des Wortes	5
■ Konflikte im Gemeinwesen als Chance	8
■ Dialog im Gemeinwesen: Mehr als nur Reden	10
■ Community Communication: Konflikte vor Ort teilhabeorientiert lösen	12
■ Community Communication: Praxisbeispiele aus den Berliner Bezirken	16
■ Möglichkeiten der Intervention. Der Konflikt um die erste Moschee Ost-Berlins. Rückblick – Einblick – Ausblick.....	17
Interview mit Sandra Caspers und Gerd Müller von der Zukunftsinitiative Heinersdorf und Asif Sadiq von der Heinersdorfer Ahmadiyya-Gemeinde	22
■ Von Heinersdorf nach Hellersdorf.....	26
■ Bezirk Marzahn-Hellersdorf: Vom „Nein zum Heim!“ zu „Hellersdorf hilft!“.....	36
Interview mit Franz Allert, Präsident des Berliner Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)	45
Interview mit Dagmar Pohle (Die Linke), Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales in Marzahn- Hellersdorf.....	49
Interview mit Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter in Marzahn-Hellersdorf und Flüchtlingsbera- ter für die Partei Die Linke und die Volkssolidarität.....	52
Interview mit Michael Tielitz und Martina Wohlrabe von der Professionellen Wohn- und Betreu- ungsgesellschaft mbH (PeWoBe).....	55
■ Bezirk Neukölln: Aus Hellersdorf gelernt	58
Interview mit Bernd Szczepanski (Grüne), Bezirksstadtrat für Soziales in Neukölln.....	58
■ Bezirk Pankow: Keine Angst vor Fragen	61
Interview mit Yvonne Lieske, Zentrale Heimleitung der PRISOD.....	61
■ Serviceteil und Empfehlungen auf einen Blick	64
■ Häufig gestellte Fragen	65
■ Empfehlungen an Bezirksämter für die Organisation und Durchführung von Informationsveranstal- tungen für Anwohner/innen.....	74
■ Empfehlungen an Träger von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende für die Öffentlichkeitsarbeit.....	77
■ Impressum	82

Grußwort

Von Wolfram Hülsemann



Was hält eine Gesellschaft zusammen, in der Menschen mit unterschiedlichsten Erfahrungen, unterschiedlichsten Traditionen, Überzeugungen und Grundoptionen einander Nachbarn sind oder werden sollen? Wenn gemeinsame Wege und Lebensorte geteilt werden müssen und über Perspektiven nachzudenken

ist – zeitweilig oder auch auf Dauer? Was hält eine demokratisch orientierte Gesellschaft zusammen? Oder was kann sie bis zur kollektiven Gleichgültigkeit verstören oder in ihrem politischen „Wertekern“ zerstören?

Mit wirklich hoher Fach- und präzise reflektierter Erfahrungskompetenz hat sich das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Beantwortung dieser Frage über Jahre stellen müssen und nach angemessenen Antworten gesucht. Anlass dafür waren stets und ständig reale Herausforderungen. Konflikte in der Mitte der Gesellschaft, mitten in der Großstadtmetropole Berlin: Rechtsextremes, rassistisches Verhalten von Menschen und Gruppen, konfliktreiche Irritationen zwischen Gruppen der angestammten Bevölkerung und Gruppen später Dazugekommener mit jeweils unterschiedlichen Lebenskulturen und Traditionen. Anlass für dieses notwendige Suchen war aber auch der lebendige Diskurs unter Fachgenossen/-innen über Grundkonzeption und angemessene Strategien.

Das MBT »Ostkreuz« hat seine jeweils gefundenen Antworten innerhalb konkreter Handlungsfelder erprobt und modifiziert. Und hat damit nachweislich höchst erfolgreich gearbeitet. Von alledem erzählt die nun vorliegende Broschüre. Wer sie liest, wird für das kommunalpolitische Handeln Ermutigendes finden. Was hier festge-

halten wurde, lässt erkennen, wie breitere Teile der Bevölkerung über konflikthafte Situationen hinaus für Mitverantwortung und Mitgestaltung des Gemeinwesens zu gewinnen sind. Bürgerpartizipation, die über den gerade vitalen Protest hinausgeht!

Von der demokratischen Idee Faszinierte zeigen sich – Gott sei Dank – empört, sobald Neonazi-Umtriebe oder diffuse rechtsextreme, menschenverachtende Verhaltensweisen erkennbar sind. Und das eben nicht nur an den fälschlicher Weise so genannten Rändern der Gesellschaft.

Aus sich heraus entwickelt lebendige Demokratie Empathie für die Bedrohten und die Opfer. Und das völlig unabhängig von Wahlterminen. Demokratische Empörung setzt erfahrungsgemäß aber auch Fantasie für das Leben im Gemeinwesen frei. Aus der vorliegenden Broschüre lerne ich: Bürgerunwille und Bürgerprotest werden sich unter professioneller Begleitung zum zielführenden Bürgerdiskurs und zur Mitgestaltung im Gemeinwesen entwickeln können. In gemeinsamer Verantwortung aber unterscheidbaren (!) Rollen können kommunale Verwaltungen und professionelle Beratung an diesen Zielen langfristig arbeiten. Langfristig – weil wir wohl alle inzwischen lernen mussten, dass man rechtsextremes und menschenverachtendes Denken und Verhalten nicht heute oder morgen „abschaffen“, des Platzes verweisen kann. Demokratische Schnellschüsse gibt es nicht. Die Broschüre des MBTs »Ostkreuz« beschreibt Entwicklungsprozesse! Dafür und für die geleistete Arbeit ist seinen Mitarbeitern/-innen wirklich zu danken.

Wolfram Hülsemann ist Theologe, Coach und Organisationsberater sowie der Gründer und ehem. Leiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung (demos).

Demokratie entwickeln: Vertrauen auf die Macht des Wortes

Vorwort



Carl Chung, Projektleiter des Mobilen Beratungsteams
»Ostkreuz«, Stiftung SPI

„Diskutieren soll helfen“, betitelte das „Neue Deutschland“ einen Bericht über die Vorstellung des „Bezirklichen Aktionsprogramms zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ am 5. Februar 2014¹. Der zweifelnde Unterton der Überschrift ist schwer zu überhören. Und tatsächlich mochte es vor dem Hintergrund der seit dem Sommer 2013 fortgesetzten rechtsextremen Hetzkampagne gegen das Flüchtlingswohnheim in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße auf den ersten Blick schwer nachvollziehbar sein, wieso Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) ein Programm vorstellte, das statt auf die zunehmend militanten Aktionen organisierter Neonazis auf die Demokratieentwicklung in der „Mitte der Gesellschaft“ und nicht zuletzt auch in demokratiedistanzierten Milieus fokussiert ist.

Müssen Demokrat/innen und muss das Bezirksamtskollegium angesichts der menschenverachtenden Hetze und zunehmend militanter werdenden Aktionen deutsch-völkischer Rechtsextremist/innen im Bezirk nicht wenigstens „laut aufschreien“, wie es ein Bezirksverordneter der Linkspartei in dem Bericht des „Neuen Deutschland“ fordert?

Richtig ist zweifellos, dass jede von den rechtsextremen Verächtern unserer Demokratie ausgehende Hasskriminalität auch ein Angriff auf das freiheitlich-demokratische Gemeinwesen sowie seine Normen und Werte ist, deren oberstes Gebot die Achtung der Menschenwürde darstellt. Rechtsextreme Hetze und Gewaltakte sind Angriffe auf die Realität der Einwanderungsgesellschaft, auf das Zusammenleben in Vielfalt und auf die Werteordnung des Grundgesetzes.

Aber bringt es die Täter/innen in die Defensive, wenn Demokrat/innen bei jeder Attacke von rechts außen laut aufschreien? Wessen Handlungsfähigkeit beweist eine unmittelbare und oft vorhersehbare Reaktion auf rechte Aktionen? Und wie oft lässt sich dieses reaktive Vorgehen wiederholen, ohne sich abzunutzen?

Manchmal lohnt es sich, die Ereignisse in ihrem weiteren Zusammenhang zu betrachten: Der Berliner Verfassungsschutz schätzt das rechtsextreme Personenpotenzial in Berlin auf rund 1.300 Personen, von denen etwa die Hälfte als gewaltbereit gilt. Das entspricht knapp 0,4 bzw. 0,2 Promille der 3,4 Millionen Berliner/innen. Tatsächlich haben die Rechtsextremist/innen um die NPD auch bei den allermeisten Aktionen gegen das Flüchtlingsheim in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße vom Herbst 2013 bis Anfang 2014 keine anhaltende Mobilisierungskraft demonstrieren können, die – in Relation zu den rund 250.000 Marzahn-Hellersdorfer/innen – über diese Größenordnung hinausgegangen wäre. Und das obwohl sie sogar Unterstützung

¹ Bericht von Marina Mai im „Neuen Deutschland“ vom 06.02.2014, in: <http://www.neuesdeutschland.de/artikel/923167.diskutieren-soll-helfen.html> (14.02.2014).

von zugereisten Rechtsextremist/innen erhielten, die nicht in Marzahn-Hellersdorf und z.T. nicht in Berlin wohnen.

Ein paar Dutzend von gruppenbezogenem Menschenhass getriebene Aktivist/innen können nicht das eigentliche Problem sein. Vielmehr geht es um die Resonanz, auf die ihre Hasspropaganda (bis hin zu terroristischen Aktionen) stößt – vor allem in Milieus, in denen das Gefühl vorherrscht, von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt, an den Rand gedrängt und von der etablierten Politik (oder „denen da oben“) vernachlässigt, übergangen, nicht ernst oder überhaupt nicht wahrgenommen zu werden. Solche Befindlichkeiten sind vor allem in bildungsbenachteiligten und sozial schwachen Milieus, aber auch bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ verbreitet.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte muss die Demokratie in Deutschland wehrhaft sein. Der demokratische Staat muss über hinreichende Mittel verfügen, um ausdrückliche Feinde der freiheitlichen Demokratie – auch durch Zwang – von der Durchsetzung ihrer Ziele abhalten zu können. Doch der Zwang muss Grenzen und eine gesetzliche Grundlage haben. Nicht nur, weil sonst die freiheitliche, auf die Menschen- und Bürgerrechte gegründete Demokratie bei dem Versuch, ihre Substanz zu schützen, eben diese selbst verletzte und letztlich zu einer Willkürherrschaft mutierte. Die Willkür des Rechts des Stärkeren kann auf Dauer nur durch die Stärke des Rechts überwunden werden. So ist der Gedanke, jede Gewalt- und Willkürherrschaft auszuschließen, ein tragendes Prinzip des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland². Die Notwendigkeit der gesetzlichen Legitimation und Begrenzung staatlichen Zwangs ergibt sich für das demokratische Gemeinwesen aber auch – um einen tiefen Gedanken aus der Feder Rosa Luxemburgs aufzugreifen – gleichsam aus dessen Natur; denn: *„Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürrig, so armselig, so schematisch, so*

unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt“³.

Staatlicher Zwang, der nicht durch Recht und Gesetz begründet und begrenzt wird, greift also nicht nur die theoretische Grundlage der freiheitlichen Demokratie an, sondern auch das, was die Vitalität einer lebendigen Demokratie ausmacht. Denn die eigentliche Stärke der freiheitlichen Demokratie liegt in ihrem Kern – nämlich in den Verständigungs- und Aushandlungsprozessen einer Diskurs- und Gestaltungsgemeinschaft gleichgestellter Zivilbürger/innen, die in einer demokratischen Streitkultur miteinander um Lösungen für Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens ringen. Dafür gewährleistet der demokratische Verfassungsstaat den formalen Rahmen. Seine Lebenskraft bezieht er aber aus dem Wettstreit der Ideen, der ohne die wirkliche Freiheit, quer- und anders zu denken, zum hohlen Schaukampf opportunistischer Polit-Karrierist/innen verkommt. Die notwendige Freiheit ist jedoch nur dann wirkliche Freiheit, wenn sie auch die Freiheit zu einem Andersdenken ist, das vorherrschende Normen in Frage stellt und zu Forderungen führt, die einer großen Mehrheit als unsinnig, anstößig oder schädlich gelten können. Sie ist erst wirkliche Freiheit, wenn sie zulässt, ins Unreine zu sprechen und ein Andersdenken auch dann zu äußern,

² Vgl. z. B. Art. 20 [3] GG.

³ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. IV, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin [Ost] 1987 [4. Auflage], S. 360. Aus dem Zusammenhang dieses Gedankengangs stammt auch das von Stalinismuskritiker/innen und Bürgerrechtler/innen in der DDR immer wieder aufgegriffene Luxemburg-Zitat: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird“ (Rosa Luxemburg, ebd., S. 359).

wenn es (noch) nicht von mangelnder Reflexion und Differenzierung, unangemessenen Verallgemeinerungen und Überspitzungen, unvernünftigen Ängsten und verbreiteten Vorurteilen bereinigt ist. Nicht, um solch ein Andersdenken unwidersprochen stehen zu lassen, sondern um die Auseinandersetzung zu ermöglichen, von der die Demokratie lebt und die ihre eigentliche Stärke ausmacht.

Der Zwang beginnt, wo die offene Diskussion, der Streit um die überzeugendsten Argumente und die Begegnung mit Worten endet. Und wo der Zwang endet, beginnt die Freiheit, von der die Demokratie lebt. Doch hilft Diskutieren gegen die demokratiegefährdende Resonanz, welche die Verächter/innen unserer Demokratie bis in die „Mitte der Gesellschaft“ erzeugen? Vielleicht, ja ganz sicher: nicht immer! Aber: Wozu und bis wohin hilft Zwang?

Die Partei, der die Tageszeitung „Neues Deutschland“ nahesteht, plakatiert seit Jahren eine für Wahlkampfslogans vergleichsweise tiefsinnige Botschaft: „Nazis raus – aus den Köpfen!“ Um der Resonanz völkisch-rassistischer, ethnochauvinistischer, aggressiv-nationalistischer und minderheitenfeindlicher Propaganda in der „Mitte der Gesellschaft“ entgegen zu wirken, sollen keine Menschen, sondern menschenverachtender Ungeist vertrieben werden. Und wenn solcher Ungeist aus den Köpfen vertrieben werden soll, hilft kein Zwang.

„Nazis raus aus den Köpfen! – Das ist notwendig, und das wird man durch Verbote allein nicht erreichen können. Hier sind langfristige Gegenstrategien statt kurzfristiger Lösungsversprechen gefragt.“⁴

Diese Aussage klingt nicht nur mit Blick auf die Frage eines NPD-Verbots (zu der man mit guten Gründen durchaus unterschiedliche Auffassungen haben kann) auch nach 15 Jahren noch nicht unvernünftig.

Ein strategischer Ansatz zur Demokratieförderung gegen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Bestrebungen könnte durchaus etwas mit Diskutieren zu tun haben. Nicht im Sinne rhetorischer Spiegelfechtereier, wechselseitiger Monologe oder polemischer Debatten, sondern eher im Sinne von „Begegnung im Gespräch“ – nämlich der Kommunikation der Repräsentant/innen des demokratischen Gemeinwesens mit dessen Souverän zu den „heiklen Themen“, die Extremist/innen und Populist/innen von rechts außen so gerne für ihre Zwecke instrumentalisieren. Gemeint ist das Format, die Haltung und der Prozess des Dialoges als (in seiner wörtlichen Bedeutung) „Fließen von Worten“ in zwischenmenschlicher Interaktion: Nämlich zwischen Politiker/innen, Vertreter/innen staatlicher Verwaltungen und öffentlicher Institutionen sowie Bürger/innen – auch eher marginalisierten und demokratiedistanzierten Bürger/innen mit Ängsten und Vorurteilen.

Auch und gerade bei „heiklen Themen“ soll und kann reden helfen – was denn sonst?!

Carl Chung
Projektleiter des Mobilen Beratungsteams »Ostkreuz«, Stiftung SPI

⁴ So der damalige PDS-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Stefan Liebich in der Aktuellen Stunde des Landesparlaments am 10. Februar 2005 zum Thema „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – Politik und Gesellschaft sind gefordert“ (vgl. http://www.die-linke-berlin.de/politik/positionen/gegen_rechts/nazis_raus_aus_den_koepfen/, 14.02.2014).

Konflikte im Gemeinwesen als Chance

Von Aylin Karadeniz

An der Ecke, an der vorher nichts war, entsteht ein neues Einkaufszentrum, ein Stück der ehemaligen Mauer wird abgerissen, um Platz für Luxuswohnungen zu schaffen, und der Kleingarten muss der Stadtautobahn weichen. Die Stadt verändert sich permanent und das nicht immer konfliktfrei.

Veränderungen des eigenen Lebensraums empfinden davon Betroffene oft als tiefgreifend. Denn der unmittelbare Sozialraum stellt eine wichtige Ressource zur Lebensbewältigung dar – als Raum, in dem soziale Kontakte gepflegt werden und der dem Alltag Struktur und Halt gibt.

Gerade in Stadtteilen und Quartieren, in denen die Bewohnerschaft ohnehin schon benachteiligt ist bzw. sich so fühlt, können Veränderungen im Sozialraum besonders destabilisierend wirken. Es können Verunsicherungen auftreten, die sich beispielsweise in der Angst vor Verdrängung oder Ohnmachtsgefühlen ausdrücken. Dies kann sich auch in der Abwertung einer anderen gesellschaftlichen Gruppe äußern. Ob es nun „die Muslime“ oder „die Flüchtlinge“ sind: Entscheidend ist, dass diese „eindringende Gruppe“ als der Auslöser der Veränderung und damit zunächst als das „eigentliche Problem“ wahrgenommen wird.

Bei genauerer Betrachtung derartiger Konflikte fällt auf, dass sich die direkt betroffene Anwohnerschaft angesichts der Veränderung oft übergangen und damit ausgeschlossen von der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes fühlt. Ob es um eine neue Moschee oder – wie aktuell in fast allen Berliner Bezirken – um eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende geht: Nicht am Bau oder Umbau eines Gebäudes, der durchaus das Erscheinungsbild einer Umgebung ändern kann, entzünden sich die Gemüter. Es geht um eine neue und unbekannte Nachbarschaft, die den unmittelbaren

Lebensraum der dort ansässigen Bevölkerung beeinflussen und verändern wird.

Berlin und seine Bezirke stehen vor der Herausforderung diese Veränderungen zu organisieren. Um Konflikte, die mit Veränderungen im Gemeinwesen einhergehen können, zu verstehen und zu bearbeiten, ist der Blick auf den direkten Sozialraum und seine Strukturen unabdingbar. Um Ohnmachtsgefühlen und Ängsten zu begegnen, sollte die ansässige Bewohnerschaft aktiv in den Prozess der Veränderung einbezogen werden. Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, reicht weit über das bloße Bereitstellen von Informationen hinaus. Partizipation kann nur entstehen, wenn Politik und Verwaltung bereit sind, mit Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu treten.

Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI stellt Ihnen in dieser Broschüre Wege vor, Konflikten im Gemeinwesen zu begegnen. Im Mittelpunkt stehen aus aktuellem Anlass Konflikte, die mit der Eröffnung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge einhergehen. Politik, Verwaltung und Bevölkerung stehen vor komplexen, aber lösbaren Herausforderungen, die auch eine Chance darstellen, Defizite in Sozialräumen aktiv anzugehen.

Denn so verschieden Konflikte im Gemeinwesen auf den ersten Blick erscheinen mögen, so ähnlich sind doch die grundlegenden Komponenten und Katalysatoren dieser Konflikte und damit auch die Voraussetzung ihrer Schlichtung: Verhärtete Fronten entstehen durch polarisierte Positionen. Zwischen den Polen „Pro“ und „Kontra“ bestehen viele andere, weniger gefestigte Positionen. Diese finden bei einem verhärteten Konflikt weder Gehör noch Raum.

Eine starke Fokussierung der öffentlichen Debatte auf die Konfliktpole führt entweder dazu,

dass sich die „unentschlossene“ Mitte, dem einen oder anderen Pol anschließt oder aber sich gänzlich zurückzieht. Politik- oder Demokratiedistanz von Bürgerinnen und Bürgern fußt letztlich auf dem z. T. berechtigten Gefühl, auf Entscheidungsprozesse und Gestaltung des eigenen Lebensraums keinen Einfluss nehmen zu können. Die Ursache dafür liegt auch an der fehlenden Transparenz politischer und administrativer Prozesse für die Bevölkerung.

Pluralisierung und Versachlichung der unterschiedlichen Positionen kann eine zivilgesellschaftliche Streit- und Dialogkultur etablieren und bürgerschaftliches Engagement aktivieren. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist es, anzuerkennen, dass die Bearbeitung dieser Konflikte je nach Ausgangslage und Komplexität ein langwieriger Prozess sein kann und die kontinuierliche Zusammenarbeit bezirklicher und zivilgesellschaftlicher Akteure erfordert.

Externe Konfliktintervention und -moderation, wie sie das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI anbietet, unterstützt, begleitet und strukturiert diesen Prozess. Die Lösungswege eines Konflikts können jedoch nur durch die beteiligten Parteien in einem partizipativen Prozess ausgehandelt werden. Daher ist die erfolgreiche Schlichtung eines Gemeinwesenkonflikts immer abhängig von den Menschen, die in dem betroffenen Sozialraum leben bzw. mit ihm verbunden sind. Im Zentrum der Beratungsauf-

träge stand die Frage: Wie kann die Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende als transparenter und partizipativer Prozess gestaltet werden, der Nachbarschaft, Institutionen und bestehende Netzwerke einbezieht?

Die vorliegende Broschüre beschreibt exemplarisch verschiedene Gemeinwesenkonflikte in Berliner Bezirken, die in den vergangenen Jahren vom MBT »Ostkreuz« begleitet und moderiert wurden. Ergänzt werden die jeweiligen Kapitel durch Interviews mit Akteuren. In den Einleitungsartikeln wird der methodische Ansatz des Mobilen Beratungsteams näher beleuchtet: Sein Kern ist der Dialog – eingebettet in das Methodenset einer „Community Communication“, das die dialog- und beteiligungsorientierte Prozessbegleitung von Konfliktverläufen zusammenfasst. Im letzten Teil der Broschüre findet sich ein umfangreicher Serviceteil mit konkreten Empfehlungen und Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Thema Flüchtlinge. Diese Broschüre richtet sich vor allem an Entscheidungsträger/innen und Mitarbeitende in Politik und Verwaltung, Träger und Mitarbeiter/innen von Gemeinschaftsunterkünften, staatliche und nicht-staatliche Organisationen und Institutionen und nicht zuletzt an alle Berlinerinnen und Berliner, die bereits oder in Zukunft in direkter Nachbarschaft zu einer Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende leben.

Dialog im Gemeinwesen: Mehr als nur Reden

Von Carl Chung

Für eine möglichst breit einbeziehende, kritische, nach vorne gerichtete und ergebnisorientierte öffentliche Debatte im Rahmen einer demokratischen Streitkultur ist der Gemeinwesen-Dialog ein anspruchsvoller, aber möglicher und unter bestimmten Bedingungen erfolgversprechender Arbeitsansatz. Der Gemeinweisen-Dialog ist dabei nicht nur ein Veranstaltungsformat, sondern v.a. ein Prozess. Dialogische Verständigungsprozesse im Gemeinwesen zu fördern, ist der Kern des Arbeitsansatzes, in dem sich unter der Überschrift „Community Communication“ die Erfahrungen des Mobilen Beratungsteams (MBTs) »Ostkreuz« der Stiftung SPI verdichten.

Dieser Arbeitsansatz braucht eine feste Grundlage und einen geeigneten Rahmen. Zur Grundlage gehört vor allem, dass die Substanz des menschenrechtlichen, freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassungskonsenses ebenso wenig zur Disposition steht wie die Erfüllung gesetzlicher Aufträge durch staatliche Akteure und die Inanspruchnahme von verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechten und Freiheiten durch natürliche und juristische Personen. Zum Rahmen gehören z. B. die Festlegung des Grundanliegens, also einer thematischen Überschrift und inhaltlichen Eingrenzung des Gesprächsgegenstandes sowie Gesprächsregeln, die zumindest die Einhaltung gesetzlicher Normen gewährleisten.

Dialog im Sinne dieses Ansatzes braucht und fördert darüber hinaus...

- die Bereitschaft aller Beteiligten, auf den bloßen Vortrag oder Austausch vorgefertigter Statements ebenso zu verzichten wie auf bloße Unterstellungen, demagogische Polemik und abwertende Fremdzuschreibungen;
- die Bereitschaft und den Mut, sich gegenseitig zuzuhören, Vertrauen zu wagen und sich so aufeinander einzulassen, dass eine zwischenmenschli-

che Beziehung entstehen kann, die Gegenseitigkeit schafft und Verständigung ermöglicht;

- die Bereitschaft und Fähigkeit, Kritik in der Sache als solche zu erkennen, sie ebenso aussprechen wie aushalten und ebenso annehmen wie ohne persönlichen Groll ablehnen zu können;

- die Bereitschaft aller Beteiligten, eigene Positionen ehrlich zu vertreten, aber ggf. auch die Veränderung eigener Position zuzulassen

- und er braucht die Bereitschaft, sich auf gemeinsame Ziele und Vereinbarungen zu verständigen, aber auch „unterschiedliche Positionen stehen zu lassen und dennoch beieinander zu bleiben. All das erfordert Mut, Disziplin und u.U. gute Begleitung“⁵.

Dialog in diesem Sinne ist ein Prozess, der in zwei- oder mehrseitigen Konstellationen mit und ohne Moderation oder beratender Begleitung sowie in unterschiedlichen Settings gestaltet werden kann. Immer aber ist er auf eine Haltung gegründet, die den Dialogpartner/innen in gegenseitigem Respekt zugewandt ist und sie als grundsätzlich gleichwertige Mitgestalter/innen der gemeinsamen dialogischen Beziehung mit ihren jeweils eigenen berechtigten Interessen, Anliegen und Bedürfnissen achtet. Diese Haltung ermöglicht zwischenmenschliche Begegnungen, in denen Respekt, Teilhabe und Selbstwirksamkeit erfahrbar werden. Dies zu erleben, ist wiederum eine Grundlage für die Fähigkeit, solche Erfahrungen auch anderen zuzugestehen und durch die eigene Haltung zu vermitteln. Und das ist schließlich ein Ausgangspunkt zur Umkehrung der „umgekehrten Psychoanalyse“, mit der Populist/innen durch platte Verallgemeinerungen und

⁵ Kruse, Elisabeth: Mehr als Teetinken – oder: was ist Dialog? In: Dies., Zwischen Christen und Muslimen. Erfahrungen aus einem Berliner Bezirk, S. 7 (<http://www.ev-kirchenkreis-neukoelln.de/documents?id=58742>, 20.12.2013).

Stereotypisierungen Konflikte polarisieren und mit feindseligen Gefühlen aufladen.

Dieser Ansatz eines gemeinwesenorientierten Dialogs und der Weg, auf dem er entwickelt wurde, ist Gegenstand dieser Broschüre. Es ist ein Ansatz, der die Opfer von Diskriminierung und vorurteilsmotivierter Gewalt ebenso im Blick hat wie Bürger/innen, die, wenn sie sich vom „politischen Establishment“ und „den Medien“ vorschnell in die „rechte Ecke gestellt“ sehen, diese Fremdzuschreibung verinnerlichen könnten. Der dialogische Arbeitsansatz versucht, zwischen irrationalen Ängsten und Vorurteilen einerseits und elementaren Bedürfnissen und legitimen Interessen andererseits zu differenzieren. Er versucht, Fragen nach Anerkennung, Teilhabe und Zugehörigkeit als solche ernst zu nehmen und Sprachfähigkeit auch für „heikle Themen“ herzustellen, ohne diskriminierende Muster und Stereotypisierungen zu verfestigen. Und er versucht die Herausforderung des „Kampfes um die Köpfe“ anzunehmen, ohne mündigen Bürger/innen die Expertise in eigener Sache oder das Recht und die Fähigkeit zur selbständigen und eigenverantwortlichen Meinungsbildung abzusprechen.

Der dialogische Arbeitsansatz einer offen moderierenden Prozessbegleitung im Gemeinwesen soll auch die Frage aufgreifen, wie Bürger/innen aus einem distanzierten Verhältnis zum real existierenden demokratischen System für ein demokratisches Bürgerengagement (zurück-)gewonnen werden können. Auch mit Blick auf Bürger/innen, die zwar aus problematischen politischen Milieus kommen, bei denen sich aber der Verdacht eigener verfassungsfeindlicher Aktivitäten nicht erhärten lässt, sondern vielmehr die Bereitschaft zu erkennen ist, sich von den problematischen politischen Milieus zu lösen. Dabei muss es immer wieder um nachvollziehbare Etappen zu einem respektvollen Miteinander im Gemeinwesen gehen, bei denen alle Beteiligten vor der Aufgabe stehen, die Glaub-

würdigkeit ihrer Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft zu beweisen.

Tatsächlich geht es immer wieder um Glaubwürdigkeit, gegenseitigen Respekt und Offenheit für andere Perspektiven und neue Einsichten – auf allen Seiten. Dabei ist der Ansatz einer dialogischen Gemeinwesenkommunikation mit keinem kurzfristigen Lösungsversprechen verbunden. Doch nach Auffassung des MBTs »Ostkreuz« bietet dieser Arbeitsansatz, in dem sich die Erfahrungen aus über acht Jahren offen moderierender Beratung und Prozessbegleitung verdichten, erfolgversprechende Möglichkeiten zum Umgang mit Gemeinwesenkonflikten – etwa im thematischen Zusammenhang mit Moscheebauvorhaben, mit dem Zuzug von niedrigqualifizierten Migrant/innen aus Südost- und Südeuropa sowie mit der humanitären Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Zentralasien, dem Nahen Osten und Afrika.

So versteht das MBT »Ostkreuz« seinen Arbeitsansatz der „Community Communication“ als eine notwendige Antwort auf aktuelle Herausforderungen, vor die sich das demokratische Gemeinwesen einer pluralen Einwanderungsgesellschaft gestellt sieht. Dieser Ansatz ist mehr als ein Veranstaltungsformat und ein Methodenset. Er ist vor allem ein Leitgedanke für die Konfliktbearbeitung, der auf die Begegnung im Gespräch setzt – nämlich in einer Haltung, in der sich der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte manifestiert:

„All human beings are born free and equal in dignity and rights. They are endowed with reason and conscience and should act towards one another in a spirit of brotherhood.“⁶

⁶ Auf Deutsch: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Community Communication: Konflikte vor Ort teilhabeorientiert lösen

Von Ann-Sofie Susen

Community Communication ist ein von der Stiftung SPI entwickelter und erprobter Arbeitsansatz, um gemeinwesenbezogene Konflikte lokal und partizipativ zu bearbeiten mit dem Ziel, Kommunikationsplattformen anzubieten, um alle Interessengruppen dauerhaft einzubinden und Konflikte langfristig zu lösen.

Im Wesentlichen können drei Szenarien der Konfliktbearbeitung und -lösung im Gemeinwesen beschrieben werden.

1. Der Konflikt wird mittels Durchsetzung einer Konfliktpartei gelöst. In diesem Szenario stehen sich zwei oder mehrere Konfliktparteien gegenüber und eine Partei setzt mittels Entscheidungsgewalt die eigene Position durch. In diesem Szenario droht eine Eskalation, da die Gegenpositionen oft ungehört und unberücksichtigt bleiben und ein Aufeinanderzugehen unterbleibt. Aus Sicht der gegnerischen Position, siegt der Stärkere (aufgrund von Entscheidungsmacht, Einflussmöglichkeiten, Diskurshoheit, finanzieller Ressourcen etc.). Gewonnen hat jedoch im Sinne einer beteiligungsorientierten Konfliktlösung keine der Parteien. Und in diesem Szenario bleiben die eigentlichen Potentiale eines Konflikts ungenutzt: Wichtige Bedenken, Alternativmodelle, Perspektivwechsel, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, die gegenseitige Befruchtung von „Regierung“ und „Opposition“. Ein solcher Konfliktverlauf kann langfristige Folgen für ein Gemeinwesen haben: Verdrossenheit bei den Verlierer/innen, Deaktivierung von Bürgerengagement, Verschärfung von zukünftigen Konfliktlagen.
2. Der Konflikt wird durch Befriedung gelöst. In diesem Szenario stehen sich die

Konfliktparteien ebenfalls konträr gegenüber. Eine der Konfliktparteien oder ein externer Akteur befriedet die Situation jedoch durch Ausgleichsangebote oder „Geschenke“. Der Grundkonflikt wird zwar nicht gelöst, aber mindestens vorübergehend stillgelegt. Wenn hierdurch eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entsteht, kann dieses Vorgehen durchaus sinnvoll sein. Allerdings werden auch in diesem Modell die Potentiale eines Konflikts nur unzureichend genutzt und die Übereinkunft ist eher fragil, denn langfristig tragfähig.

3. Der Konflikt wird durch Kompromissfindung gelöst. In diesem Szenario kommt es zu einem Kompromiss oder sogar einer konsensualen Konfliktlösung, der/die von der Mehrheit der Beteiligten akzeptiert und im besten Falle von allen aktiv mitgetragen wird. Dieser Konfliktausgang setzt voraus, dass alle Interessengruppen sich gleichermaßen äußern können, gleichermaßen angehört werden und sich auf Augenhöhe begegnen. Allen Akteuren wird das Vertrauen geschenkt, gute Argumente zu haben, die in der Konfliktlösung zu berücksichtigen sind. Die Vieltimmigkeit der Interessen wird deutlich und sichtbar, es kommt zum Kompromiss oder Konsens, wobei es durchaus denkbar ist, dass sich eine der ursprünglichen Sichtweisen am Ende durchsetzt. Wichtig ist die Akzeptanz auf allen Seiten.

Nicht selten lassen Konflikte im Gemeinwesen keinen oder nur sehr wenig Entscheidungsspielraum zu, da juristische Regelungen vorgreifen oder die lokalen Akteure keine Entscheidungsbefugnis haben. Doch auch in diesem Fall ist der Konflikt als Konflikt zu bearbeiten, wenn das Ergebnis der Entscheidung die Interessenparteien tangiert und unmittelbaren Einfluss auf diese hat. Der nicht vorhandene Entscheidungsspielraum muss jedoch deutlich kommuniziert und transparent sein sowie politisch verantwortet werden. Darüber hinaus müssen Gestaltungsspielräume eröffnet werden, um die Po-

tentiale und Ressourcen des Konflikts zu nutzen und Bürgerengagement positiv zu aktivieren.

Der Ansatz Community Communication verfolgt das Ziel, Konflikte dauerhaft und tragfähig zu lösen, Entscheidungsspielräume zu nutzen, Bürgerengagement zu aktivieren und Konflikte als Chance begreifbar zu machen.

Der Ansatz geht davon aus, dass

- es in jedem Konflikt eine plurale Interessenskonstellation gibt, in der Regel sind das die Befürworter/innen, die Gegner/innen, die Unentschiedenen sowie die Indifferenten. Community Communication konzentriert sich im Sinne der Entschärfung von Interessensgegensätzen auf die Unentschiedenen und die Indifferenten, also die Gruppe derer, die pro und contra abwägen oder bisher keinen eigenen Standpunkt erkennen lassen, um der Polarisierung von Konflikten entgegenzuwirken und eine Pluralisierung der Konfliktlagen zu fördern;
- in jedem Konflikt jenseits des vordergründigen Konfliktgegenstands weitere Konfliktlagen, Interessen und Befindlichkeiten wirksam werden, die in der Bearbeitung des Konflikts zu berücksichtigen sind;
- in jedem Konflikt Energien und Ressourcen freigesetzt werden (Engagement und Zeit von Akteuren), die nutzbar sind, um ein friedliches, respektvolles Miteinander im Gemeinwesen aktiv zu gestalten;
- Konflikte die Chance bieten, Menschen Selbstwirksamkeit erfahren zu lassen, wenn hierfür der Raum und die Möglichkeit der Teilhabe gegeben werden;
- der Dialog, also die offene Kommunikation auf Augenhöhe aller Beteiligten bzw. Konfliktparteien Voraussetzung ist, um zu einem gegenseitigen Verständnis und zu einer langfristigen, tragfähigen Kompromiss- oder Konfliktlösung zu kommen;

■ die Konfliktbearbeitung darauf abzielen sollte, von der Problemfokussierung zur Lösungsorientierung zu kommen;

- die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Konfliktlösung umso größer ist, je eher der Konflikt extern professionell begleitet wird.

Community Communication umfasst ein Methodenset, das abgestimmt auf die jeweilige Konfliktlage und die sozialräumlichen Bedingungen eingesetzt wird. Je nach Konfliktlage, Konfliktphase und Größe der Konfliktparteien reicht das Repertoire von öffentlichen, frei zugänglichen bis hin zu geschlossenen Veranstaltungsformaten. Eine stetige Rücksprache mit dem Auftraggeber ist zu gewährleisten. Verlauf, Auswahl und Abfolge der Methoden orientieren sich am Konfliktgegenstand, der bisherigen Konfliktentwicklung, den beteiligten Akteuren, den zur Verfügung stehenden Ressourcen und finanziellen Spielräumen, der Größe des Gemeinwesens und den Interessengruppen. Verlauf und Ergebnisse der Auseinandersetzung sind wertfrei zu dokumentieren und kontinuierlich zu überprüfen.

1. Phase: Auftragsklärung. Das Mobile Beratungsteam wird von der Kommune o.ä. beauftragt, einen Konflikt im Sinne der Ziele des Ansatzes zu begleiten. Vor Auftragsannahme folgt eine genaue Auftragsklärung, deren Ergebnis in einer Vereinbarung festgehalten wird.

2. Phase: Grundlegung. Sozialräumliche Erfassung der Konfliktlage. In dieser Phase wird zunächst eine auf das Thema bzw. Problem fokussierte sozialräumliche Konfliktanalyse erstellt. Im Weiteren werden die Interessensparteien und Gruppen identifiziert unter besonderer Berücksichtigung derer, die den polarisierten Interessen unentschieden oder indifferent gegenüberstehen. Mit den identifizierten Akteuren werden leitfadengestützte Gespräche zur Erfassung ihrer Motive, Interessen, Ressourcen etc. geführt. Darüber hinaus werden Fakten und Informationen gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um Informationsdefizite zu beheben und allen Interessierten eine eigenständige Meinungsbildung zu ermöglichen.

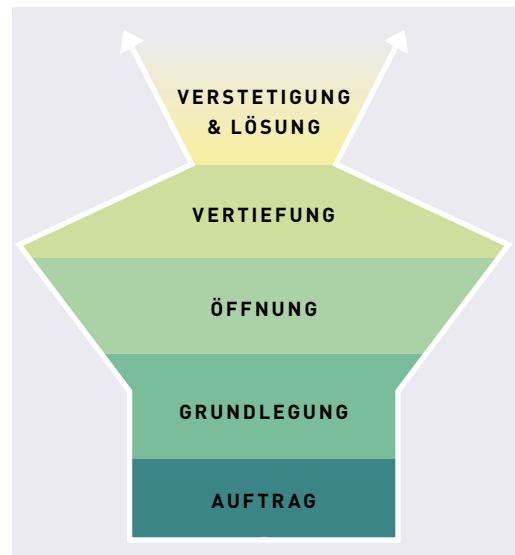
3. Phase: Öffnung. Konzeption, Organisation, Moderation und Implementierung von offenen Kommunikationsplattformen. In dieser Phase geht es um die Öffnung der Konfliktbearbeitung, die offensive Einladung zur Meinungsäußerung und Beteiligung. Das Methodensetting zeichnet sich in dieser Phase durch Niedrigschwelligkeit und Methodenvielfalt aus, um möglichst vielen Akteuren und Gruppen die Beteiligung an der Auseinandersetzung zu ermöglichen.

4. Phase: Vertiefung. Konzeption, Organisation, Moderation und Durchführung von geschlossenen Kommunikationsplattformen. Abgestimmt auf den bisherigen Konfliktverlauf kommen in dieser Phase Veranstaltungsformate zum Zuge, die vor dem Hintergrund des in der dritten Phase sichtbar gewordenen Meinungsspektrums, eine vertiefende und vertrauliche Auseinandersetzung der Akteure und Gruppen auf Augenhöhe ermöglichen. Im Zentrum stehen nun die extrahierten Argumente, mögliche Spielräume und Ideen für Lösungsmöglichkeiten. In dieser Phase müssen außerdem „Konflikte hinter dem Konflikt“ berücksichtigt werden. Hierdurch können sich neue Perspektiven auf den Konflikt eröffnen und Lösungswege herauskristallisieren, die bisher nicht sichtbar waren. In der Regel reduziert sich in dieser Phase die Anzahl der Beteiligten, in ihrer Funktion als Multiplikatoren wirken diese jedoch wieder zurück in das Gemeinwesen.

5. Phase: Verstetigung und Lösung. Etablierung von kontinuierlichen Kommunikationsplattformen und Netzwerken. Diese Phase dient der Aufrechterhaltung der Kommunikation, um die Konfliktlösung auf eine tragfähige Basis zu stellen. In der Regel wird das Ergebnis der Konfliktbearbeitung die beteiligten Akteure und Gruppen in unterschiedlichem Maße zufrieden stellen. Die Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle signalisiert in dieser Phase Wertschätzung gegenüber allen Konfliktparteien und ermöglicht wichtige Nachsteuerungsprozesse. Darüber hinaus können die entstandenen Kommunikationsplattformen und Netzwerke bereits Teil der Lösung sein, also positives Ergebnis der Konfliktbearbeitung – nicht mehr allein Mittel, sondern Zweck. Im besten Falle erwachsen aus den Kommunikationsstrukturen

manifeste Einrichtungen wie Nachbarschaftstreffs oder regelmäßige öffentliche Zusammenkünfte (Straßenfeste, Events). Diese Einrichtungen haben das Potenzial nachhaltig auszustrahlen und können bei zukünftigen Konfliktlagen präventiv wirken und/oder reaktiviert werden. An diesem Punkt kann wieder eine Öffnung in das Gemeinwesen hinein und eine Erweiterung der Beteiligung stattfinden. Hiermit ist dann ein langfristiger Nutzen jenseits des ursprünglichen Konfliktthemas für das Gemeinwesen entstanden. An dieser Stelle sollten außerdem die in den jeweiligen Phasen fortlaufend durch das Community Communication Team dokumentierten Schritte und Ergebnisse des Konfliktverlaufs zusammengefasst und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Rolle des Mobilen Beratungsteams Teams



ist durchaus im oben beschriebenen Sinne zielgerichtet, muss dabei aber allparteilich bleiben. Das Team sorgt dafür, dass alle Positionen sichtbar sind und gehört werden, es muss die fachlich sinnvollen Methoden und Vorgehensweisen bestimmen, Kommunikationsanlässe und Räume schaffen, dokumentieren und ansprechbar für alle sein. Politik, Medien und Konfliktparteien unterliegen qua Rolle strukturellen Erfolgsgrenzen bei der Konfliktintervention, so dass ein unabhängiges externes Team zur Konfliktbearbeitung ratsam ist.

Das methodische Repertoire der einzelnen Phasen wird in dieser Tabelle ersichtlich:

Phasen der Konfliktbearbeitung	Formate und Methoden
Auftrag	■ Auftragsklärung und Kooperationsvereinbarung
Grundlegung	■ Erstellung von Analysen und Materialien ■ Sammeln und Systematisieren von Fragen, Informationen, Argumenten, Anregungen (z.B. in Form von FAQs) ■ Vertrauensbildung und leitfadengestützte Gespräche mit Konfliktparteuren
Öffnung	■ Gestaltbare / Beschreibbare Plakatwände im öffentlichen Raum ■ World Café im öffentlichen Raum ■ Tischtafeln mit Einladung zum öffentlichen Essen und Trinken auf der Straße ■ Öffentliche Diskussionsveranstaltungen ■ Open Space ■ Interaktive Homepage / Social Media ■ Bürgerversammlungen und Bürgereingaben
Vertiefung	■ Expertenrunden, Hinzuziehung von Verantwortlichen und Ansprechpartner/innen ■ Fishbowl-Diskussionen ■ Geschlossene Dialogformate ■ Mediationsverfahren ■ Zukunftswerkstätten und Konferenzen
Verstetigung und Lösung	■ Etablierung einer kontinuierlichen Dialogrunde ■ Etablierung von Netzwerken ■ Einrichtung von Nachbarschaftstreffs ■ Dokumentation des Konfliktverlaufs und der Konfliktergebnisse

Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI konnte in den vergangenen Jahren in mehreren Konfliktfällen die Methode der Community Communication entwickeln und erproben, was in der vorliegenden Broschüre anschaulich dokumentiert ist. Zu nennen sind der Konflikt um den Moscheebau in Pankow-Heinersdorf, die Entwicklung verschiedener Dialogformate, nachbarschaftliche Auseinandersetzungen über ein vorwiegend von Romafamilien bewohntes Haus in Neukölln sowie die Konflikte um verschiedene Flüchtlingsheime in Berlin (Hellersdorf, Pankow, Neukölln). Das Team ist multiprofessionell zusammengesetzt, verfügt über heterogene biografische Hintergründe und relevante Qualifikationen (Sozial-, Islam-, Religionswissenschaften, Psychologie, Erwachsenenpädagogik, Mediation und Moderation).

Die Konfliktbearbeitung ist dann gelungen, wenn eine Eskalation verhindert und eine oder mehrere Lösungsstrategien unter Beteiligung der wesentlichen Interessengruppen gefunden wurden, die umsetzbar und tragfähig sind. Dabei ist nicht allein entscheidend, ob es sich am Ende um einen Kompromiss oder gar Konsens handelt, wenn dies auch im Sinne der eingangs beschriebenen Szenarien wünschenswert wäre. Wichtiger für den Erfolg der Konfliktbearbeitung ist, dass alle Akteure Gehör gefunden haben, angemessen berücksichtigt wurden und für ihre Haltung Wertschätzung erfahren haben. Zentral ist die langfristig wirkende Erfahrung für das Gemeinwesen, dass Demokratie zwar kein Wunschkonzert ist, aber Möglichkeiten der effektiven Beteiligung und damit auch der Einflussnahme bereit hält. Und, dass Konflikte zwar anstrengend sind, aber auch Chancen für alle Seiten bergen - wenn sie denn genutzt werden!

COMMUNITY COMMUNICATION: Praxisbeispiele aus den Berliner Bezirken

Möglichkeiten der Intervention.
Der Konflikt um die erste Moschee Ost-Berlins.
Rückblick – Einblick – Ausblick

Von Heinersdorf nach Hellersdorf

Bezirk Marzahn-Hellersdorf:
Vom „Nein zum Heim!“ zu „Hellersdorf hilft!“

Bezirk Neukölln: Aus Hellersdorf gelernt

Bezirk Pankow: Keine Angst vor Fragen

Möglichkeiten der Intervention. Der Konflikt um die erste Moschee Ost-Berlins. Rückblick – Einblick – Ausblick

Von Ann-Sofie Susen

Im Jahr 2006 kam es im Berliner Bezirk Pankow zu zahlreichen Protesten der Bevölkerung. Grund war das Bekanntwerden eines Bauvorhabens: Geplant war eine Moschee, die erste Moschee Ost-Berlins. In diesem politisch, medial und emotional aufgeladenen Konflikt konnte das MBT »Ostkreuz« eine neue Form der Konfliktintervention erproben, die auf lokale Dialogformate, eine Pluralisierung der Debatte und eine partizipative Aktivierung des Gemeinwezens zielt. Ein Blick zurück.

Der Konflikt

Der Ortsteil Heinersdorf zählt über 6000 Einwohner/innen. Die kleinteilige Bebauung mit Kirche im Ortskern erinnert an den dörflichen Ursprung. Das Gebiet um den „Dorfkern“ ist geprägt durch Einfamilienhäuser und mehrgeschossige Wohnhäuser, Kleingärten und industrielle Flächen. Am Ortsrand nahe der Autobahnausfahrt in unmittelbarer Nähe von einigen Schnellrestaurants und gewerblich genutzten Grundstücken möchte die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde 2006/2007 eine Moschee errichten. Das Gebäude in Reinickendorf, das bis dato das Gebetshaus der Gemeinde beherbergte, war zu klein geworden. Luftlinie lag das neue Grundstück nur wenige Kilometer entfernt. Da die Gemeindemitglieder aus allen Teilen Berlins kommen, waren weniger sozialräumliche Kriterien als bezahlbarer Grund und Boden sowie der Bebauungsplan ausschlaggebend für die Standortwahl.

Im März 2006 möchte der Bezirk über die Pläne genauer informieren, doch die Informationsver-



anstaltung eskaliert wegen Überfüllung und einer aggressiven Stimmung unter den Anwesenden. Die Veranstaltung wird abgebrochen, die Mitglieder der muslimischen Gemeinde unter Polizeischutz hinaus eskortiert.

In den folgenden Wochen und Monaten gründet sich eine neue Bürgerinitiative gegen den Moscheebau, die sich „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorf e.V.“ (kurz: „ipahb“) nennt. Es werden mehrere Demonstrationen und eine Unterschriftenaktion organisiert. Alteingesessene Heinersdorfer/innen, der Pfarrer, einzelne Pankower Politiker/innen und Sympathisant/innen aus anderen Stadtteilen unterstützen die Proteste. Schließlich versuchen auch Rechtsextremist/innen aus der aufgeheizten Stimmung Kapital zu schlagen, beteiligen sich an den Demonstrationen und rufen zu einem eigenen Protestmarsch auf. Die Gegner/innen der Gegner/innen lassen nicht lange auf sich warten. Antifaschistische Gruppen schlagen Alarm, prangern an und organisieren Gegendemonstrationen. Auch ein Großteil der Pankower Bezirkspolitiker/innen sowie der Bezirksbürgermeister sprechen sich für den Bau der Moschee aus. Das mediale Interesse ist aufgrund der Gemengelage und der Aktualität des Themas entsprechend groß.



Doch wo lag rückblickend eigentlich das Problem?

Die Kritik der ansässigen Bürger/innen lautete: Die Gemeinde sei bisher im Ortsteil nicht ansässig gewesen, weshalb auch kein Grund für einen Moscheebau in Heinersdorf bestehe. Darüber hinaus wurde die muslimische Gemeinde für ihre religiösen Ansichten angegriffen, die von der Bürgerinitiative als islamistisch eingestuft wurden. Als Drohkulisse wurde immer wieder die bevorstehende Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland bemüht.

An Sorgen und Ängsten der Bevölkerung versuchten Rechtsextremist/innen der NPD und der „Freien Nationalisten“ anzuknüpfen. Die Heinersdorfer Bürger/innen und die führenden Vertreter/innen der ipahb waren zwar mehrheitlich bemüht, sich von Rechtsextremist/innen abzugrenzen – islamfeindliche Stereotypen und Feindbilder, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, boten jedoch immer wieder Ansatzpunkte für die neonazistische Szene, die auch an Demonstrationen der ipahb teilnahm.

Das Bauvorhaben selbst war nach allen Regeln des demokratischen Rechtsstaates legal. Es lag ein positiver Baubescheid vor und der Verfassungsschutz hatte keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde.

Allerdings bietet der von der Ahmadiyya vertretene Islam durchaus Anlass zu Nachfragen bzw. zu einem kritischen Dialog mit anderen Muslim/innen und mit Nichtmuslim/innen. Dazu zeigte sich die Ahmadiyya-Gemeinde auch immer wieder bereit und bemühte sich aktiv um Gespräche mit ihren künftigen Nachbar/innen.

Die ersten Demonstrationen der Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau riefen nicht nur Rechtsextremist/innen und antifaschisti-

sche Gegendemonstrant/innen auf den Plan, auch die regionalen und überregionalen Medien zeigten großes Interesse am ersten Moscheebauvorhaben in Ost-Berlin: Die Moschee wurde zum Politikum, und die Auseinandersetzung kreiste um polarisierende Schlagwörter und Parolen wie „Zwangsheirat“, „Kopftücher“ und „Terroranschläge“, „xenophobe Ostdeutsche“ und „rotes Medienkartell“.

Die Intervention

Schließlich wurde das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI vom Integrationsbeauftragten des Landes Berlin angefragt, in diesem Konflikt zu intervenieren. Die Mitarbeiter/innen des Teams führten zunächst Gespräche mit allen Akteuren und Konfliktparteien, die Gesprächsbereitschaft zeigten. Zu diesem Zeitpunkt war es wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven des jeweiligen Anderen zu erfragen und sichtbar zu machen, sowie ein detailliertes Bild der unterschiedlichen Konfliktlagen zu erstellen. Intensiv wurde dabei insbesondere nach Gesprächspartner/innen gesucht, die vor Ort ansässig waren und sich prinzipiell tolerant gegenüber den Bauplänen der muslimischen Gemeinde zeigten.

Nach diversen Vorgesprächen mit lokalen und bezirklichen Akteuren organisierte und moderierte das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI vor Ort mehrere Dialogrunden, die dem Kennenlernen und kritischen Gespräch dienen sollten. Daran nahmen neben Vertreter/innen der Ahmadiyya-Gemeinde vor allem Heinersdorfer Bürger/innen teil, wobei sich ein differenziertes Meinungsspektrum zeigte. Unter den Gegner/innen fanden sich sowohl Verschwörungstheoretiker/innen als auch dezidierte Islamkritiker/innen. Unter den Befürworter/innen waren jene, die die Musliminnen und Muslime explizit willkommen hießen und andere, die den zukünftigen Nachbar/innen durchaus kritisch begegneten, aber das Recht auf freie Religionsausübung gewahrt wissen wollten. Das erste Treffen unter dem Motto „Miteinander statt übereinander reden“ diente zunächst einem ersten offenen Austausch und

sollte deutlich zeigen, dass es keine einheitliche Meinung unter den Anwohner/innen gab, wie es insbesondere in den Medien häufig suggeriert wurde. In den Folgeveranstaltungen wurden Fragen und Themen der ersten Runde aufgegriffen und unter Hinzuziehung von Expert/innen vertieft. So stellte sich der damalige Berliner Innenminister Dr. Erhart Körting der Diskussion über das Thema „Religion, Religionsfreiheit und Extremismus“. Zum Thema „Islam und Politik/Staat“ referierte in der dritten Gesprächsrunde die Islamkennerin Claudia Dantschke, und Abdullah Wagishauser stellte sich als Vertreter der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde den kritischen Fragen der Anwohner/innen. Die Moderator/innen des Mobilen Beratungsteams waren gefordert, einerseits allen Seiten empathisch zu begegnen, andererseits aber auch eine klare und strukturierende Funktion einzunehmen.

In den Gesprächen zeichneten sich zahlreiche weitere Konfliktlinien ab, die erst bei genauem Hinsehen sichtbar wurden, aber ebenfalls tragend für die offensichtlich zu Tage tretende Konfliktlage waren: Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, Alt- und Neuheinersdorfer/innen sowie politischer Elite und tatsächlichen oder auch vermeintlichen DDR-Bürgerrechtler/innen. Hinzu kam als Kernkonflikt das Gefühl vieler Heinersdorfer/innen, in einem von Politik und Kommune „vergessenen Tal“ eingeklemmt zwischen Alt-Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee zu leben und kaum Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeinwesen zu haben. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Heinersdorfer/innen ein identitäres Grundgefühl von Bevormundung, Benachteiligung, mangelnder Anerkennung und gefühlter Nichtteilhabe.

Die Dialogrunden wurden in den folgenden Monaten erweitert. Politiker/innen und Personen aus der Verwaltung wurden eingeladen, und die Heinersdorfer/innen stellten sich unabhängig vom Ausgangskonflikt des Moscheebaus die Frage, wie sie zukünftig ihr Gemeinwesen gestalten wollten.

Parallel gründete sich die Initiative „Heinersdorf, öffne Dich“. Hier fanden sich ansässige Bürger/innen aus unterschiedlichen Spektren zusammen, die dem Moscheebau grundsätzlich mit einer toleranten Haltung begegneten. Die In-

itiative mietete Plakatwände in Heinersdorf und präsentierte sich im öffentlichen Raum.

Schließlich regte die Initiative „Heinersdorf öffne Dich“ die Durchführung einer Zukunftswerkstatt unter Beteiligung der ipahb e.V. an, da der Wunsch eine Perspektive für Heinersdorf als Gemeinwesen zu entwickeln immer deutlicher wurde. Im Laufe der Vorbereitung der Zukunftswerkstatt wurden die Gegner/innen des Moscheebaus schließlich von der Moderation vor die Alternative gestellt, entweder produktiv an der Entwicklung einer Perspektive für Heinersdorf weiterzuarbeiten oder ihre Mitarbeit vorerst einzustellen. Im November 2006 konnte die Zukunftswerkstatt organisiert vom MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI schließlich stattfinden und mündete in einer eigenen Initiative: „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“.

Die Initiative „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ plante im Weiteren gemeinsam mit dem MBT »Ostkreuz« eine Zukunftskonferenz, die vom 16. bis 18.11.2007 in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm stattfand. Zur Konferenz war ein breites Spektrum von Heinersdorfer Bürger/innen, verschiedene Akteure aus Politik und Verwaltung sowie Mitglieder der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde eingeladen. So fanden Bürger/innen mit ganz verschiedenen Ansichten und Anliegen auch mit Pankower Politiker/innen von SPD, Linkspartei, Bündnis'90/Die Grü-



Initiative "Heinersdorf öffne Dich"

nen und CDU zu Gesprächen zusammen, die über die Entwicklung gemeinsamer Visionen schließlich zu konkreten Zielen und Projekten führten. Die Konferenz hat nicht nur gezeigt, dass es Heinersdorfer/innen gibt, die sich für das nachbarschaftliche Miteinander und die Entwicklung ihres Gemeinwesens engagieren. Sie verdeutlichte auch, dass es in Heinersdorf kein Meinungsmonopol der Moscheebaugegner/innen, sondern eine Vielfalt verschiedener Ansichten und Anschauungen gibt.

Insgesamt kann die Strategie des Mobilen Beratungsteams als erfolgreich betrachtet werden. Im Konfliktverlauf ist es gelungen, die vermeintliche Meinungshoheit einer Seite zu brechen und die Debatte der tatsächlichen Meinungsvielfalt entsprechend zu pluralisieren. Der Konflikt konnte auf die eigentlichen Akteure vor Ort konzentriert werden und die hohe Bereitschaft zum Engagement genutzt werden, um die Heinersdorfer/innen zu aktivieren, ihren Ortsteil aktiv mitzugestalten. Als diese Prozesse an Dynamik gewannen und sich abzeichnete, dass die Zukunftswerkstatt und Zukunftskonferenz erfolgreich werden würden, entzogen die Moscheebaugegner/innen ihre Unterstützung, da hiermit nicht zuletzt ihr Vertretungsanspruch für die Interessen der Heinersdorfer/innen untergraben wurde. Hier lässt sich der schwierigste Punkt im Prozessverlauf markieren: Einerseits muss allen Konfliktparteien die Chance gegeben werden, sich zu beteiligen. Bedenkensträger/innen sollten nicht ausgeschlossen werden, sie sind wichtig für kritische Auseinandersetzungen. Im Gegenzug müssen alle bereit sein, einander respektvoll gegenüberzutreten und Meinungsverschiedenheit zuzulassen. Wenn sich eine Konfliktpartei an diese Spielregeln nicht hält, muss die Moderation intervenieren, was ihr jedoch erfahrungsgemäß – wie auch in diesem Fall – als einseitiges Vorgehen angelastet wird. Lassen sich alle Konfliktparteien auf die Spielregeln ein, verlieren sie u.U. an Profil und entziehen sich aus diesem Grund der Zusammenarbeit.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Konfliktintervention des Mobilen Beratungsteams keine besondere Rolle gespielt. Das liegt zum einen am fachlichen Ansatz selbst: Dialoge auf Au-



Wandplakat: „Was kommt auf Heinersdorf zu?“



Zukunftskonferenz der „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“

genhöhe bedürfen eines geschützten Raumes, die Anwesenheit von Medien würde eine Annäherung der Konfliktparteien unnötig erschweren. Zum anderen liegt es aber auch an der Logik der Medien: Polarisierte Konflikte lassen sich einfacher und interessanter darstellen. Vielstimmigkeit und Prozesshaftigkeit stehen medialen Mechanismen und Prinzipien entgegen.

Und auch die Akteure selbst werden die Intervention des Mobilen Beratungsteams wohl weniger als Intervention, denn als Begleitung empfunden haben, schließlich sind sie selbst die Handelnden vor Ort gewesen.

Ausblick

Ein zentrales Ergebnis der Zukunftskonferenz war schließlich die Gründung des Bürgervereins Heinersdorf „Zukunftswerkstatt Heinersdorf e.V.“⁷, durch den das bürgerschaftliche Engagement für das nachbarschaftliche Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft und die konstruktive Partizipation der Heinersdorfer Bürger/innen an der Entwicklung ihres Gemeinwesens feste Formen annehmen konnte. Der Verein ist bis heute rege und aktiv, hat ein Nachbarschaftshaus aufgebaut, zahlreiche Projekte und Veranstaltungen initiiert, wurde mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet und: auch Gegner/innen des Moscheebaus engagieren sich hier mittlerweile.

Die Ahmadiyya-Moschee wurde 2008 feierlich unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit eröffnet. Seitdem bildet die Moschee das religiöse Zentrum für die Berliner Gemeinde. Es findet ein reges Gemeindeleben statt, viele Besuchergruppen interessieren sich für die Moschee. Die Gemeinde hat ihren Platz in Berlin gefunden, das Hineinwachsen in den Ortsteil dürfte aber noch ein längerer Weg sein, zumal die Gemeindemitglieder bis heute über die ganze Stadt verteilt leben.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurde keine weitere Moschee im Ostteil der Stadt geplant oder gebaut.

René Stadtkewitz, Pankower Politiker, der für die CDU im Abgeordnetenhaus saß und zu den schärfsten politischen Gegnern des Moscheebaus zählte, gründete 2010 die rechtspopulistische Partei „Die Freiheit“, die inzwischen in der politischen Bedeutsamkeit versunken ist.

Die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorf e.V.“, kurz „ipahb“, hat sich aufgelöst.

Im Februar 2010 kamen noch einmal alle wichtigen Akteure des Konflikts im Theater Hannover zusammen, um sich die Uraufführung des Theaterstücks „MOSCHEE DE“ gemeinsam anzusehen. Robert Thalheim und Kolja Mensing hatten nach intensiven Recherchen ein Theaterstück über den Konflikt inszeniert. Mittels einer dialogischen Montage von Original-Zitaten gelang es den Theaterautoren, die verschiedenen Positionen und Akteure unter Berücksichtigung ihrer biografischen Hintergründe und manchmal auch widersprüchlichen Haltungen darzustellen. Das Publikum zollte dem Stück anhaltenden Applaus.

⁷ Der Verein wurde u. a. mit dem Ehrenamtspreis 2008 der BVV Pankow, mit dem vom Bündnis für Demokratie und Toleranz verliehenen Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2007/2008“, mit dem Band für Mut und Verständigung 2009 (für die Vereinsvorsitzende Sandra Caspers) und mit dem Deutschen Bürgerpreis 2013 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V. ausgezeichnet.

Interview mit Sandra Caspers und Gerd Müller von der Zukunftsinitiative Heinersdorf und Asif Sadiq von der Heinersdorfer Ahmadiyya-Gemeinde

Die Fragen stellte Alke Wierth.



Sandra Caspers von der Zukunftsinitiative Heinersdorf

Denken Sie an die Zeit vor fünf bis sieben Jahren, als es hier in Heinersdorf im Vorfeld der Eröffnung der Ahmadiyya-Moschee massiven Protest gab, manchmal zurück? Oder ist das vergessen?

Gerd Müller: Das wird schon immer mal wieder aktuell. Wenn man etwa Leute trifft, die man nur deshalb kennt. Also wir drei hier würden uns ja beispielsweise nicht kennen, wenn es diesen Konflikt nicht gegeben hätte. Oder wenn wir erleben, was jetzt im Vorfeld des Baus einer Ahmadiyya-Moschee in Leipzig oder hier in Berlin des Flüchtlingsheims in Hellersdorf los war. Da fragt man sich: Was war bei uns anders, was war genau so?

Es gäbe ja die Zukunftswerkstatt Heinersdorf und das neue Nachbarschaftszentrum gar nicht ohne den Konflikt, oder?

Sandra Caspers: Das ist richtig. Und deswegen sind wir auch froh über die Moschee. Auch die konzentrierte Arbeit an und in dem Ortsteil gäbe es in dieser Form nicht. Die Geschichte hat bewirkt, dass wir heute diesen Rahmen haben. Ich würde sagen, der Konflikt ist hier vor Ort kein Thema mehr. Das heißt aber nicht, dass man sich nicht öfter daran erinnert. Das war so eine tiefgreifende Geschichte – wahrscheinlich wird man sich ein Leben lang daran erinnern.

Herr Sadiq, wie sieht es für Sie fünf Jahre nach der Eröffnung der Ahmadiyya-Moschee aus: Hat die Gemeinde es je bereut, nach Heinersdorf gekommen zu sein?

Asif Sadiq: In keinem Moment. Wir erinnern uns gern an viele Begebenheiten aus der Zeit zurück. Natürlich ruft manches gemischte Gefühle hervor. Aber summa summarum sind wir heute sehr zufrieden hier.

Woran erinnern Sie sich gern?

Sadiq: Es gab natürlich eine Gegnerschaft gegen den Moscheebau, und die war nicht unbedingt klein. Aber die Momente mit den Befürworter/innen, an die erinnert man sich gern zurück.

Was ist fünf Jahre nach der Eröffnung der Moschee geblieben an Gutem, das aus solchen Kontakten erwachsen ist?

Caspers: Schwer zu sagen. Die Initiative der Moscheegegner/innen hat sich aufgelöst. Und was Heinersdorf konkret angeht: Mich hat erstaunt, dass sich hier vor einem Jahr eine thailändische Buddhistengemeinde niederlassen konnte, ohne dass es irgendein Geräusch darum gegeben hat. Niemand hat danach gefragt geschweige denn sich darüber aufgeregt. Ich glaube, das wäre anders verlaufen, wenn es nicht vorher die Auseinandersetzungen um die Moschee gegeben hätte.

Gibt es denn auch Kontakte zwischen dem buddhistischen Zentrum, der Moschee und den Heinersdorfer/innen? Oder lebt man so nebeneinander her?

Sadiq: Die meisten unserer Gemeindemitglieder leben ja nicht hier, sie kommen nur nach Heinersdorf, um die Moschee zu besuchen. Eine einzige Familie aus unserer Gemeinde ist seit der Moscheeerröffnung in diesen Stadtteil umgezogen. So gesehen ist es also ein Nebeneinander. Natürlich lebt Imam Tariq mit seiner Familie hier neben der Moschee und er hat auch mittlerweile einen kleinen Freundeskreis in Heinersdorf. Es kommen aber sehr viele Besuchergruppen in unsere Moschee, um sich zu informieren – die kommen aber von überall her, nicht nur von hier. Kürzlich war eine Gruppe aus Leipzig hier, mit denen wir auch die Geschichte hier und die aktuellen Konflikte dort verglichen haben. Für uns sind aus dem Konflikt um den Moscheebau hier aber wertvolle Verbindungen in die Bezirks- und Landespolitik entstanden. Bei dem Besuch der Leipziger war etwa auch der Pankower Stadtrat für Stadtentwicklung Jens-Holger Kirchner von den Grünen dabei.

Für uns sind aus dem Konflikt um den Moscheebau hier aber wertvolle Verbindungen in die Bezirks- und Landespolitik entstanden.

Es ist schön, wenn Sie heute sagen, dass man sich an manches gern zurückerinnert. Wenn ich aber an die erste Bürgerversammlung hier zurückdenke, die abgebrochen werden musste – da hatte man wirklich Angst. Die Stimmung war sehr bedrohlich.

Caspers: Das ist wahr, und das war nicht nur am dem Abend so, sondern hat über Monate ange-dauert.

Was hat denn da den Schalter eigentlich umgelegt, so dass der Konflikt befriedet werden konnte?

Müller: Da gab es keinen Schalter – so plötzlich geschah das nicht. Es gab bis zum Tag der Eröffnung Demonstrationen gegen die Moschee, an denen mehrere Tausend Menschen teilnahmen. Die Stimmung blieb über Monate angespannt. Aber es gab parallel zu den Gegner/innen auch die Bürger/innen, die gesagt haben, wir wollen etwas für die Moschee und für Heinersdorf tun.

Bei der ersten Zukunftskonferenz im Oktober 2007 – ein Jahr vor der Moscheeerröffnung – waren an die 50 Polizeifahrzeuge da, weil man Angst hatte, dass etwas passiert. Da wurde die gesamte Straße gesperrt und sogar der Straßenbahnverkehr unterbrochen.

Caspers: Ja, das war ganz schrecklich. Aber als die Moschee eröffnet war, sind die Gegner/innen nach und nach abgesprungen. Einige wohl, weil sie dachten, dass man nichts mehr machen kann, andere haben auch gemerkt, dass es halb so wild ist.

Sadiq: Schon zum Baubeginn war zu merken, dass die Gegnerschaft dünner wurde. Es gab damals zwar radikale Personen, die weiter Stimmung gemacht haben, aber als die Bodenplatte gelegt war und man die künftige Größe des Gebäudes erkennen konnte, wurde vielen auch klar, dass es sich bei der Moschee keineswegs um das angeblich riesige Kongresszentrum handeln würde, von dem einige der Gegner/innen immer sprachen. Sondern um ein Gebäude nicht größer als die umliegenden Bauten und mit Minarett nicht höher als das fünfgeschossige Wohnhaus gegenüber. Da hat sich schon manches beruhigt.

Wie haben Sie eigentlich damals Ihren Gemeindemitgliedern vermitteln können, dass sie sich künftig in dieser feindseligen Nachbarschaft zum Gottesdienst versammeln sollen?

Sadiq: Zu dem Zeitpunkt, als der Konflikt sehr stark war, haben tatsächlich viele innerhalb der Gemeinde gefragt, ob wir uns das wirklich antun müssen. Aber in der gemeinsamen Beratung mit der Polizei, Politiker/innen, dem Bezirksbürgermeister und vielen anderen Akteuren sind wir zu der Überzeugung gekommen: Wenn wir hier Nein sagen, werden wir in Berlin niemals einen Platz finden, wo wir eine neue Moschee bauen können. Jeder würde sagen: Wenn wir nur laut genug schreien, verschwinden die wieder. Und es ist bislang ja auch nichts Schlimmes geschehen. Außerdem hat der Konflikt auch das Interesse an unserer Gemeinde geweckt: Alle kennen uns heute – vom Politiker bis zum Schulkind. Es waren in den vergangenen fünf Jahren schon unzählige Schulklassen in unserer Moschee zu Besuch, um sich zu informieren und uns kennenzulernen. Das ist ja auch schön, dass

ein Projekt, das so einen schwierigen Start hat, später so eine gute Wirkung haben kann. Die interne Kritik ist dadurch verfliegen.

Das ist ja auch schön, dass ein Projekt, das so einen schwierigen Start hat, später so eine gute Wirkung haben kann.

Welche Rolle hat in der ganzen Geschichte denn das Mobile Beratungsteam (MBT) »Ostkreuz« der Stiftung SPI gespielt?

Müller: Die waren ab März 2007, als es hier richtig hochkochte, vor Ort und haben zunächst den Runden Tisch mit initiiert, den es dann gegeben hat, um verschiedene Gesprächspartner zusammenzubringen. Da war die Polizei dabei, die Initiative der Moscheegegner/innen, die Ahmadiyya-Gemeinde – uns als Unterstützerkreis gab es damals in fester Form noch nicht.

Sadiq: Irgendwann standen die Leute vom MBT »Ostkreuz« in unserer alten Behelfsmoschee in Reinickendorf und haben sich von uns unsere Situation erklären lassen: warum wir eine neue Moschee brauchen, was unsere Argumente für den Standort Heinersdorf sind und so weiter. Und später haben sie uns auf Diskussionsrunden vorbereitet und uns gezeigt, wie wir am besten argumentativ vorgehen und uns nicht in die Ecke drängen lassen. Das war sehr hilfreich für uns. Ich war damals ja noch ziemlich jung, 21 Jahre alt, und in solchen Sachen unerfahren. Sie haben dann die Gesprächsrunden mit den Moscheegegner/innen und den Anwohner/innen auch moderiert und dabei darauf geachtet, dass alle Fragen, die dort gestellt wurden, auch beantwortet wurden. Das hat die ganze Sache für viele entdämonisiert, die vorher so diffuse Vorstellungen davon hatten, was mit der Moschee auf sie zukommt.

Caspers: Von den organisierten Moscheegegner/innen wurde das MBT »Ostkreuz« aber extrem kritisch bis ablehnend betrachtet. Es gab zwar anfangs Gespräche am Runden Tisch – aber nach sehr kurzer Zeit haben sich die Gegner/innen zurückgezogen. Mit dem Argu-

ment: Nur weil wir jetzt etwas gegen die Moschee haben, wird ein Mobiles Beratungsteam gegen Rechts nach Heinersdorf geholt – wir sind aber überhaupt nicht rechts. Deshalb haben sie auch nicht an den Zukunftswerkstätten teilgenommen. Ich glaube, auch wenn wir das MBT »Ostkreuz« als sehr erfolgreich und unterstützend wahrgenommen haben: In die andere Richtung ist ihre Arbeit nicht so gut verlaufen. Die anderen fühlten sich in die rechte Ecke gestellt, nicht ernst genommen und schalteten auf stur.

Was hätte man denn anders machen können?

Caspers: Vielleicht den Bürger/innen hier die Gemeinde früher vorstellen? Hier wohnen nun mal viele Leute, die vom Islam keine Ahnung haben. Das ist in Kreuzberg sicher anders. Die Veranstaltung, bei der der geplante Moscheebau erstmals bekannt wurde, war eine Bezirksverordnetenversammlung. Da wurde positiv entschieden – weil es aus baurechtlicher Sicht keine Gründe gab, den Bau nicht zu bewilligen. Aber unter den Anwohner/innen brach gleich Panik aus: Der Bezirk bewilligt eine Moschee hier – und fragt uns nicht?

Das MBT »Ostkreuz« hat dann die Gesprächsrunden moderiert und darauf geachtet, dass alle Fragen, die dort gestellt wurden, auch beantwortet wurden. Das hat die ganze Sache für viele entdämonisiert, die vorher so diffuse Vorstellungen davon hatten, was mit der Moschee auf sie zukommt.

Man muss die Bürger/innen ja im Prinzip auch gar nicht fragen.

Caspers: Es ist aber besser, das zu tun – und früh genug.

Müller: Das stimmt. Aber ich glaube nicht, dass die Geschichte dann anders verlaufen wäre.

Sadiq: Das glaube ich auch nicht. Fast überall wird ja protestiert, wenn in der Nachbarschaft Moscheen gebaut werden. Oder Gefängnisse. Oder Flüchtlingsheime.

Hatten Sie damit gerechnet, was hier losbrechen würde?

Sadiq: Nein, am Anfang nicht. Wir haben anfangs selbst einen Informationszettel verfasst und in die Briefkästen verteilt, wo draufstand, wer wir sind, was hier genau geplant ist, wie groß die Moschee wird und so weiter. Dabei haben wir dann Flugblätter der Gegner/innen gefunden, wo Sachen über uns und die geplante Moschee draufstanden, die gar nicht stimmten. Auf diesen Flugblättern stand anders als auf unseren kein/e Ansprechpartner/in, keine Telefonnummer oder so. Da haben wir schon geahnt, in was für einen Konflikt wir hier geraten würden. Dann gab es die erste Bürgerversammlung, die aufgelöst werden musste. Und danach gab es ja eigentlich gar kein normales Gespräch mit den Anwohner/innen hier mehr. Alles lief unter Polizeischutz – die Bürger, die Fragen an uns hatten, wurden die gar nicht mehr in einer ganz normalen Atmosphäre los.

Sachliche Diskussionen waren mit den organisierten Moscheegegner/innen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich.

Müller: So war es: Sachliche Diskussionen waren mit den organisierten Moscheegegner/innen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich. Mit Sachargumenten kam man da irgendwann nicht mehr weiter. Ich habe erlebt, dass mir Leute auf meine Argumente hin sagten: Du hast eigentlich recht. Aber ich bin trotzdem gegen die Moschee. Da weiß man nicht mehr, was man machen soll.

Sadiq: Ich musste in dem Prozess auch erst lernen, dass man nicht alles mit guten Argumenten regeln kann. Da war das MBT »Ostkreuz« wichtig: Sie haben die Gegner/innen der Moschee immer wieder direkt angeschrieben oder angesprochen und versucht, an den Tisch zu holen. Das hätten wir selbst auch gemeinsam mit unseren Unterstützer/innen nicht geschafft.

Caspers: Aber bei dem Gespräch mit den Geg-

Ich habe erlebt, dass mir Leute auf meine Argumente hin sagten: Du hast eigentlich recht. Aber ich bin trotzdem gegen die Moschee.

ner/innen, das wir als Unterstützer/innen immer wieder gefordert und um das wir uns lange bemüht haben, saß das MBT »Ostkreuz« nicht mit am Tisch. Die Moscheegegner/innen haben von uns ausdrücklich verlangt, dass wir allein kommen, und das mussten wir mehrfach versichern. Es lag wohl auch daran, dass deren Argumente einfach nicht zu Ende gedacht waren. Und wenn man sie darauf hinwies, flippten sie immer gleich aus. Da konnte auch das MBT »Ostkreuz« nicht viel ausrichten. Und ich habe wirklich Zweifel, dass ein externes Team, so hilfreich ich es auch für uns oder die Ahmadiyya-Gemeinde gewesen sein mag, das tatsächliche Problemklientel erreichen kann.

Nun hat der Stadtteil eine Moschee – und ein Nachbarschaftszentrum.

Caspers: Die Moschee fällt heute kaum noch jemandem der Anwohner/innen auf. Aber wir hören heute noch manchmal: die im Nachbarschaftshaus, das seien ja die Moscheebefürworter/innen gewesen. Manche kamen deshalb lange nicht zu uns, gerade ältere Leute. Das hat sich aber geändert. Heute kommen auch Leute zu den Kursen, die nicht für die Moschee waren.

Sadiq: Narben sind geblieben, hat kürzlich jemand gesagt. Auch wenn die Sache am Ende ganz gut ausgegangen ist.

Von Heinersdorf nach Hellersdorf

Von Carl Chung

Am Jahresende 2013 hatte der Ortsname „Hellersdorf“ in der vorherrschenden öffentlichen Wahrnehmung einen ähnlichen Klang wie „Heinersdorf“ in den Jahren 2006 bis etwa 2009. Inzwischen wird mit dem Konflikt um den Bau der ersten Moschee in Ostdeutschland eher ein „gelungenes Integrationstheater“⁸ assoziiert. Als Synonym für „Hoyerswerda“ und „Rostock-Lichtenhagen“ und damit vorurteilsmotivierte, von Rechtsextremist/innen angeführte Pogrome ist „Pankow-Heinersdorf“ inzwischen in Vergessenheit geraten.

Hellersdorf = Heinersdorf = Hoyerswerda?

Der Heinersdorfer Moscheebaukonflikt als Geburtsstunde des organisierten islamfeindlichen Rechtspopulismus

Schon im Fall der Bürgerproteste gegen den Bau der Khadija-Moschee in Heinersdorf wurde die Assoziation mit den Pogromen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) den tatsächlichen Vorkommnissen und Verhältnissen nicht gerecht. Damals lief zwar eine Informationsveranstaltung, zu der rund 1.700 Bürger/innen kamen (von denen rund 1.000 vor dem Veranstaltungsgebäude bleiben mussten), so weit aus dem Ruder, dass sie abgebrochen wurde und die Podiumsteilnehmer/innen beim Verlassen des Veranstaltungsortes Polizeischutz benötigten. Zu diesem Scheitern des Versuches, das Bezirksamt sowie die Bauherrin der Khadija-Moschee (die Ahmadiyya Muslim Gemeinde) mit

den Anwohner/innen ins Gespräch zu bringen, hatte auch der lautstarke Auftritt einiger Dutzend Rechtsextremist/innen beigetragen. Doch die tatsächlichen Ausschreitungen, die die für 350 Anwohner/innen geplante Veranstaltung zum Scheitern brachten, waren weder hinsichtlich des Ausmaßes und der Schwere tatsächlicher Übergriffe, noch hinsichtlich ihrer Dauer und Intensität mit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen vergleichbar. Tatsächlich



Demonstration gegen den Bau der Moschee in Pankow-Heinersdorf

waren sowohl die (islam- und muslimfeindliche) Stimmung vor Ort als auch die Rahmenbedingungen der Ereignisse in Heinersdorf von jenen in Hoyerswerda 15 Jahre zuvor deutlich verschieden.

Vergleichbar mag das vorherrschende Gefühl der Alteingesessenen gewesen sein, selbst von den Entscheidungen „der Politik“ einmal mehr übergangen und im Vergleich zu „den Fremden“ zurückgesetzt worden zu sein. Vergleichbar mag auch das Bedürfnis gewesen sein, die Wut über die empfundene eigene Ohnmacht und Entfremdung auf einen „Sündenbock“ zu fokussieren, der allgemein als „nicht dazugehörig“ stigmatisiert und mit weithin verbreiteten Feindbildern, negativen Stereotypen und abwertenden Klischees assoziiert wurde. Dennoch gelang es den Kadern des aktions- und des parlamentsorientierten⁹ Rechtsextremismus nur in deutlich geringerem Maße als 15 Jahre zuvor in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, diese Stimmung direkt und nachhaltig für die eigene Meinungsführerschaft und Deutungshoheit vor Ort zu nutzen. Vielmehr ließ der islamfeindliche

⁸ So die 3sat-Kulturzeit im Jahr 2010 über das mit dem Kulturpreis der Ev.-luth. Landeskirche Hannover ausgezeichnete Theaterstück „Moschee DE“ von Robert Thalheim und Kolja Mensing.

Bürgerprotest schon früh den (vielfach unzureichenden, oft argumentativ unmöglichen) Versuch erkennen, sich vom traditionellen deutsch-völkischen Rechtsextremismus abzugrenzen. Insofern steht „Heinersdorf“ eher für eine Geburtsstunde des organisierten islamfeindlichen Rechtspopulismus als für die ungebrochene Fortsetzung einer in Hoyerswerda 1991 begonnenen Entwicklungslinie des deutsch-völkischen Rechtsextremismus in Ostdeutschland.

Heinersdorf ≠ Hoyerswerda

In den 1990er Jahren war der Hintergrund der Ereignisse von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen von einer ausufernden Debatte über die Einschränkung des Grundrechts auf politisches Asyl und Flüchtlingsschutz gekennzeichnet. Die Pogrome wurden dann von führenden Politiker/innen so gut wie aller etablierten Parteien überwiegend als von einigen wenigen Extremist/innen angestachelte Überreaktion auf die ungewohnte Begegnung von ehemaligen DDR-Bürger/innen mit Nichtdeutschen in Verbindung mit den Härten des Systemwandels durch die Wiedervereinigung Deutschlands beschrieben. Die am wütenden Mob Beteiligten wurden ganz richtig als „ganz normale Bürger/innen“ eingeschätzt – aber nicht, um die Verbreitung rassistischer und rechtsextremer Einstellungsmuster in der „Mit-

te der Gesellschaft“ kritisch zu reflektieren, sondern um diese Einstellungen als „eigentlich gar nicht rechtsextrem“ zu relativieren.

Nicht zuletzt als Reaktion auf das Entsetzen im europäischen und außereuropäischen Ausland, namentlich in EU- und NATO-Partnerstaaten, wurden dann aber Förderprogramme zur Auseinandersetzung mit dem deutsch-völkischen Rechtsextremismus eingerichtet, die zum Jahrhundertwechsel mit dem Fokus auf die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft einen ersten Qualitätssprung machten. In Berlin kamen zu den Bundesprogrammen Anfang der 2000er Jahre ein eigenes Landesprogramm sowie ein besonderes Jugendprogramm für Demokratie und Toleranz hinzu. Über die Grundanliegen dieser Programme bestand im Jahr 2006 unter den demokratischen Parteien ein recht weitgehender Konsens. Das Grundrecht auf freie Ausübung einer Religion oder Weltanschauung eigener Wahl – auch durch Gottesdienst, Unterricht und religiöses Brauchtum in Gemeinschaft mit anderen und in dafür angemessenen Räumen – wurde unter Demokrat/innen auch im Berliner Wahlkampf 2006 von keiner Seite völlig in Frage gestellt. Und der Versuch von konservativer Seite, mit der Infragestellung des konkreten Bauvorhabens der Ahmadiyya Muslim Gemeinde am Standort Heinersdorf islamfeindliche Stimmen zu gewinnen, war 2006 unter den Berliner Christdemokrat/innen durchaus umstritten (und brachte letztlich keine Stimmengewinne für die CDU). So war die Rückendeckung von Seiten der demokratisch legitimierten Politik für das legitime Bauvorhaben einer nicht extremistischen islamischen Gemeinde in Pankow insgesamt deutlich und recht breit. Ebenso deutlich war die Aufmerksamkeit der Berliner Polizei hinsichtlich rechtsextremer Umtriebe und möglicher Gefährdungen des Bauvorhabens durch rechtsextremistisch motivierte Straftaten. Auch in dieser Hinsicht unterschied sich die Situation in Berlin-Heinersdorf 2006 von jener in Rostock-Lichtenhagen 1992. Schon mit Blick auf diese Rahmenbedingungen war der reale Spielraum für eine rechtsextreme Instrumentalisierung islamfeindlicher Stimmungen unter den alteingesessenen Heinersdorfer/innen im Jahr 2006 deutlich geringer als 15 Jahre zuvor in Hoyerswerda.

9 Die hier gewählten Begrifflichkeiten orientieren sich an denjenigen des Berliner Verfassungsschutzes. „Parlamentsorientiert“ ist in diesem Zusammenhang freilich nicht mit „parlamentarisch (gesinnt)“ zu verwechseln, da es denjenigen rechtsextremen Kräften, die sich bei Wahlen um Parlamentsmandate bemühen, gewiss nicht darum geht, durch ihre eigenen Aktivitäten den Parlamentarismus zu stärken, sondern vielmehr das parlamentarisch-demokratische System mit seinen eigenen Mitteln zu diskreditieren, zu stören und letztlich aus den Angeln zu heben. Als dritte Strömung ist neben dem aktions- und parlamentsorientierten der diskursorientierte Rechtsextremismus zu nennen, dem es darum geht, die eigene Ideologie oder einzelne ideologische Versatzstücke in Diskurse des politisch-gesellschaftlichen Mainstreams einzuspeisen.

Moderierende Konfliktintervention: Versachlichung – Differenzierung – Pluralisierung

Anders als in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen wurde in Heinersdorf nach der abgebrochenen Informationsveranstaltung (auf Anregung des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats) ein Mobiles Beratungsteam (MBT) vor Ort aktiv: Das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI nahm zunächst zur Ahmadiyya-Gemeinde, dann zu Heinersdorfer/innen, die den Moscheebau als praktizierte Religionsfreiheit tolerierten und schließlich zu den ausdrücklichen Moscheebaugegner/innen Kontakt auf. Nach Vorgesprächen mit verschiedenen lokalen und bezirklichen Akteuren organisierte und moderierte das MBT »Ostkreuz« vor Ort mehrere Gesprächsrunden. Mit diesen Gesprächsrunden initiierte das MBT »Ostkreuz« einen dialogischen Prozess der Konfliktbearbeitung, in welchem es seinen offen moderierenden Ansatz aufsuchender Demokratieförderung zum ersten Mal in einem größeren Gemeinwesenkonflikt erprobte. Diese moderierende Konfliktintervention orientierte sich an der dreifachen Zielstellung „Versachlichung – Differenzierung – Pluralisierung“.

Die moderierende Konfliktintervention orientierte sich an der dreifachen Zielstellung: Versachlichung – Differenzierung – Pluralisierung.

Dieser Dreiklang in der Zielstellung bezeichnet den inhaltlichen Ansatz der Umkehrung der „umgekehrten Psychoanalyse“, mit der die populistische Argumentation mit emotionalisierenden Klischees, grobschlächtigen Vereinfachungen und unangemessenen Verallgemeinerungen sowie mit polarisierenden Schwarz-Weiß-Mustern beschrieben wird¹⁰. Er bezeichnet zugleich den Anspruch, möglichst alle Akteure in den dialogischen Prozess einzubeziehen, die für die Gestaltung des Zusammenlebens im Gemeinwesen in gegenseitigem Respekt und auf der Grundlage des menschenrechtlichen und demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassungskonsenses ansprechbar

sind – nicht zuletzt auch Vertreter/innen konservativ-bürgerlicher sowie von „politikverdrossenen“ Milieus, die sich im öffentlichen Leben unterrepräsentiert, von Teilhabe ausgegrenzt, marginalisiert oder ihren Status bedroht sehen.

Der offen moderierende Arbeitsansatz des MBTs »Ostkreuz« stand bewusst im Kontrast zur Wahrnehmung des Konfliktes als polarisierte Auseinandersetzung.

Mit dieser Zielsetzung stand der offen moderierende Arbeitsansatz des MBTs »Ostkreuz« bewusst im Kontrast zur Wahrnehmung des Gemeinwesenkonfliktes als polarisierte Auseinandersetzung zwischen „den Deutschen“ (Nichtmuslimen) und „den Muslimen“ (nichtdeutscher Herkunft) oder „den Heinersdorfern“ und „der Ahmadiyya-Sekte“ bzw. „rechten Moscheebaugegner/innen“ und „linken Moscheebaubefürworter/innen“, bei der es um die Stärkung einer Seite gegen die andere ginge. Vielmehr wurde mit diesem Ansatz das vielfältige Spektrum zwischen den Antipoden in den Blick genommen, das in einer bipolaren Konfrontation oft verstummt und verblasst. In Heinersdorf bedeutete dies, in der örtlichen Bürgerschaft Dialogpartner/innen auch

¹⁰ Psychoanalyse soll ihre Patient/innen davon heilen, sich durch irrationale Ängste, destruktive Aggressionen, bösartige Affekte und dissoziale Muster beherrschen zu lassen. Sie unterstützt die Patient/innen dabei, entsprechende Muster und Motive bei sich zu erkennen und sich aktiv mit ihnen auseinander zu setzen, um eine mündige Selbststeuerung zu ermöglichen. Umgekehrt die populistische Agitation: „Ihre rhetorische Technik hat der Literatursoziologe Leo Löwenthal einst mit der genialen Formel der ‚umgekehrten Psychoanalyse‘ bezeichnet. [...] Der Populist [...] verstärkt die unbewussten Ängste und neurotischen Zwänge seines Publikums, um es so an sich zu binden.“ (Dubiel, Helmut: Die Stunde der Verführer. Populismus ist Teil der Massendemokratie – und ihr Problem, in: Die Zeit, Nr. 37, 2002, in: http://www.zeit.de/2002/37/200237_rattenfaenger.xml, 01.07.2011).

jenseits jener zu gewinnen, die sich ohnehin ausdrücklich gegen Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit engagierten – und (geschützte) Räume und Anlässe für möglichst breit einbeziehende dialogische Prozesse zu schaffen: Prozesse, in denen sich die Deutungshoheit der unversöhnlichen Moscheebaugegner/innen über „die Meinung der Heinersdorfer“, auf die sich auch die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Diskurse an den lokalen Mainstream gründete, in einer Pluralität von Wahrnehmungen, Deutungen und Einstellungen auflösen lassen würde (ausführlicher ab S. 17).

Mit diesem Ansatz wurde das vielfältige Spektrum zwischen den Antipoden in den Blick genommen, das in einer bipolaren Konfrontation oft verstummt und verblasst.

Nach Maßgabe der Erwartungen der staatlich-administrativen Auftraggeber und Zuwendungsgeber war die lokale moderierende Intervention des MBTs »Ostkreuz« ein Erfolg. Auch die Ahmadiyya-Gemeinde war mit der Arbeit des MBTs zufrieden. Bei den vor Ort tätigen Mitarbeiter/innen des MBTs »Ostkreuz« der Stiftung SPI schärfte die in Heinersdorf gewonnene Erfahrung den Blick für die Hintergründe und verschiedenen Ebenen des Konflikts, bei dem es auf der Erscheinungsebene um von Rechtsextremist/innen und Rechtspopulist/innen instrumentalisierte islam- und muslimfeindliche Vorbehalte in der alteingesessenen Anwohnerschaft ging, tatsächlich aber nicht zuletzt auch auf Erfahrung gegründete Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz, das Gefühl, fortlaufend übergangen und an den Rand gedrängt zu werden sowie Defizite in der politischen Kommunikations- und Partizipationskultur (auch auf Seiten der etablierten demokratischen Parteien und der staatlichen Verwaltung) eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Darüber hinaus blieb auch der Eindruck, dass hinsichtlich der Breite der Einbeziehung in den Dialogprozess sowie bei der Mäßigung der Polarisierung noch mehr hätte erreicht werden können, wenn der Ansatz der dialogorientiert moderierenden Intervention früher zum Tragen gekommen wäre. Außerdem

würde das MBT »Ostkreuz« mit dem heutigen Stand seiner professionellen Qualitätsentwicklung u.a. auf präzisere Ziel- und Auftragsklärungen sowie auf nachvollziehbarer getrennte und geklärte Rollen (Beratung und Vernetzung verschiedener Akteure, Moderation des Gesamtprozesses und einzelner Veranstaltungen usw.) achten. Im Wesentlichen hat sich aber der in Heinersdorf erprobte Ansatz zur dialogorientierten Bearbeitung ideologischer Gemeinwesenkonflikte schon eben dort erfolgreich bewährt.



Wandplakat: „Was kommt auf Heinersdorf zu?“

Hellersdorf ≠ Heinersdorf

Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Bearbeitung des Konflikts um die Einrichtung einer neuen Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf (seit Sommer 2013) sind noch einmal anders als jene seinerzeit in Heinersdorf: Von den 1990er Jahren bis in die erste Dekade des 21. Jahrhunderts waren Marzahn und Hellersdorf (insbesondere die Plattenbau-Großsiedlungen im Norden) Hochburgen des deutsch-völkischen Rechtsextremismus in Berlin. Hier lagen Schwerpunktregionen rechtsextrem und rassistisch motivierter Straftaten, von Täterwohn- und Trefforten sowie – dies bis heute – Stimmbezirke mit deutlich überdurchschnittlichen Wahlergebnissen rechtsextre-

mer Parteien (namentlich der NPD) und deutlich unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung. Im öffentlichen Raum waren rechtsextrem orientierte Dresscodes in der Alltagskultur von Jugendlichen nicht nur deutlich präsent, sondern geradezu vorherrschend. Menschen, die als „nichtweiß“ bzw. „nichtdeutsch“ wahrgenommen wurden (z.B. Afrodeutsche – auch im Bezirk geborene mit deutscher Muttersprache), mussten alltäglich mit Beleidigungen, Bedrohungen und auch tätlichen Übergriffen rechnen. Aber auch „deutsch aussehende“ Marzahnner/innen und Hellersdorfer/innen, die sich durch ihr Outfit als „links-alternativ“ zuordnen ließen, waren immer wieder rechtsextrem motivierten Attacken ausgesetzt. Diese Problemlage wurde in der Fremdwahrnehmung des Bezirks auch über Berlin hinaus stark vereinfacht und grob verallgemeinernd auf das Stigma der „roten Nazi-Platte“ zugespitzt, mit dem der Bezirk Marzahn-Hellersdorf belegt wurde.

Diese Brandmarkung des Bezirks wirkte auch als Entlastung anderer Bezirke von der Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des deutsch-völkischen Nationalismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit¹¹. Sie machte es Demokrat/innen in Marzahn und Hellersdorf lange Zeit schwer, die Herausforderung durch diese Verhältnisse¹² im eigenen Bezirk offen zu benennen und anzunehmen. Dies änderte sich jedoch im Verlauf der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts – u.a. im Zuge der Zusammenarbeit des Bezirksamtes und seines Migrant/innen- bzw. Integrationsbeirats mit dem MBT »Ostkreuz« sowie der Arbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplans Marzahn-Mitte (seit 2008). Im Jahr 2006 nahm der Bezirk Marzahn-Hellersdorf eigenes Geld in die Hand, um für die Auseinandersetzung mit Demokratiegefährdungen von rechts die Bezirksliche Koordinierungsstelle POLIS* in Trägerschaft der Stiftung SPI einzurichten. POLIS* engagierte sich u.a. im Aufbau von zwei Netzwerkstrukturen im Bezirk: Zum einen wurde 2008 ein jährliches Verzeichnis über Vorkommnisse im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit etabliert, zu dem eine Reihe lokaler Akteure als Fallmelder/innen beiträgt. Zum an-

deren wurde das Bündnis „Schöner leben ohne Nazis“ ins Leben gerufen, das seit 2009 jeweils zum Weltfriedenstag das Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ auf dem Alice-Salomon-Platz durchführt. Aufbauend u.a. auf der miteinander abgestimmten Vorgehensweise der demokratischen Parteien gegenüber den Bezirksverordneten der NPD konnte im Rahmen dieses Demokratiefestes im Jahr 2011 ein „Gemeinsames Manifest aller demokratischen Parteien zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zur Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf am 18. September 2011“ mit gemeinsamen Grundpositionen gegenüber Rechtsextremismus und islamfeindlichem Rechtspopulismus vorgestellt werden. Und schon zu Beginn des Jahres 2011 lief ein zweiter Lokaler Aktionsplan im Bezirk – der LAP Hellersdorf Nord/Ost – an, der (v.a. durch seinen Begleitausschuss) weitere vernetzte Arbeits- und Diskussionsstrukturen etablierte, die sich auf die Region beziehen, in der auch die Carola-Neher-Straße liegt.

¹¹ Mit dem Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) fasst die Forschungsgruppe um Prof. Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld folgende Haltungen/Einstellungsmuster zusammen: Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, „Fremdenfeindlichkeit“, Rassismus, Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen (Sozialchauvinismus), Einforderung von Etabliertenprivilegien, Abwertung von Behinderten, Homophobie und Sexismus. GMF definiert die Forschungsgruppe als ein Syndrom aus diesen Einstellungs- und Verhaltensmustern: Wer Menschen verschiedenen „Rassen“ zuordnet und andere „Rassen“ gegenüber der „eigenen“ abwertet, neigt zumeist auch zu kulturellem und nationalem Chauvinismus, zur Ablehnung von Juden, Muslimen, Homosexuellen, sozialen Randgruppen usw.

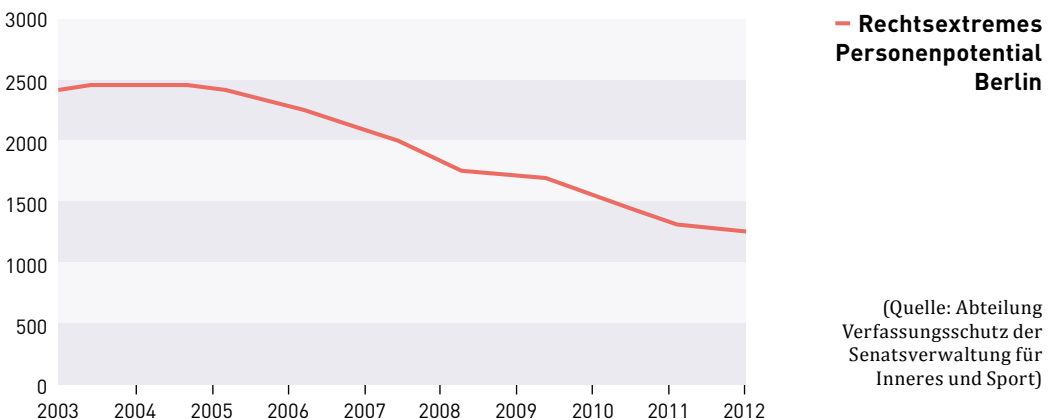
¹² D.h.: Die zeitweilige Dominanz rechtsextremer Subkulturen im öffentlichen Raum sowie einer verbreiteten Duldung bis hin zur Zustimmung zu völkisch-nationalistischen, minderheitenfeindlichen und neonationalsozialistischen Parolen als Teil der gesellschaftlichen „Normalität“.

Für das Jahr 2013 nahm sich POLIS* dann eine Verlagerung der Schwerpunktsetzung auf die Stärkung demokratischer Strukturen und Partizipation vor. Damit entsprach das SPI-Projekt seinem Auftrag, als Leitprojekt im Rahmen des im Jahr 2011 angelaufenen Bezirklichen Integrationsprogramms ein „Bezirkliches Aktionsprogramms zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ zu erarbeiten. Dieses Aktionsprogramm, das u.a. (mit dem Aktionsfeld „aktivierende Demokratie-Analyse“) sozial benachteiligte demokratiedistanzierte Milieus stärker in den Blick nehmen sollte, wurde von POLIS* im März 2013 dem Bezirksamt vorgelegt, dort beschlossen und im Mai 2013 der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben.

Zu den Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Konflikts um die Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße gehört auch die weitere Entwicklung im Land Berlin. Wie im Bezirk Marzahn-Hellersdorf festigte sich – wohl auch unter dem Eindruck der Aufklärung des bundesweiten Staatsversagens bei der Aufklärung der NSU-Mordserie (die Ermordung von sechs türkischen Staatsangehörigen, zwei türkeistämmigen Deutschen und einem Griechen in den Jahren 2000 bis 2006) im Jahr 2011 – auch auf der Landesebene der Konsens der demokratischen Parteien gegenüber rechtsextremen und rechtspopulistischen Bestrebungen. Im Sommer 2013 waren die Notwendigkeit, neue Einrichtungen für die

menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu schaffen sowie deren Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren zur Klärung ihres Anspruches auf politisches Asyl bzw. Flüchtlingsschutz unter Demokrat/innen unstrittig. Auch darüber, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden gleichmäßiger auf die Berliner Bezirke verteilt werden sollten, bestand zwischen den demokratischen Parteien, Senat und Bezirken Konsens. Dieser Konsens wurde nicht zuletzt vom zuständigen Senator für Gesundheit und Soziales (Mario Czaja, CDU), der aus Hellersdorf stammt und den Wahlkreis Mahlsdorf-Kaulsdorf mit einem Direktmandat im Abgeordnetenhaus vertritt, konsequent vertreten.

Zu den Rahmenbedingungen gehört weiterhin, dass das Land Berlin seine Anstrengungen in der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (in Ergänzung der Bundesprogramme) nach 2008 fortsetzte und u.a. mit der Berliner Landeskonzeption „Demokratie. Vielfalt. Respekt – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ (2008) sowie dem Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (2010/2011) ausbaute. Dies blieb offenbar nicht ohne Wirkung: Denn nachdem die vom Verfassungsschutz in Berlin erfassten politisch „rechts“ motivierten Gewalttaten in den Jahren 2006 und 2008 wieder eine Größenordnung von etwa 100 Fällen erreicht hatten, sind sie bis zum Sommer 2013 – mit Schwankungen, aber insgesamt doch signifikant – gesunken.



Ein entsprechender Trend war in Marzahn-Hellersdorf noch deutlicher zu verzeichnen: Lag Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2002 im Berliner Vergleich hinsichtlich rechtsextrem motivierter Straftaten noch mit Abstand an der Spitze, so fiel der Bezirk in den letzten Jahren zunächst ins Mittelfeld, dann (2011) auf den letzten Platz und schließlich (2012) gleichauf mit Lichtenberg, Pankow, Treptow-Köpenick und Reinickendorf hinter Mitte und Neukölln zurück. So war der Bezirk Marzahn-Hellersdorf, ehemals ein Schwerpunktgebiet politisch „rechts“ motivierter Straftaten, Anfang 2013 im Vergleich der Berliner Bezirke kein statistisch nachweisbarer Schwerpunkt mehr.

Allerdings gehörten und gehören bestimmte Quartiere in Marzahn-Hellersdorf weiterhin zu den bevorzugten Wohnorten von rechtsextrem orientierten Bürger/innen. Marzahn-Hellersdorf – insbesondere der Norden von Marzahn und Hellersdorf – blieb eine „Wahlhochburg“ der NPD in Berlin. Hier erzielte sie immer wieder den höchsten Stimmenanteil im Berliner Vergleich. Dort blieb auch ein Schwerpunkt rechtsextremer Agitation und Propaganda – jedoch, worauf u.a. der Rückgang der NPD-Stimmen bei den U-18-Wahlen schließen lässt, mit abnehmender Wirkung bei Jugendlichen und Heranwachsenden.

Im Bezirk sind heute mehr herkunftsheterogene Jugendgruppen und vielfältigere Jugendkulturen sichtbar als vor acht oder sechs Jahren. Nach dem Eindruck vieler Akteure bewegen sich z.B. auch mehr bi-ethnische Paare unbehelligter im öffentlichen Raum. Marzahn-Hellersdorf ist folglich im Laufe der letzten Jahre erkennbar „bunter“ geworden. Und obwohl in bestimmten Quartieren weiterhin ein nicht unbeträchtlicher „rechtsextremer Bodensatz“, der sich eben auch in NPD-Stimmen manifestierte, sowie eine erhebliche Demokratiedistanz (z.B. sehr geringe Wahlbeteiligung) zu konstatieren waren, gelang es dem deutsch-völkischen Rechtsextremismus bis 2013 nicht mehr, den öffentlichen Raum zu dominieren.

Damit waren die Handlungsspielräume für den (mit der aktionsorientierten deutsch-völkischen Rechten verwobenen) parlamentsorientierten Rechtsextremismus in Marzahn-Hellersdorf zu Beginn des Vorwahlkampfes zur Bundestagswahl

2013 relativ gering: Die extreme Rechte war im Bezirk organisatorisch vergleichsweise schwach aufgestellt, deutlich aus dem demokratischen Spektrum ausgegrenzt und mit einer Vielfalt ihr ausdrücklich entgegen gesetzter politischer und soziokultureller Milieus konfrontiert. Zwar konnten sie am „Extremismus der Mitte“¹³ anknüpfen. Doch stießen politische Gruppierungen, die sich durch die Ablehnung der freiheitlichen Demokratie und der Integration der gesellschaftlichen Vielfalt auf Grundlage der Menschenrechte definieren, in Marzahn-Hellersdorf (wie insgesamt in Berlin) auf die Gegnerschaft weiter Teile der organisierten Zivilgesellschaft sowie in zentralen Institutionen des Gemeinwesens auf rechtliche Vorgaben und offizielle Organisationskulturen, die der Gewährleistung freiheitlich-demokratischer und menschenrechtlicher Grundstandards verpflichtet sind. So war der organisierte Rechtsextremismus im Sommer 2013, seiner ideologischen „Brücken in den Mainstream“ zum Trotz, de facto eher in der Defensive als bei der Rückeroberung politischen Terrains im Nordosten Berlins.

¹³ Der Begriff „Extremismus der Mitte“ wird hier nicht als Synonym für einen „Mittelschichten-Extremismus“ verwendet. Vielmehr soll er die bis in die (politische und soziale) „Mitte der Gesellschaft“ hineinreichende Verbreitung von Haltungen, Einstellungen, Wahrnehmungs- und Deutungsmustern beschreiben, die sich dem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie autoritären Orientierungen zuordnen lassen, ohne dass sie unbedingt zu einer geschlossenen ideologischen Weltanschauung verfestigt sein oder in einer aktiven Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt münden müssen. Insofern geht es um Haltungen und Einstellungen, die mit grundlegenden Normen und Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und/oder den rechtswirksamen allgemeinen und unteilbaren Menschenrechten unvereinbar sind, aber für sich allein weder eine verfassungsfeindliche Bestrebung noch ein Delikt darstellen – und dennoch, wenn sie in der „Mitte der Gesellschaft“ (allgemein) verbreitet sind, wesentlich zum Handlungsspielraum rechtsextremer Akteure und zum atmosphärischen Hintergrund für rechtsextrem motivierte Straftaten beitragen.

Rechtsextreme Instrumentalisierung der Informationsveranstaltung

Insofern kam es der NPD und ihr verbundenen aktionsorientierten Rechtsextremist/innen alles andere als ungelegen, als das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zu einer öffentlichen Veranstaltung am 09.07.2013 einlud, um die Bürger/innen des Bezirks über die beschlossene Einrichtung einer neuen Flüchtlingsunterkunft in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße zu informieren. Schließlich ging es um das Thema, mit dem der deutsch-völkische Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren – an verbreiteten Gefühlen der Entfremdung und Politikverdrossenheit, ethnozentrierten Stereotypen und Vorurteilen, (irrationalen) Ängsten und Sorgen anknüpfend – immer wieder Anschluss an die „Mitte der Gesellschaft“ gefunden und Mobilisierungskraft entfaltet hatte. Öffentliche Mobilisierung und Gegenmobilisierung im Vorfeld der Veranstaltung und der Termin im „Sommerloch“ vor der Bundestagswahl boten fast sicher Gewähr für die Aufmerksamkeit der Medien – zumal das Veranstaltungsformat einen prinzipiell unbeschränkten Zugang sowohl für politische Aktivist/innen als auch für alle Medien erlaubte. Es bestand eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, bei dieser Gelegenheit mit ein paar Dutzend Aktivist/innen die Wut vieler – für populistische Parolen von rechts außen offener – Nordhellersdorfer/innen medienwirksam anheizen und in einer polarisierten Auseinandersetzung die Deutungshoheit über einen unübersehbaren Bürgerprotest gegen das Flüchtlingsheim gewinnen zu können. Dieser Erwartung kam auch der Standort der neuen Flüchtlingsunterkunft in einem sozial schwachen Quartier mit traditionell hohen Wahlergebnissen der NPD und geringer Wahlbeteiligung entgegen. Schließlich begünstigte auch die Konstellation, in der die administrativ Verantwortlichen auf dem Podium einer großen Versammlung von Hellersdorfer Bürger/innen gegenüber saßen, eine Konfrontation, bei der sich die „volksnahe“ Fundamentalopposition von rechts mit populistischer Demagogie quasi als „Speerspitze des Bürgerprotestes“ gegen „die da oben“ in Szene setzen konnte.



Informationsveranstaltung des Bezirksamts am 09. Juli 2013

Obwohl die Veranstaltung, mit der Ängste abgebaut werden sollten, keineswegs so weit aus dem Ruder lief, wie die Bürgerversammlung zum Moscheebau in Heinersdorf am 30.03.2006, förderte sie im Ergebnis die Polarisierung der Auseinandersetzung, nährte vorhandene Sorgen und Ängste unter den Anwohner/innen und schockierte die demokratische Öffentlichkeit sowie das Marzahn-Hellersdorfer Bezirksamt. In der medialen Reflexion der Ereignisse erneuerte sich sofort das alte Stigma des ganzen Bezirks als Hochburg des Rechtsextremismus, der nun in eine Reihe mit Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen gestellt wurde (diese Assoziation hatten Rechtsextremist/innen mit entsprechend bedruckten T-Shirts bewusst ins Spiel gebracht).

Aus Heinersdorf hatte das MBT »Ostkreuz« gelernt, die Bedeutung von hintergründigen Konflikt- und Problemlagen zu beachten.

Die Bezirkliche Koordinierungsstelle POLIS* und das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI betrieben das Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf im Anschluss an die Informationsveranstaltung. Das MBT »Ostkreuz« und POLIS* unterstützten einen Weg der Versachlichung, Differenzierung und Pluralisierung der Debatte, der die Menschen vor Ort ernst nehmen und einbeziehen sollte. Aus Heinersdorf hatte das MBT »Ostkreuz« gelernt, die Bedeutung von

hintergründigen Konflikt- und Problemlagen zu beachten. Aus weiteren Beratungsfällen (im Kontext der Zuwanderung von bildungsbenachteiligten und sozial schwachen EU-Binnenmigrant/innen) hatte es gelernt, auf die Differenzierung zwischen vorurteilsbasierten Zuschreibungen einerseits und per se legitime Interessen, Anliegen und Fragen hinsichtlich des nachbarschaftlichen Miteinanders (Müllentsorgung bei Überbelegung von Wohnraum, Rauchbelästigung durch Grillen im Freien, Lärm etc.) zu achten. Insofern ging es bei der Moderation der Dialogrunden um die Herausarbeitung sachlicher Fragen zum Thema, um die Sammlung von berechtigten Fragen, die über das Thema der Veranstaltung hinausgingen sowie um Verabredungen für mögliche nächste Schritte in einem dialogischen Prozess, mit dem ein Weg zur gemeinsamen Gestaltung des nachbarschaftlichen Miteinanders besritten werden sollte (ausführlicher ab S. 36).

Die eigentliche Herausforderung liegt in der „Mitte der Gesellschaft“

Die in der „Mitte der Gesellschaft“ vorherrschenden Wahrnehmungen, Deutungen und Verhaltensnormen bestimmen den Handlungsspielraum und den atmosphärischen Hintergrund für politische und vorurteilsmotivierte Straftaten wesentlich mit. Damit ist die gesetzestreue und den Menschenrechten verpflichtete nachbarschaftliche Solidarität der wichtigste Faktor für den Schutz der Grundrechte von Angehörigen besonders verletzlicher, sozial unterprivilegierter und von Diskriminierung betroffener (Minderheiten-)Gruppen. Aus dieser Perspektive liegt die wesentliche Herausforderung der Demokratieentwicklung mittels Dialog darin, das Spektrum zwischen den Antipoden eines vorurteilsbasierten Gemeinwesenkonflikts – in seiner ganzen Breite und Pluralität – in eine entsprechende Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzubeziehen. Dies kann kaum gelingen, ohne die legitimen Anliegen, Interessen und Bedürfnisse derer zu berücksichtigen, die vor Ort der „Mitte der Gesellschaft“ zugerechnet werden können.



Gesetzestreue und den Menschenrechten verpflichtete nachbarschaftliche Solidarität ist der wichtigste Faktor für den Schutz der Grundrechte von Angehörigen diskriminierter Gruppen.

Die Glaubwürdigkeit des Dialoges hängt aber nicht zuletzt vom Umgang mit Nachbar/innen ab, die zwar aus demokratiedistanzierten Milieus kommen, bei denen sich aber der Verdacht einer Beteiligung an verfassungsfeindlichen Aktivitäten und Hatecrimes nicht hinreichend erhärten lässt. Dies ist besonders herausfordernd, nicht nur, weil mit solchen Nachbar/innen und Mitbürger/innen oft persönliche Erlebnisse verbunden werden, die sowohl dem „Extremismus der Mitte“ als auch zwischenmenschlichen Konflikten bis hin zu Beleidigungen und Tötlichkeiten zuzuordnen sind.

Bestrebungen in der „Mitte der Gesellschaft“, einzelne Menschenrechte für bestimmte Gruppen zu relativieren oder außer Kraft zu setzen, sind auch besonders gefährlich, weil die Menschenrechte nur als auf die Würde des Menschen gegründete, unteilbare und allgemeine Grundrechte eines jeden Menschen bestehen können. Da aber solche (rechtspopulistischen) Bestrebungen keiner geschlossenen Ideologie bedürfen und nicht mit einer aktiven Bekämpfung der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung insgesamt gleichzusetzen sind, können sie nicht einfach mit staatlichen Mitteln als verfassungsfeindlicher Extremismus bekämpft werden, ohne dass der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat seine eigene (normative) Legitimationsgrundlage angreift.

Somit wird die Entwicklung angemessener und wirksamer Handlungsansätze zur Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des „Extremismus der Mitte“ umso wichtiger, je größer die Bedeutung rechtspopulistischer Diskurse für die tatsächliche Gewährleistung menschenrechtlicher Verfassungsnormen im gesellschaftlichen Alltag wird.

Dabei sollte die folgende Überlegung grundlegend sein:

Der Kardinalfehler in dieser Situation wäre der, die öffentliche Debatte einzuschränken, in der vermeintlich guten Absicht, den Rattenfängern keine Bühne zu bieten. Die Versuchung, auf diese Scheintherapie zu vertrauen, ist groß, bekannt als Rückgriff auf alte Tabus, traditionelle Diskussionsverbote, orthodoxe Korrektheit. Doch das ist das Zwielficht, das die Rattenfänger lieben. Das Tageslicht einer Streitbaren politischen Kultur hingegen vertreibt sie effektiver als jede Zensur, jedes Verbot und jeder Versuch der Exkommunikation.¹⁴

¹⁴ Dubiel, Helmut: Die Stunde der Verführer. Populismus ist Teil der Massendemokratie – und ihr Problem, in: Die Zeit, Nr. 37, 2002, in: http://www.zeit.de/2002/37/200237_rattenfaenger.xml (01.07.2011).

Bezirk Marzahn-Hellersdorf: Vom „Nein zum Heim!“ zu „Hellersdorf hilft!“

*Von Carl Chung und
Dr. Thomas Bryant*

Der Fokus des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) als zuständige Landesverwaltung für Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende lag in Marzahn-Hellersdorf auf der Suche nach einer verfügbaren Immobilie, in der sich die technischen Voraussetzungen für eine entsprechende Nutzung mit einem vertretbaren Aufwand herstellen ließen. Maßgeblich waren dafür v.a. rechtliche und technische Bestimmungen und Standards, die in einem geordneten Verfahren von der Behörde in Anwendung zu bringen sind. Eine direkte Mitbestimmung der Bürger/innen des betroffenen Bezirks oder Sozialraumes ist dabei – wie auch bei anderen Bauvorhaben und Umnutzungen von Immobilien – nicht vorgesehen (siehe Interview S. 47). Plebiszite auf Quartiersebene über bezirks- und landesweit relevante Standortentscheidungen wären wohl auch im Sinne sachgemäßer und am weiteren Gemeinwohl orientierter Abwägungen wenig zielführend, da hier verständlicherweise sofort das „Sankt-Florian-Prinzip“ seine Wirkung entfalten würde: Problembehaftete Veränderungen werden prinzipiell zwar akzeptiert – aber nur so lange sie nicht im eigenen Wohnumfeld vorstattengehen. Solidarität mit Schwächeren, Ausgestoßenen oder anderweitig Hilfebedürftigen verharret demnach im Zustand eines eher unkonkreten, theoretischen Lippenbekenntnisses.

Die Aufgabe, die Bürger/innen im betroffenen Quartier über die vom LAGeSo getroffene Entscheidung und deren Auswirkung auf das lokale Gemeinwesen zu informieren, fiel wiederum in die Zuständigkeit des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf – wie auch die Gewährleistung der notwendigen sozialen Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Kita, Schule etc.). Die Erfüllung

Eine kommentierte Chronologie der Ereignisse des Jahres 2013

Der nachfolgende zeitliche Abriss der wichtigsten Ereignisse der zweiten Hälfte des Jahres 2013 erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

„Brauner Dienstag“ (9.7.2013):

Im Juli 2013 fand eine Informationsveranstaltung des Bezirksamtes auf dem Gelände der Schule am Rosenhain anlässlich der Errichtung eines Wohnheims für Flüchtlinge und Asylsuchende in der Carola-Neher-Straße statt, die massiv durch rechtsextreme Personen bzw. Unterstützer/innen der „Nein-zum-Heim!“-Kampagne der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ gestört wurde. Die „Bürgerinitiative“ hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, die Veranstaltung zu besuchen. Innerhalb der rechten Szene wird dieses Vorgehen seitdem als „Hellersdorfer Modell“ gefeiert, das fortan auch in anderen deutschen Städten praktiziert wird, um gegen Flüchtlinge zu hetzen. In der weiteren Öffentlichen Wahrnehmung bleibt dieser Tag als „brauner Dienstag“ in Erinnerung.

Heim-Bezug (19.8.2013):

Die ersten Flüchtlinge und Asylsuchenden zogen im August 2013 in das Wohnheim in der Carola-Neher-Straße ein. Die Stimmung war enorm aufgeheizt: Während Akteure aus der rechten Szene ihre menschenverachtenden Parolen skandierten, die Gehwege mit „Nein-zum-Heim“-Schriftzügen beschmierten und aus der Anonymität des Internets heraus ungehemmt ihre Hetze betrieben und dabei u.a. auch zu Straftaten aufriefen, versuchten Akteure aus dem linken politischen Spektrum, den Neuankömmlingen beizustehen.

dieser bezirklichen Aufgaben ging das Bezirksamt – namentlich Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (Leiter der Abteilung Schule, Sport, Finanzen und Personal) und die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Leiterin der Abteilung Gesundheit und Soziales) – unter einem nicht unerheblichen Zeitdruck an. Dabei waren sowohl das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf als auch das LAGeSo bereit und bemüht, die vom Bezirksamt inhaltlich mitgetragene Verwaltungsentscheidung des LAGeSo und das rechtsstaatliche Verwaltungshandeln beider Behörden den Bürger/innen des betroffenen Sozialraumes zu erläutern und diesbezügliche Fragen zu beantworten. Für das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf war es dabei naheliegend, auf das Format einer Bürgerversammlung in Form einer öffentlichen Podiumsveranstaltung zurückzugreifen.

Dieses Format war zwar zuletzt von relativ wenigen Bürger/innen genutzt worden, galt aber als für den Zweck der direkten öffentlichen Bürgerinformation als bewährt. Zumal vergleichbare Formate zur Bürgerinformation über neu einzurichtende Flüchtlingsunterkünfte in anderen Bezirken, u.a. einen Monat vor der Hellersdorfer Veranstaltung im wohlhabenden Charlottenburger Westend, einen tragfähigen Rahmen für kritische Nachfragen und kontroverse Diskussionen gewährleistet hatten. Auch im bürgerlichen Westend gab es Sorgen, Ängste und Vorurteile, die mit der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft verbunden wurden. Die Diskussion zwischen den Anwohner/innen wurde allerdings in einem politischen Spektrum von bürgerlich-konservativen bis links-alternativen Demokrat/innen geführt, in dem rechtspopulistische Positionen keine Chance auf unbestrittene Deutungshoheit hatten. In anderen Bezirken hatte das LAGeSo die Erfahrung gemacht, dass sich anfängliche Kontroversen um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften auflösten, sobald die Erfahrung gemacht wurde, dass ihr Betrieb in der Nachbarschaft tatsächlich gar nicht auffiel. Vor diesem Hintergrund sahen sich die zuständigen Behörden weder veranlasst noch zeitlich in der Lage, externe Beratungsangebote zur Reflexion der Kommunikationsstrategie in Anspruch zu nehmen. Offenbar war in einer Si-

Dialogrunden (August 2013):

In der zweiten August-Hälfte veranstaltete das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem MBT »Ostkreuz« und Polis vier Dialogrunden. Dazu wurden insgesamt mehr als dreihundert Bürgerinnen und Bürger eingeladen, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum Heim wohnen. Die Anwohnerinnen und Anwohner wurden persönlich angeschrieben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sachliche Informationen aus erster Hand zu bekommen. Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin, ein weiteres Bezirksamtsmitglied, die neue Heimleiterin, ein Vertreter des Heimbetreibers (PeWoBe), eine Vertreterin des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), ein Polizeibeamter sowie mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksamtsverwaltung (z.B. Ordnungsamt, Jugendamt) haben sämtliche Fragen, welche die Anwohnerinnen und Anwohner vorgebracht haben, in einer konstruktiven Gesprächsumgebung beantwortet. Da die vier Veranstaltungen ganz bewusst in einem geschützten Rahmen (auch unter Ausschluss der Medien) stattfanden, um eine neuerliche Eskalation wie an jenem „braunen Dienstag“ zu verhindern, fand erst nach der letzten Dialogrunde (Anfang September 2013) eine Pressekonferenz statt, um die breite Öffentlichkeit vom Verlauf sowie von den Inhalten und Ergebnissen dieser Veranstaltungsreihe zu unterrichten.*

„Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ (31.8.2013):

Bereits zum fünften Mal – d.h. unabhängig von den Ereignissen seit dem „braunen Dienstag“ – versammelten sich zahlreiche demokratische Akteure (z.B. Vereine, Initiativen, Parteien, Ämter, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften), um vor dem Marzahn-Hellersdorfer Rathaus ein deutliches, öffentliches Zeichen gegen jedwede Form von Rechtsextremismus, Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu setzen und sich dabei gleichzeitig für Demokratie, Toleranz und Vielfalt einzusetzen. Viele Bürgerinnen und Bürger, die sich an diesem Tag dem Alice-Salomon-Platz eingefunden haben, konnten sich vor Ort ein Bild von der bunten Vielfalt ihres Bezirkes machen. Etwa eintausend Personen nahmen an diesem inzwischen zur Tradition gewordenen Fest teil.

tuation, in der es dem Bezirksamt zuerst und vor allem um die zügige Umsetzung der Standortentscheidung des LAGeSo in gesetzeskonformes Verwaltungshandeln gehen musste, auch der inhaltliche Bezug zum Bezirklichen Aktionsprogramms für Demokratieentwicklung und somit zum Aufgabengebiet der Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung für die Verwaltung weder augenfällig noch selbst erklärend.



Informationsveranstaltung des Bezirksamts
Marzahn-Hellersdorf am 09. Juli 2013

Zu der Veranstaltung, die für bis zu 400 Teilnehmer/innen geplant war, waren über 800 Bürger/innen – darunter rund 50 Rechtsextremist/innen mit dem Berliner NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke an der Spitze – gekommen. Etliche Veranstaltungsteilnehmer/innen kamen offenbar auch aus anderen Berliner Bezirken und aus dem Land Brandenburg – entweder mit dem Ziel, die Stimmung gegen das Flüchtlingswohnheim, die auf dem Podium vertretenen „Systempolitiker“ und „Handlanger des BRD-Regimes“ anzuheizen, oder aber mit dem Ziel, dem „braunen Mob“ Paroli zu bieten. Die um diese auswärtigen Unterstützer/innen jeweils verstärkten Rechtsextremist/innen und deren ausdrücklichen Gegner/innen heizten mit Sprechchören die ohnehin angespannte Atmosphäre soweit auf, dass eine sachliche Diskussion der Teilneh-

Bundestagswahl (22.9.2013):

Trotz der massiven Agitation, welche die NPD seit Sommer 2013 betrieb, um bei der Wahl zum Deutschen Bundestag ein für sie möglichst gutes Wahlergebnis zu erzielen, ist ihr dieses Ziel nicht gelungen. Zwar votierten in einzelnen Wahllokalen (nicht nur rund um das Heim in der Carola-Neher-Straße) teilweise bis zu 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler für diese Partei; im Gesamtbezirk kam sie dagegen lediglich auf 4,2 Prozent der Erst- und 3,9 Prozent der Zweitstimmen. Auch wenn sie sich damit im Vergleich zur Bundestagswahl von 2009 um 0,5 bzw. 0,9 Prozent verbesserte, so kann dennoch nicht von einem überwältigenden Ergebnis gesprochen werden, da die übergroße Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für eine demokratische Partei gestimmt hat und sich von der seitens der NPD ins Rollen gebrachten „Nein-zum-Heim!“-Initiative nicht angesprochen fühlte. Bei den U18-Wahlen, die am 13. September 2013 stattfanden, konnte die NPD immerhin 5,3 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen. Es handelt sich dabei aber nichtsdestotrotz um einen Abwärtstrend, da sie bei den entsprechenden Wahlen von 2011 noch auf 5,5 Prozent kam und 2006 sogar 13,7 Prozent erzielte. Beunruhigend ist allerdings die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bezirksweit bei nur 65,1 Prozent lag und in einzelnen Wahllokalen sogar nur etwa 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Helfer/innen-Konferenz (25.9.2013):

Unmittelbar nach der von rechtsextremen Kräften gekaperten Veranstaltung vom 9. Juli 2013 hatten sich viele Bürgerinnen und Bürger aus Marzahn-Hellersdorf – teilweise auch aus anderen Berliner Bezirken – an das Bezirksamt gewandt, um ihre Hilfe für die Flüchtlinge und Asylsuchenden in der Carola-Neher-Straße anzubieten. Die Hilfsangebote reichten von Sachspenden aller Art (z.B. Kleidung) bis hin zu diversen Dienstleistungen (z.B. Hausaufgabenhilfe für Kinder). Binnen kürzester Zeit gelang es der an verschiedenen Stellen erkennbaren nachbarschaftlichen Solidarität, ein deutliches Gegengewicht zu den Umtrieben aus der rechten Szene zu setzen und dabei den pauschalen Verdacht zu widerlegen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf mit dieser Szene sympathisierten. Im Auftrag des Bezirksamtes übernahm Polis die Koordination der Hilfsangebote; die zivilgesellschaftliche Initiative „Hellersdorf hilft“ übernahm derweil deren logistische Umsetzung. Als Geste des Dankes, aber auch als Plattform zur weiteren Vernetzung*

mer/innen mit dem Podium unmöglich wurde. Leisere und besonnene Stimmen drangen kaum durch und die tatsächlich als Anwohner/innen am Thema interessierte Mehrheit traute sich in der polarisierten Auseinandersetzung bald nicht mehr, von offener Unkenntnis und Unsicherheit geleitete Fragen zu stellen.

Die NPD und ihr aktionsorientiertes Umfeld, der nun flugs eine Deutungshoheit über politische Befindlichkeit der Hellersdorfer/innen (wenn nicht auch noch der Marzahnner/innen) zugeschrieben wurde, versuchte das Momentum zu nutzen. Sie heizten die Stimmung vor Ort – nicht zuletzt auch über den anonymen Facebook-Auftritt und lokalen Aktionen einer von ihr gesteuerten sogenannten „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ – weiter mit Gerüchten, Falschmeldungen und demagogischen Statements auf.

Demgegenüber folgte dem Entsetzen über den Verlauf der Informationsveranstaltung eine enorme Welle der Solidarisierung mit den (noch gar nicht in Hellersdorf angekommenen) Flüchtlingen. Die Koordination der Hilfs- und Unterstützungsangebote für das Flüchtlingsheim übernahm zunächst die Bezirkliche Koordinierungsstelle POLIS*, bis sich die Unterstützer/innen-Initiative „Hellorsdorf hilft“ sich soweit gefestigt hatte, dass sie diese Aufgabe übernehmen konnte.

Die NPD und ihr aktionsorientiertes Umfeld („Freie Kräfte“ inklusive „Autonome Nationalisten“) sowie ihre anonyme Facebook-„Bürgerinitiative“ versuchten mit Demonstrationen und Kundgebungen möglichst in räumlicher Nähe zur Carola-Neher-Straße Präsenz zu zeigen und sich als „volksnahe“ Speerspitze eines breiten Bürgerprotests in Szene zu setzen. Allerdings brachte sie dabei i. d. R. kaum mehr als zwei bis drei Dutzend Aktivist/innen auf die Straße – die sich regelmäßig mit einer mindestens drei- bis vierfachen Übermacht von Gegendemonstrant/innen konfrontiert sahen. Wo unter dem Motto „Nein zum Heim“ mehr als hundert Rechtsextremist/innen und Mitläufer/innen zusammenkamen, war der Gegenprotest zumindest noch doppelt so stark.

veranstaltete das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit Polis und „Hellorsdorf hilft“ eine Konferenz für alle Helferinnen und Helfer, an der etwa 80 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.*

Menschenkette (5.10.2013):

Während es auf der einen Seite den Aktivist/innen der selbsternannten „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ gelang, den gesamten Bezirk bundesweit in Verruf zu bringen und den Eindruck zu erwecken, dass sich tatsächlich alle Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf mit der Parole „Nein zum Heim!“ identifizierten, so gelang es auf der anderen Seite den zahlreichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern von „Hellorsdorf hilft“, mit einer Menschenkette die mediale Aufmerksamkeit auf die gelebte Solidarität der Bürgerinnen und Bürger zu lenken. Immerhin beteiligten sich rund 250 von ihnen an dieser Aktion, um etwa 200 vollbepackte Kisten mit Sachspenden vom Kottbusser Platz aus direkt ins Heim zu bringen.

Preis für „Hellorsdorf hilft“ (29.10.2013):

Nicht zuletzt aufgrund ihres erfolgreichen Engagements im Rahmen der Menschenkette vom 5. Oktober 2013 sowie ähnlicher Aktivitäten, die den Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Carola-Neher-Straße zugutekamen, wurde „Hellorsdorf hilft“ vom Förderkreis „Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.“ und der Jüdischen Gemeinde Berlin mit dem „Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“ ausgezeichnet. Wenige Wochen nach der Preisverleihung konstituierte sich „Hellorsdorf hilft“ auch als Verein.

Dialogprojekt (Nov.-Dez. 2013):

Mit den vier Dialogrunden, die das Bezirksamt im August 2013 mit den unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohnern des Heims in der Carola-Neher-Straße veranstaltete, war das Informations- und Kommunikationsbedürfnis der Anwohnerschaft freilich noch längst nicht gestillt. Zur Verstärkung dieses Angebotes rief das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem Bezirklichen Migrationssozialdienst und mit Förderung durch den Berliner Senat ein Dialogprojekt ins Leben. Zwei feste Ansprechpersonen standen den Anwohnerinnen und Anwohnern für ihre Fragen rund um das Heim zur Verfügung und hatten darüber hinaus die Aufgabe, beratend tätig zu sein, bei Konflikten zu vermitteln und Schulungen anzubieten.

Allerdings hielt die Polarisierung der Auseinandersetzung zunächst an. Und Solidaritäts-Nachtwachen vor dem Flüchtlingswohnheim, die von bis in die Nachbarhäuser deutlich hörbarer Musik begleitet wurden, waren kaum geeignet, die Sympathien der – zu noch immer erheblichen Teilen dem Flüchtlingsheim kritisch bis ablehnend gegenüberstehenden – Nachbarschaft zu gewinnen. Jedoch begannen offenbar nicht wenige Anwohner/innen, stärkere Vorbehalte gegen die rufschädigenden Aktionen der extremen Rechten und die Gegenaktionen ihrer linken Gegner/innen, die auch immer wieder wenig differenziert Anwohner/innen als „Nazis“ und „Rassisten“ beschimpften, als gegenüber der Flüchtlingsunterkunft zu entwickeln. Nicht wenige Anwohner/innen, die eigentlich von Anfang an vor allem um ihre Ruhe besorgt gewesen waren, begannen sich vom kategorischen „Nein zum Heim“ zu lösen und nach einer Normalität nach dem Protest und Gegenprotest zu sehnen. In der Debatte um die Einrichtung des Heims kam dieser Teil der Anwohnerschaft aber weiterhin so wenig vor wie die Frage des Weges zu einer Normalität mit dem Flüchtlingswohnheim und die Frage der Gestaltung dieser Normalität.



Wandbild an der Sporthalle
in der Carola-Neher-Straße/Maxie-Wander-Straße

Erster Nachbarschaftsdialog im Wohnheim (22.11.2013):

Flankierend zum Dialogprojekt des Bezirksamtes initiierte der Heimbetreiber einen Nachbarschaftsdialog. Ziel dieses Gremiums ist es, die im Gemeinwesen lokal verankerten Akteure (z.B. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen Jugend-, Familien-, Sozial- und Kulturarbeit, Integration und Migration, Wohnungsgesellschaften, Polizei, Ordnungsamt, Kirche) miteinander zu vernetzen, um gemeinsam Ideen für die Entwicklung der Nachbarschaft zu beraten. Das Wohnheim soll dabei aus dem Zentrum politischer Aktivitäten und medialen Interesses rücken und stattdessen mittel- und langfristige zu einem selbstverständlichen Bestandteil des nachbarschaftlichen Zusammenlebens werden.

Sachbeschädigung am Wohnheim (31.12.2013):

Dass sich mit dem Jahreswechsel 2013/2014 die Situation rund um das Heim in der Carola-Neher-Straße noch immer nicht beruhigt hat, ist dem Umstand geschuldet, dass es einzelne Akteure aus der rechtsextremen Szene bewusst darauf anlegte (und dies noch immer tut), Unfrieden in die Nachbarschaft zu tragen. So zum Beispiel in der Silvesternacht, als zwei unbekannte Männer die Eingangstüren des Asylbewerberheimes beschädigten: Sie befestigten Feuerwerkskörper im Eingangsbereich und zündeten diese an, so dass eine Glasscheibe splitterte. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. Allerdings kam es immer wieder zur gezielten Bedrohung von Bewohnerinnen und Bewohner des Heimes sowie von engagierten Helferinnen und Helfern im Umfeld des Flüchtlingswohnheimes durch notorische Rechtsextremist/innen.

Dialogische Konfliktintervention durch POLIS* und MBT »Ostkreuz«

Die Beratung durch die Bezirkliche Koordinierungsstelle POLIS* und das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI kam unmittelbar im Anschluss an die Informationsveranstaltung des Bezirksamts am 09.07.2013 in Hellersdorf zum Zuge, die als „brauner Dienstag“ Schlagzeilen machte.

Das MBT »Ostkreuz« und POLIS* unterstützten einen Weg der Versachlichung, Differenzierung und Pluralisierung der Debatte, der die Menschen vor Ort ernst nehmen und einbeziehen sollte. Als handlungsleitende Ziele galten dabei

- die nachhaltige Entspannung der Situation sowie der polarisierten Debatte um die Flüchtlingsunterkunft;
- die Gewährleistung der Sicherheit der Bewohner/innen der Unterkunft;
- die Gestaltung eines Dialogprozesses, der offen ist für Fragen, Befürchtungen und Verunsicherungen der Anwohner/innen und ebenso Belange der Flüchtlinge aufgreift;
- die Etablierung einer demokratischen und auf gegenseitigem Respekt beruhenden Streitkultur im Gemeinwesen, um Instrumentalisierungsversuchen durch rechtsextreme Organisationen nachhaltig entgegen zu wirken;
- die Einbeziehung der Anwohner/innen in eine partizipative Gestaltung des Miteinanders im Gemeinwesen, die neue Perspektiven für das gesellschaftliche Zusammenleben im Bezirk und in der direkten Umgebung der Gemeinschaftsunterkunft eröffnet.

Als erste Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Ziele unterstützten und moderierten POLIS* und das MBT »Ostkreuz« vier Dialogrunden zwischen dem Bezirksamt, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales sowie dem Betreiber der Flüchtlingsunterkunft mit deren unmittelbaren Anwohner/innen im August 2013. Zu den Dialogrunden kamen insgesamt we-

niger als 20 Prozent der knapp 320 namentlich eingeladenen Anwohner/innen¹⁵. Die, die kamen, waren ganz überwiegend keine ausdrücklichen Befürworter/innen oder Unterstützer/innen der Flüchtlingsunterkunft (diese engagierten sich bereits in anderen Zusammenhängen), aber auch keine namentlich bekannten Rechtsextremist/innen, offensichtliche Sympathisant/innen rechtsextremer Organisationen oder organisierte „Nein zum Heim“-Aktivist/innen.



Gemeinschaftsunterkunft in der Carola-Neher-Straße

Der größte Teil stand der neuen Einrichtung in ihrem Quartier skeptisch bis kritisch gegenüber, beklagte aber vor allem die nächtliche Beschallung sowie die pauschale Verunglimpfung als „Nazis“ und „Rassisten“ durch Teile der Flüchtlingsunterstützer/innen, die nächtliche Geräuschentwicklung durch Polizeifahrzeuge und den privaten Wachschutz der Flüchtlingsunterkunft sowie das (aus ihrer Sicht) unfreundliche Auf-

¹⁵ Einige Eingeladene könnten von Demonstrationen und Gegendemonstrationen vor ihrer Haustür von der Teilnahme an der ersten Runde abgehalten worden sein – allerdings wurde die Teilnehmendenzahl von Runde zu Runde nicht größer, sondern geringer – dennoch sollte die Wirkung der Teilnehmenden als Multiplikator/innen im Quartier nicht unterschätzt werden.

treten von Polizist/innen und Wachschrützer/innen gegenüber den alteingesessenen Anwohner/innen. Kritische, aber legitime und nachvollziehbare Fragen wurden zur behördlichen Informationspolitik und den Entscheidungsprozessen gestellt. Darüber hinaus gab es Fragen zu den (künftigen) Bewohner/innen der Gemeinschaftsunterkunft, zu deren Alltag in der Unterkunft und im Quartier, zur Beschulung der Flüchtlingskinder, zu Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, Beschwerdemöglichkeiten und Ansprechpersonen. Gefragt wurde auch danach, was das Bezirksamt dagegen unternähme, dass in den Medien der gesamte Bezirk als Hort des Neonazismus dargestellt würde sowie nach der Entwicklung des Quartiers, nach Jugendfreizeitangeboten im Allgemeinen, nach Verbesserungen hinsichtlich der Straßenbeleuchtung usw. Vielfach wurde – in einem Spektrum zwischen Enttäuschung, Wut und Resignation – dem Gefühl Ausdruck gegeben, als alteingesessene Einwohner/innen eines sozial benachteiligten Quartiers von „der Politik“ im Stich gelassen, übergangen und nicht ernst genommen worden zu sein. Erläuterungen zu ressortbezogenen Zuständigkeiten und verwaltungstechnischen Verfahrensabläufen wurden z.T. eher als „Ausreden“ denn als sachliche Information verstanden. Dennoch war es wohl für viele Teilnehmende wichtig, von „denen da oben“ überhaupt gehört worden zu sein.

Die Dialogrunden stellten der fortlaufenden Polarisierung der Auseinandersetzung um das Flüchtlingswohnheim, in der sowohl der Bezug zu den Flüchtlingen als auch zur Mehrheit der alteingesessener Nachbarschaft in der Carola-Neher-Straße oft kaum noch zu erkennen war, eine alternative – an dem verstümmten Spektrum zwischen der extremen Rechten und deren ausdrücklichen Antagonist/innen orientierte – Perspektive entgegen. Sie trugen wohl auch kurzfristig zu einer gewissen Entspannung der Lage vor Ort bei, nachdem andererseits der Einzug der ersten rund 200 Flüchtlinge deutlich machte, dass die Inbetriebnahme der Gemeinschaftsunterkunft eine vollendete Tatsache war, welche weder die staatliche Verwaltung noch irgendeine etablierte demokratische Partei noch in Frage stellen ließ.

Zudem kam der Berliner Verfassungsschutz seiner Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich seiner Erkenntnisse darüber nach, dass die anonyme Facebook-„Bürgerinitiative“ gegen das Flüchtlingswohnheim maßgeblich durch (bekannte) Rechtsextremist/innen – nicht zuletzt mit erheblichen Bezügen zur NPD – beeinflusst wurde. Nun verflog der letzte Anschein, dass diese „Bürgerinitiative“ Ausdruck eines spontanen Anwohnerprotests gewesen wäre, den die NPD als „volksnahe Fundamentalopposition“ bloß aufgreifen und parteipolitisch vertreten würde. Die Evidenz der geplanten und systematischen Instrumentalisierung vorhandener Fragen, Sorgen und Einwände vieler Anwohner/innen durch organisierte Rechtsextremist/innen bereitete offenbar einigen Aktivist/innen der sogenannten „Bürgerinitiative“ Probleme, die sich dem organisierten deutsch-völkischen Rechtsextremismus nicht eindeutig zuordnen ließen und nicht zuordnen lassen wollten. Denn einige „Nein zum Heim“-Aktivist/innen scheinen wohl für rechtspopulistische Demagogie im Gewand biederer Bürgerlichkeit durch rechtsextreme (Jugend-) Freund/innen und Bekannte ansprechbar und aktivierbar gewesen zu sein, wollten aber nicht mit offenem Rassismus, aggressiver Systemfeindlichkeit und militantem Neonationalsozialismus identifiziert werden. Dies zumal, wenn ihre tatsächlichen Anliegen und Interessen als Anwohner/innen, die in Ruhe wohnen, private Beziehungen pflegen und sich beruflich entwickeln wollten, mit dem Ausleben rechtspopulistischen „Wutbürgertums“ und Rückfällen in den „nordisch-völkischen“ Lifestyle rechtsextremer Jugendkulturen deutlich in Konflikt gerieten. Insofern man sich dabei auch noch als Bauer auf dem Schachbrett brauner Berufsrevolutionäre wiedererkannte, mag man wirklich ins Zweifeln gekommen sein.

Ende 2013 radikalisierte sich der „harte Kern“ der von der NPD gesteuerten „Bürgerinitiative“ – von dem sich eine Gruppierung abgespaltete, die sich als „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf“ (BIMH e.V.) neu formierte. Der übrig gebliebenen alten – weiterhin anonymen – „Bürgerinitiative“ wurde im Spätherbst

2013 die Webpräsenz von Facebook gelöscht. Zwei Wochen später präsentierte sich dann eine – anonyme – „Bürgerbewegung Hellersdorf“ auf Facebook, die unschwer als Nachfolgerin des „harten Kerns“ der NPD-nahen „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ zu erkennen war. Der von dieser „Bürgerinitiative“ abgespaltene BIMH e.V., bemühte sich deutlich um inhaltliche Distanz von der NPD und ihrer „Bürgerbewegung“. So löste sich der Zielkonflikt zwischen dem Anschein einer bürgerliche „seriösen Radikalität“ und einer Relevanz durch Militanz, die wenigstens den harten Kern der NPD-Initiative zusammen halten und die Verbindung zu den „Freien Kräften“ des aktionsorientierten Rechtsextremismus zu wahren geeignet war, de facto auf: Die „Bürgerbewegung“ schert sich ganz offenbar nicht um ihre Anschlussfähigkeit in der „Mitte“ der Gesellschaft und nimmt – wie auch der Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidke in Person – in Kauf, zum Gegenstand von Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden zu werden. Diese Radikalisierung und wachsende Militanz, die auch immer wieder zu gezielten und geplanten schweren (Gewalt-) Straftaten führt¹⁶, ist eine sehr ernst zu nehmende Herausforderung für die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, die nach der Aufde-

ckung des skandalösen Staatsversagens bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden besonders in der Pflicht stehen, durch ein aufmerksames und konsequentes Vorgehen das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat wieder herzustellen¹⁷. Aber die zunehmende Militanz der extremen Rechten ist kein Zeichen tatsächlicher politischer Stärke, sondern im Gegenteil eine vorhersehbare Folge einer tendenziellen politischen und gesellschaftlichen Marginalisierung des deutsch-völkischen Rechtsextremismus. Insofern lässt sich bei genauerer Betrachtung der „Fall Hellersdorf“ – abgesehen von seiner medialen Wirkung – schwerlich als Erfolgsmodell für die deutsch-völkische Rechte beschreiben.

Die eigentliche Herausforderung liegt in der „Mitte der Gesellschaft“

Der Umstand, dass der Verlauf des Konflikts um das Hellersdorfer Flüchtlingsheim bis zum Jahreswechsel 2013/14 im Sinne der NPD und ihrer Verbündeten kein nachhaltiger Erfolg war, bedeutet nicht, dass er schon für einen Triumph der freiheitlichen, auf die Menschenrechte gegründeten Demokratie steht. Das gilt nicht nur mit Blick auf den von der NPD-„Bürgerinitiative“ abgespaltenen BIMH e.V., der sich zwar vom manifesten und organisierten Rechtsextremismus distanziert hat, aber zunächst einmal weiterhin einer allgemein wachsenden politikverdrossenen Distanz zum etablierten demokratischen System Ausdruck gab. Auch über diese Gruppierung hinaus hatte die Art der Entscheidungsfindung zum Standort der Flüchtlingsunterkunft, die Kommunikation dieser Entscheidung und ihrer Umsetzung sowie der Umgang mit kritischen Nachfragen, (sachlich nachvollziehbaren wie auch irrationalen) Sorgen, Bedenken und Ängsten in einigen (ohnehin eher demokratie-distanzierten, wenn auch nicht zwangsläufig rechtsextrem dominierten) Milieus zur Folge, dass Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz z.T. noch weiter zunahmen.

Die Abwendung vieler früherer Sympathisanten und Dulder/innen der „Nein zum Heim“-

¹⁶ Die Zahl der „politisch rechts motivierten“ Gewalttaten stieg im Jahr 2013 – v. a. durch Vorfälle in der zweiten Jahreshälfte – offenbar wieder über den Durchschnitt der letzten Dekade (nach Maßgabe der Verfassungsschutzberichte: etwa 70 Fälle pro Jahr) an. Dieser im Vergleich zum Vorjahr deutliche Anstieg betrifft nicht zuletzt auch Marzahn-Hellersdorf.

¹⁷ Wenngleich nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand weder beim Berliner Verfassungsschutz noch beim Berliner LKA Defizite zu konstatieren sind, die in Schwere und Ausmaß dem Versagen der Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer und des Bundes bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden gleichkommen, gilt dies auch für Berlin. Denn der NSU-Skandal hat das Vertrauen – insbesondere von potenziellen Opfern rechtsextremistisch motivierter Gewalt – in die Sicherheitsbehörden insgesamt auch in Berlin erodiert.

Kampagne von deren ausdrücklich rechtsextremen Drahtzieher/innen bedeutete noch keineswegs eine Hinwendung zur aktiven Verteidigung des menschenrechtlichen Verfassungskonsenses. Viele blieben wohl – von allen Seiten enttäuscht und eher resigniert – in einer Grauzone zwischen einer letztlich unreflektierten Ablehnung einzelner Grundrechte zumindest für bestimmte Gruppen einerseits und einer substanziellen Akzeptanz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung andererseits stehen. Viele zogen sich in dieser Grauzone verbleibend in ihre privaten Nischen zurück – mit dem Gefühl dass man niemandem trauen könne, dass „die da oben“ eben immer machten, was sie wollten und „die kleinen Leute“ immer übergangen würden.

Vor diesem Hintergrund war es durchaus problematisch, dass verschiedene Umstände vor und nach der Bundestagswahl vom 22.09.2013 verhinderten, dass der im August mit den vier Dialogrunden begonnene Prozess – was seine öffentliche Sichtbarkeit betraf – über Wochen und Monate praktisch auf der Stelle trat: Es dauerte bis November, bis (vom Flüchtlingswohnheim) eine Dialogrunde organisiert werden konnte, in der sich relevante Multiplikator/innen wie Wohnungsbaugesellschaften, Träger der sozialen und Jugendarbeit, Schulen und Vertreter/innen des Bezirksamts usw. miteinander vernetzten, um mit praktischen Problemen des Zusammenlebens im Quartier gemeinsam umzugehen.

Eine Aufgabe dieses Netzwerkes „Nachbarschaftsdialog“ ist die partizipative Gestaltung des Gemeinwesens unter Einbeziehung auch demokratiedistanzierter Milieus, in denen Sympathien auch für rechtsextreme und rechtspopulistische Strömungen verbreitet sind und es an Abgrenzungen gegen diskriminierende Verhaltensweisen oft mangelt. Neben der Entwicklung dafür geeigneter Veranstaltungsformate musste es auch – über die Beantwortung häufig gestellter Fragen im Internet (in einer fortlau-

fend aktualisierten Auflistung der Bezirklichen Koordinierungsstelle POLIS*) hinaus – um ein Angebot für unmittelbare Nachfragen und Beschwerden von Bürger/innen gehen („Anwohnerdialog“). Mit der Einrichtung von entsprechenden Sprechstunden konnte aber ebenfalls erst im Spätherbst und zunächst nur befristet bis zum Jahresende begonnen werden. So konnte der Eindruck entstehen, dass die vier Dialogrunden im August als abgeschlossene Maßnahme zu betrachten waren, durch die nur kurzfristig „Dampf aus dem Kessel“ abgelassen werden sollte. Mit einer solchen Verwendung des dialogischen Ansatzes zur Bearbeitung von Gemeinwesenkonflikten wäre freilich die Glaubwürdigkeit des Dialogangebotes untergraben und der Verankerung demokratischer und menschenrechtlicher Normen in der gesellschaftlichen Alltagskultur nachhaltiger Schaden zugefügt worden. Dies wäre aber nicht nur dem Miteinander im demokratischen Gemeinwesen langfristig abträglich, sondern auch weder im Sinne des Bezirksamtes noch des Heimbetreibers, die sich weiter um die Etablierung tragfähiger Kommunikationsstrukturen bemühen, über die auch demokratiedistanzierte Milieus in der Nachbarschaft erreicht werden können.

Insofern erfordert die Betrachtung des Konflikts als Chance für demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen bei der Gestaltung eines friedlichen und respektvollen Miteinanders im Gemeinwesen auch die Geduld und Gelassenheit, notwendigen Lern- und Veränderungsprozessen in maßgeblichen Organisationen die Zeit zuzugestehen, die sie brauchen. Auch öffentliche und privatwirtschaftliche Verwaltungen haben ihre jeweils eigenen – legitimen – Themen, Interessen und Verfahren, die bei einer nachhaltigen Konfliktbearbeitung berücksichtigt werden müssen. Deren optimales Ergebnis ist dann auch nicht das theoretisch Wünschenswerte, sondern das praktisch Mögliche und Tragfähige, auf das bei weiteren Entwicklungen aufgebaut werden kann.

Interview mit Franz Allert, Präsident des Berliner Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)

Die Fragen stellte Alke Wierth.



Franz Allert

Herr Allert, welche Aufgabe hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin?

Unsere Aufgabe ist es, Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland und konkret nach Berlin kommen, eine Unterkunft und die ihnen zustehenden Sozialleistungen zu gewähren.

Sie stellen also die Heimplätze für die Flüchtlinge zur Verfügung?

Das LAGeSo stellt die Unterkünfte zur Verfügung. Dazu gehören nicht nur die Flüchtlingswohnheime, sondern auch die Erstunterkünfte, in denen Flüchtlinge meist die ersten Tage oder Wochen ihres Aufenthalts verbringen. Danach

haben sie grundsätzlich auch die Möglichkeit, sich eigenen Wohnraum zu suchen. Doch bei der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt ist das meist illusorisch. Die meisten Flüchtlinge bleiben deshalb für die Dauer ihres Asylverfahrens in den Gemeinschaftsunterkünften.

Das LAGeSo betreibt diese Heime nicht selber, sondern übergibt diese Aufgabe an gemeinnützige oder private Träger. Warum?

Es ist gesetzlich so vorgesehen, dass wir die Unterkunftsplätze durch Verträge mit Dritten zur Verfügung stellen und das Land keine eigenen Unterkünfte mit eigenen Beschäftigten betreibt.

Gibt es einen Unterschied zwischen Heimen privater und gemeinnütziger Träger?

Es unterscheidet sich nur die Art der Trägerschaft, aber nicht der Tagessatz, der berechnet wird. Auch gemeinnützige Träger verdienen mit der Unterbringung Geld.

Warum mussten in Berlin 2013 besonders viele neue Unterkünfte eröffnet werden?

2013 sind weltweit die größten Flüchtlingsbewegungen seit vielen Jahren zu verzeichnen gewesen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland und damit auch auf Berlin. Es sind mehr Flüchtlinge nach Deutschland und nach Berlin gekommen. Da wir aber jahrelang einen starken Rückgang der Flüchtlingszahlen hatten und im Zuge dessen hier viele Wohnplätze abgebaut worden waren, müssen nun neue Unterkünfte eingerichtet werden.

Von wie vielen Plätzen und wie vielen Menschen reden wir konkret?

Nach dem so genannten Königssteiner Schlüssel, der die in Deutschland Asyl suchenden Menschen auf die einzelnen Bundesländer verteilt,

2013 sind weltweit die größten Flüchtlingsbewegungen seit vielen Jahren zu verzeichnen gewesen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland und damit auch auf Berlin.

muss Berlin fünf Prozent dieser Flüchtlinge aufnehmen. Es kommen aber etwa 15 bis 20 Prozent der Asylsuchenden, die nach Deutschland fliehen, in Berlin an. Das heißt, wir haben eine höhere Anzahl von Erstaufnahmen, als wir nach diesem Schlüssel dann für die Dauer des Asylverfahrens aufnehmen. Diejenigen, die anderen Bundesländern zugewiesen werden, bleiben nur wenige Tage hier. Wir haben für sie deshalb keine speziellen Einrichtungen, sie werden in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Dort haben wir aktuell etwa 1.500 Plätze. Die Flüchtlinge, die für die Dauer ihres Asylverfahrens in Berlin bleiben, wohnen in Flüchtlingsheimen. Dort verfügt Berlin derzeit über etwas mehr als 8.000 Plätze, und es leben dort aktuell etwa 8.150 Menschen. Die Unterkünfte sind damit überbelegt. Wir haben deshalb derzeit etwa 200 Menschen in Hostels untergebracht.

Wir werden im Jahr 2014 noch deutlich mehr Unterbringungsmöglichkeiten brauchen.

Es werden also weiterhin mehr Unterkünfte gebraucht.

Wir werden im Jahr 2014 noch deutlich mehr Unterbringungsmöglichkeiten brauchen. Genaue Prognosen sind dabei schwierig, weil es keine verlässlichen Voraussagen gibt, wie viele Menschen in diesem Jahr nach Deutschland und nach Berlin kommen werden. Wenn wir die Entwicklungen der vergangenen Jahre zugrunde legen, ist aber sicher, dass wir in diesem Jahr mit mindestens 6.000 neuen Flüchtlingen rechnen müssen. Das bedeutet aber nicht 6.000 neue Unterbringungsplätze, denn es werden ja auch Asylverfahren beendet und Flüchtlinge damit entweder in ihre Herkunftsländer zurückkehren oder, wenn sie anerkannt wurden, in Wohnungen umziehen. Das muss dann nicht unbedingt in Berlin sein, denn wer anerkannt wird, genießt damit auch Freizügigkeit und kann selbst entscheiden, in welchem Bundesland er sich niederlassen möchte.

Wie gehen Sie vor, wenn Sie ein weiteres Heim eröffnen müssen? Wonach entscheiden

Sie beispielsweise, in welchem Bezirk dessen Standort sein soll?

Der Berliner Senat hat sich 2013 mit dem Rat der Bezirksbürgermeister das Ziel gesetzt, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Unterbringungsplätze entsprechend der Bevölkerungszahl der Bezirke zu erreichen. Weil wir sehr viele neue Plätze brauchen, können wir aber derzeit nicht gezielt nach der Maßgabe suchen, in welchen Bezirken dementsprechend noch nachgesteuert werden muss. Wir suchen in allen Bezirken nach Möglichkeiten, neue Heime einzurichten. Das wird mit zunehmender Anzahl nicht einfacher.

Wie suchen Sie konkret nach geeigneten Standorten und Immobilien?

Wir haben eine ständige Ausschreibung auf unserer Homepage, dass, wer immer ein geeignetes Gebäude hat, uns dieses melden kann. Wir sind zudem im Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden und den Betreibern von Wohnheimen, die selber auch nach Immobilien suchen. Wir sind mit dem Berliner Immobilienmanagement BIM, das die landeseigenen Gebäude bewirtschaftet, in ständigem Kontakt, ebenso mit dem Berliner Liegenschaftsfonds, und mit der entsprechenden Institution auf Bundesebene, der BIMA, die auch Liegenschaften hier hat. Zudem beauftragen wir Makler mit der Suche nach geeigneten Objekten und fragen direkt in den Bezirken nach.

Wenn Ihnen Objekte angeboten werden, wie geht es dann weiter? Es muss ja schnell gehen mit der Einrichtung der neuen Unterkünfte.

Natürlich brauchen wir zum einen Unterbringungsmöglichkeiten von heute auf morgen. Wir brauchen aber auch auf Dauer eine gewisse Anzahl von Plätzen. Das heißt, es gibt Gebäude, die sich für eine vorübergehende Nutzung von einem halben oder anderthalb Jahren eignen, aber es gibt auch Objekte, die für eine dauerhafte Nutzung von fünf bis sieben hergerichtet werden können. Da kann dann der Umbau auch mal ein halbes bis dreiviertel Jahr dauern. Konkret müssen wir, wenn uns ein geeignetes Objekt angezeigt wird, erst einmal herausfinden, wer der Eigentümer ist – und der muss einer Nutzung als

Flüchtlingswohnheim zustimmen, sonst geht nichts. Dann müssen wir besichtigen, um festzustellen, ob das Gebäude überhaupt geeignet ist, ob also etwa Leitungen, Be- und Entwässerung, Heizung und sanitäre Anlagen vorhanden sind. Damit klärt sich auch, wie lange es dauern und ob es sich lohnen würde, das Objekt nutzbar zu machen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die man nur gemeinsam lösen kann.

Und wenn das alles positiv ausfällt, das Gebäude also in Frage kommt?

Wenn wir nach unseren Kriterien zu dem Schluss kommen, dass eine Immobilie geeignet ist, dann sprechen wir mit dem Bezirk darüber, ob es aus dessen Sicht Probleme gibt. Denn wir dürfen nicht überall Gemeinschaftsunterkünfte einrichten. Der Bezirk entscheidet auf Grundlage des Bauplanungsrechts, ob das zulässig ist. Dazu müssen bauordnungsrechtliche Fragen geklärt werden, die etwa den Brandschutz betreffen.

Sind das die einzigen Zuständigkeiten der Bezirke in Bezug auf die Flüchtlingswohnheime?

Das LAGeSo richtet gemeinsam mit dem Eigentümer und dem Träger das Objekt soweit her, dass es bewohnt werden kann. Damit hat der Bezirk nichts zu tun. Das bezirkliche Gesundheitsamt übernimmt aber etwa die Prüfung der Einhaltung von Hygienevorschriften und ist später auch zuständig für die ärztliche Untersuchung der schulpflichtigen Kinder, die im Heim wohnen. Und das Schulamt des Bezirks kümmert sich um deren Versorgung mit Schulplätzen. Insofern hat die Einrichtung eines Flüchtlingswohnheims auch Auswirkungen auf den Bezirk.

Mit diesen nötigen rechtlichen Genehmigungsverfahren können Bezirke die Einrichtung neuer Heime auch bremsen oder blockieren – wie gut funktioniert da die Kooperation?

Wir hatten 2012, als sich das Anwachsen der Flüchtlingszahlen deutlich abzeichnete, durch-

aus Probleme mit einigen Bezirken, die teils sehr genau geprüft haben, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, und von ihren Ermessensspielräumen bei der Zulassung sehr restriktiv Gebrauch gemacht haben. Das hat sich nach vielen Gesprächen und der Vereinbarung mit dem Senat, Flüchtlinge gleichmäßig zu verteilen, aber erledigt. Mittlerweile ist die Zusammenarbeit, von einigen Ausnahmen abgesehen, gut bis sehr gut. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die man nur gemeinsam lösen kann.

Information der Anwohner, auch der Gewerbetreibenden, die ihre Geschäfte in der Nähe des Wohnheims haben, ist eine Aufgabe des Bezirks – wie auch dort, wo etwa eine Schule oder eine neue Straße gebaut wird.

Meist gibt es auch Informationsveranstaltungen für die Anwohner/innen um ein geplantes Flüchtlingsheim. Sehen Sie das als Ihre Aufgabe oder die der Bezirke an?

Information der Anwohner, auch der Gewerbetreibenden, die ihre Geschäfte in der Nähe des Wohnheims haben, ist eine Aufgabe des Bezirks – wie auch dort, wo etwa eine Schule oder eine neue Straße gebaut wird. Aber wir machen das immer gerne gemeinsam mit den Bezirken. Das ist sinnvoll, weil viele der Fragen, die von den Bürgerinnen und Bürgern kommen, von den Bezirksvertretern nicht beantwortet werden können – etwa, wer dort untergebracht wird, wo die Menschen herkommen und welche Probleme gegebenenfalls entstehen können. Das betrifft Dinge, die in unserer Verantwortung liegen.

Oft beschweren sich Anwohner/innen darüber, dass sie nicht früh genug informiert würden.

Das ist ein Problem des Verfahrensablaufs. In Hellersdorf etwa haben die Bezirksamtsvertreter/innen, nachdem wir sie über die geplante Eröffnung eines neuen Flüchtlingsheimes informiert hatten, dies zunächst der Bezirksverordnetenversammlung mitgeteilt – ein völlig

korrektes Vorgehen, das aber dazu führte, dass das am nächsten Tag in der Zeitung stand. So schnell konnten die Anwohner/innen gar nicht informiert werden. Die fühlten sich dann über-rumpelt. Das ist im Einzelfall eine nicht aufzulösende Problematik. Umso wichtiger ist es, dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger so zeitnah wie möglich nachzukommen, indem man ihnen die Fragen, die sie haben, konkret beantwortet.

Es ist wichtig, dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger so zeitnah wie möglich nachzukommen, indem man ihnen die Fragen, die sie haben, konkret beantwortet.

Dabei werden in vielen Bezirken externe Akteure wie das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI einbezogen. Für wie sinnvoll halten Sie das?

Alle Akteure, die an diesen Prozessen beteiligt sind, auf Landes- wie auf Bezirksebene, auch wir vom LAGeSo, haben einen Lernprozess durchlaufen, indem wir gemerkt haben, wie unterschiedlich Menschen darauf reagieren, dass Flüchtlingsheime in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entstehen. In vielen Fällen ist das völlig unkompliziert, da wird weder protestiert noch nachgefragt, aber wir haben auch andere Erfahrungen mit starken Protesten, die von der rechten Szene politisch genutzt

Alle Akteure, die an diesen Prozessen beteiligt sind, auf Landes- wie auf Bezirksebene, auch wir vom LAGeSo, haben einen Lernprozess durchlaufen, indem wir gemerkt haben, wie unterschiedlich Menschen darauf reagieren, dass Flüchtlingsheime in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entstehen.

wurden. Damit haben wir uns auf andere Verfahren der Information von Bürger/innen und des Umgangs mit rechten Scharfmacher/innen einstellen müssen. Institutionen wie das MBT »Ostkreuz«, die damit mehr Erfahrung und im konkreten Prozess auch die nötige Distanz haben, weil sie nicht direkt beteiligt sind, können dabei helfen, indem sie mehr Ruhe und Sachlichkeit in das Verfahren bringen. Solche Beratung ist deshalb sehr wichtig. In Hellersdorf hat sich gezeigt, wie das zu positiven Entwicklungen beitragen kann. Dort gibt es jetzt auch viel Unterstützung für das neue Heim. Berlin war immer eine Stadt, die Hilfesuchenden Schutz geboten hat. Das soll auch so bleiben. Und wir haben nach Hellersdorf schon wieder eine ganze Reihe neuer Unterkünfte eröffnet, bei denen es geräuschlos über die Bühne ging.

Interview mit Dagmar Pohle (Die Linke), Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales in Marzahn-Hellersdorf

Die Fragen stellte Alke Wierth.

Frau Pohle, woran denken Sie heute zuerst, wenn Sie sich an die Zeit der Eröffnung des Flüchtlingsheims in Hellersdorf erinnern?

Mich beschäftigt das nach wie vor sehr, ich denke oft darüber nach, welche Schlussfolgerungen man aus den damaligen Ereignissen ziehen kann. Es gibt vor allem eine Frage, auf die ich bis heute keine Antwort weiß: Wie hätten wir von dem Zeitpunkt an, als wir als Bezirk vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) darüber informiert wurden, dass eine leerstehende Schule in Hellersdorf Flüchtlingsunterkunft werden soll, anders reagieren können?

Wie sind Sie denn damals vorgegangen?

Wir waren uns im Bezirksamt sofort einig, dass wir das Vorhaben nicht nur hinnehmen, sondern unterstützen wollen und dass wir das auch den Anwohnerinnen und Anwohnern gegenüber entsprechend kommunizieren werden. Ich habe dann zunächst die umliegenden Wohnungsunternehmen informiert, wir haben eine Anwohnerversammlung organisiert, dafür Absprachen mit der Polizei getroffen und dabei schon festgestellt, dass sehr viele Leute zu der Versammlung kommen würden. Aber es lag, das muss ich auch heute noch sagen, außerhalb unserer, auch meiner Vorstellung, dass die Veranstaltung so von Rechten okkupiert werden könnte, wie es dann geschehen ist. Deshalb ist es auch im Nachhinein schwer zu sagen, was wir hätten anders machen können. Auch die Dialogveranstaltungen mit den Anwohner/innen, die wir später veranstaltet haben, haben darauf keine schlüssige Antwort gebracht.

Welche Kritik wurde denn dort an Ihrer Informationspolitik geäußert?

Viele Anwohner/innen beklagten, sie hätten an-

ders informiert werden müssen – etwa per Brief. Aber damit hätten ihre individuellen Fragen ja auch nicht wirklich beantwortet werden können – das wäre eine Information, aber kein Dialog gewesen. Eine Schlussfolgerung allerdings haben wir gleich gezogen und bei den nach der Bürgerversammlung durchgeführten Dialogveranstaltungen auch schon umgesetzt: nicht einfach breit im Umkreis einzuladen, sondern kleinteiliger, mit persönlichen Einladungen an die unmittelbaren Anliegerinnen und Anlieger.

Wie hätten wir von dem Zeitpunkt an, als wir vom Landesamt für Gesundheit und Soziales informiert wurden, dass eine leerstehende Schule in Hellersdorf Flüchtlingsunterkunft werden soll, anders reagieren können?

Warum ist das besser?

Es hat ja wesentlich zur Zuspitzung der ersten Bürgerversammlung am 9. Juli beigetragen, dass so viele ortsfremde Rechtsextreme da waren. Da wir aber großflächig zu der Versammlung eingeladen hatten, hatten wir als Veranstalter keine Handhabe, jemandem den Zugang zu der Veranstaltung zu verwehren. Ich war deshalb sehr froh, dass an diesem Tag auch Vertreterinnen und Vertreter der Antifa da waren, aktive junge Leute, die zwar auch nicht unbedingt aus Marzahn-Hellersdorf kamen, die aber dafür sensibilisiert waren, dass es auf der Versammlung zu Auseinandersetzungen kommen kann. Denn – und auch das war an diesem Tag für mich eine überraschende Erkenntnis – viele, die zum demokratischen Spektrum unseres Bezirks gehören, Bezirksverordnete und Vertreter/innen von Vereinen etwa, waren geradezu paralysiert von dem, was sich dort abspielte. Das konnte man vom Podium aus gut sehen: Viele waren so schockiert, dass sie überhaupt nicht reagieren konnten. Es ist deshalb vor allem diesen jungen Leuten und drei Vertreter/innen der Linken zu verdanken, dass auch Widerspruch und Gegenmeinungen gegen die ‚Nein zum Heim‘-Fraktion geäußert wurden.

Wie kam es zu dieser Hilflosigkeit? Es war ja nicht das erste Flüchtlingsheim, das in Hellersdorf eröffnet wurde.

Wir haben zwei weitere, ältere Einrichtungen im Bezirk, eine ist aus einer Obdachlosenunterkunft entstanden und in den vergangenen drei, vier Jahren nach und nach mit Asylbewerbern belegt worden, als wieder mehr Plätze benötigt wurden. Als vor einigen Jahren das zweite Heim eröffnet wurde, ist das öffentlich gar nicht wahrgenommen worden. Aber diesmal waren die Umstände andere. Auch bei Eröffnungen von neuen Flüchtlingsheimen in anderen Bezirken waren ja 2013 öffentliche und mediale Wahrnehmung immer sehr groß. Es war ein Wahlkampfjahr, die NPD hat das Thema dankbar aufgenommen und damit ja auch Resonanz gefunden bei einem Teil der Bevölkerung. Glücklicherweise unterschied sich das Wahlergebnis hier im Bereich um das Hellersdorfer Heim dann in dieser Hinsicht nicht wesentlich von früheren Ergebnissen. Das entkräftet den Vorwurf, dass das hier alle NPD-Anhänger wären.

Wir müssen unbedingt darüber nachdenken, wie es uns künftig besser gelingt, nicht nur die bestehenden Strukturen für demokratische Kultur im Bezirk zu unterstützen, sondern auch den Personenkreis zu erweitern, der solche Angebote annimmt.

Aber die Bürgerversammlung und spätere Demonstrationen vor dem Hellersdorfer Heim lieferten Bilder, die an die Ausschreitungen in Rostock vor 20 Jahren erinnern: der Plattenbau im Hintergrund, davor ein Mann, der den Hitlergruß zeigt... Hier im Bezirk ist ja seit langem das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« mit dem Projekt POLIS* - Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf tätig. Waren die Mitarbeiter in den Eröffnungsprozess einbezogen? Es gab von Beginn an Gespräche mit dem MBT »Ostkreuz« und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Aber es war gar kei-

ne Zeit für große Vorbereitungsrounds, in die man etwa politisch aktive Menschen aus dem Bezirk schon hätte einbeziehen können. Das ging in der zeitlichen Dynamik gar nicht, denn zwischen dem ersten Gespräch, bei dem das LAGeSo uns über die geplante Unterkunft informiert hat, und der Bürgerversammlung am 9. Juli lagen gerade mal zwei Wochen. In dieser Zeit haben der Bezirksbürgermeister Stefan Komoß von der SPD und ich viele Gespräche mit Beteiligten wie den Wohnungsunternehmen der Umgebung des Heims geführt, Einladungen mussten vorbereitet und verteilt und Absprachen für die Versammlung getroffen werden – so etwas hat ja feste Zeitabläufe. Sehr hilfreich war die Mobile Beratung aber bei der Auswertung der Bürgerversammlung.

Was hat Ihnen da besonders geholfen?

Ich habe viele Informationen bekommen, etwa über konkrete Personen aus der rechten Szene und der NPD, über rechte Strukturen, wie wir uns verhalten sollten, wenn wir mit diesen Leuten Gespräche führen. Das MBT »Ostkreuz« hat sich mit allen seinen Kompetenzen auch in der Vorbereitung der Dialoggespräche mit den Bürger/innen, die wir dann später geführt haben, sehr eingebracht. Es gab sehr häufige Kontakte, wir haben mehrmals wöchentlich gesprochen. Das war ausgesprochen hilfreich.

Haben Sie sich bei der Auswertung der Bürgerversammlung mit dem MBT »Ostkreuz« auch gefragt, ob die bisherige Arbeit des Teams und des Projektes POLIS* im Bezirk erfolglos war?

Das ist sogar eine ganz wichtige Frage. Wir müssen unbedingt darüber nachdenken, wie es uns künftig besser gelingt, mit solchen Aktivitäten nicht nur die bestehenden Strukturen für demokratische Kultur im Bezirk zu unterstützen, sondern wie wir diese Ressourcen einsetzen können, um den Personenkreis zu erweitern, der solche Angebote annimmt. Das ist für mich eine ganz wichtige Schlussfolgerung aus dem, was hier passiert ist. Wir müssen mit dem MBT »Ostkreuz« Handlungsstrategien und Synergien entwickeln, um mehr Menschen in diese Arbeit einzubeziehen und aktiv zu beteiligen. Und wir

müssen uns auch als Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung eingestehen, dass wir viele Bürgerinnen und Bürger mit dem, was wir tun, nicht erreichen, und uns Gedanken darüber machen, wie wir sie künftig erreichen können.

Wir müssen mit dem MBT »Ostkreuz« Handlungsstrategien und Synergien entwickeln, um mehr Menschen in diese Arbeit einzubeziehen und aktiv zu beteiligen. Und wir müssen uns auch als Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung eingestehen, dass wir viele Bürgerinnen und Bürger mit dem, was wir tun, nicht erreichen, und uns Gedanken darüber machen, wie wir sie künftig erreichen können.

Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Aus der Bewegung gegen das Heim heraus hat sich eine Bürgerinitiative entwickelt, die von sich sagt, sie wolle für den Bezirk etwas tun. Wenn man sich deren Wünsche und Forderungen anguckt, könnte man, wenn man den Hintergrund nicht kennt, vieles davon teilen: Da wird etwa ein lebenswerter Stadtbezirk mit guten Angeboten für Kinder gefordert, Freizeitangebote und Stadtteiltreffpunkte für die Bürger/innen. Aber wenn man genauer hinguckt, sieht man, dass die Einrichtungen, die es im Bezirk bereits gibt, von diesen Bürger/innen nicht genutzt werden und ihnen teilweise auch gar nicht bekannt sind.

Wir müssen wirklich darüber nachdenken, wie wir diese Menschen wieder dazu bringen können, sich als aktive Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu sehen.

Zum Beispiel?

Sie fordern etwa Informationsveranstaltungen zur Internationalen Gartenausstellung IGA, die 2017 in unserem Bezirk stattfinden wird. Solche Informationsveranstaltungen gibt es aber seit

mehr als einem halben Jahr regelmäßig. Zur bislang letzten kamen 300 Teilnehmer/innen.

Das sind doch nicht wenige!

Das sind nicht wenig. Aber wenn das trotzdem als Wunsch aufgeschrieben wird, zeigt das doch, dass die Informationen des Bezirksamtes offenbar nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Das ist ein Phänomen, mit dem wir uns intensiv befassen müssen. Und da braucht es vielleicht manchmal weniger Papier und mehr Bezugnahme auf die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

In vielen Bezirken, wo es Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte gab, haben Gespräche mit den protestierenden Bürger/innen am Ende oft zu dem Ergebnis geführt, dass diese sich ganz unabhängig von dem geplanten Heim einfach alleingelassen und nicht ernst genommen fühlen.

Das ist auch hier deutlich geworden. Viele der Menschen, die gegen das Heim protestiert haben, haben Sorgen um ihre eigene Zukunft: etwa, ob sie künftig ihre Mieten noch bezahlen können und wo sie noch hinkönnen, wenn sie sich selbst hier keine Wohnraum mehr leisten können. Das sind oft Menschen, die es auch auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, und deren Angst umgeschlagen ist in dieses frustrierte Dagegensein. Dennoch, auch das möchte ich sagen: Wenn ich, wie auf der Bürgerversammlung geschehen, junge Frauen sehe, die für ihre statt für die Flüchtlingskinder Spielplätze fordern, dann graut es mir vor diesem Mangel an Empathiefähigkeit – gerade bei Menschen, die selbst Kinder haben. Wir müssen wirklich darüber nachdenken, wie wir diese Menschen wieder dazu bringen können, sich als aktive Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu sehen.

Interview mit Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter in Marzahn-Hellersdorf und Flüchtlingsberater für die Partei Die Linke und die Volkssolidarität

Die Fragen stellte Alke Wierth.

Herr Dahler, auf welche Weise und in welcher Funktion waren Sie am Prozess der Eröffnung des Flüchtlingsheims in Hellersdorf beteiligt?

Ich war in zwei verschiedenen Funktionen involviert: Zum einen als Bezirksverordneter, zum anderen arbeite ich seit 1994 als Sozial- und Flüchtlingsberater meiner Partei. Außerdem bin ich übrigens auch Anwohner in der Carola-Neher-Straße, wo das Heim eröffnet wurde.

Wie sind Sie Flüchtlingsberater geworden?

Als ehemaliger DDR-Bewohner habe ich mich schon in den Neunzigerjahren für das Schicksal der Vertragsarbeitnehmer/innen aus Vietnam, Mosambik und Angola gekümmert und mich seitdem in Sachen Ausländer- und Aufenthaltsrecht weiterqualifiziert.

Wie haben Sie die Konflikte um die Eröffnung der Heime in der Carola-Neher-Straße wahrgenommen – zunächst die Haltung der Anwohner/innen?

Die Haltung der Anwohner/Innen war differenziert. Es gab und gibt solche, die den Flüchtlingen zur Seite stehen, und es gab die, die die Eröffnung des Heims mit großem Unbehagen beobachtet haben. Oft waren das solche, die selbst eher zu den sozial Schwachen gehören. Dazu kommt, dass die Entscheidung, aus dem ehemaligen Schulgebäude eine Flüchtlingsunterkunft zu machen, vom Senat getroffen wurde. Weder die Bezirksverwaltung noch die Anwohner/innen waren zunächst davon in Kenntnis gesetzt. Das haben rechtsextreme Rassist/innen von der NPD, die zum Teil auch in dieser

Gegend wohnen, zum Anlass genommen, gegen die Flüchtlinge und gegen Ausländer/innen und Linke allgemein zu hetzen. Und sie haben es geschafft, einen Teil der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Seite zu ziehen.

Das hat sich vor allem auf einer Bürgerversammlung gezeigt, die ziemlich aus dem Ruder lief, weil sie von NPD-Funktionär/innen dominiert wurde. Waren Sie dort?

Ja, ich war dort anwesend.

Bevor wir auf die Versammlung eingehen: Wie haben Sie das Verhalten der Behörden und Verwaltungen im Vorfeld der Eröffnung wahrgenommen?

Da herrschte vor allem eine große Hilflosigkeit.

Und das führte auf der Bürgerversammlung zum Chaos.

Ja. Es waren viel mehr Menschen gekommen, als angenommen – auch Bürgerinnen und Bürger, die sich sonst kaum für politische Themen interessieren. Viele wollten einfach hören, was an diesem Ort nun passieren soll. Aber es gab auch die, die in „Nein zum Heim“-T-Shirts erschienen waren und vor allem stören wollten. Und die rechtsextreme NPD trat massiv auf und heizte die Stimmung auf.

War das tatsächlich nicht absehbar, dass möglicherweise das passieren würde? Es schien sich niemand von denen, die die Versammlung organisiert hatten, vorher Gedanken darüber gemacht zu haben.

Das war für alle eine schwierige Situation. Offenbar waren die Organisator/innen der Versammlung tatsächlich überrascht. Da hatte sicher keine gute Vorbereitung stattgefunden und die verschiedenen Teilnehmer/innen auf dem Podium – Bezirk, Polizei, Heimbetreiber und LAGeSo – haben dann auch nicht gut dabei kooperiert, der massiven Hetze der NPD dort etwas entgegenzusetzen.

Das MBT »Ostkreuz« ist mit seinem Projekt POLIS* schon lange im Bezirk Marzahn-Hellersdorf aktiv. In den Prozess der Heimeröffnung wurde das Team aber erst nach der Versammlung einbezogen. Warum?

Das ist im Bezirksamt so beschlossen worden. Wir haben mit POLIS* ein sehr gutes bezirkliches Integrationsprogramm entwickelt und es gibt eigentlich gute Netzwerke und Verbindungen im Bezirk. Deswegen war es gut, das MBT hier einzubeziehen.

Was hat das Team dann unternommen?

Es wurde auf drei Ebenen gehandelt: Zum einen wurde der Dialog zwischen Heimbetreibern, Bezirksverwaltung und den unmittelbaren Anwohner/innen aufgenommen. Der wurde von den MBT-Kolleg/innen moderiert. Dann wurde die Initiative „Hellersdorf hilft“ ins Leben gerufen, in der vor allem junge Leute und Antifaschist/innen aktiv sind, die den Flüchtlingen beistehen wollen. Die dritte Ebene ist die Beratung der Flüchtlinge vor Ort. Alle Maßnahmen hat das MBT mit angeregt und entwickelt.

Das Auftreten der Nazis hat die Menschen eingeschüchtert, die zwar Bedenken wegen des Heims hatten, sich aber nicht mit den Nazis gemein machen wollten.

Was sind die konkreten Auswirkungen dieser Maßnahmen?

Es wurde damit die Zivilgesellschaft im Bezirk gestärkt und rund um das Heim eine andere Atmosphäre geschaffen. Mittlerweile gibt es viel Unterstützung für das Heim und seine Bewohner/innen. Auch einige der Anwohner/innen, die auf der Bürgerversammlung noch „Nein zum Heim“ gerufen hatten, nehmen jetzt an solchen Unterstützungsaktionen teil, etwa an Spendensammlungen für die Heimbewohner/innen.

Das klingt einfach. Ist es wirklich so leicht, Menschen zum Umdenken zu bewegen?

Vielen derjenigen, die Fragen zum Heim hatten und denen die Eröffnung Unbehagen bereitet hat, haben die rechtsextremen Aufmärsche, die

es vor dem Heim gab, und auch das massive Auftreten der NPD auf der Bürgerversammlung einen Schrecken eingejagt. Damit wollten sie sich nicht identifizieren. Aber das Auftreten der Nazis hat die Menschen auch eingeschüchtert, die zwar Bedenken wegen des Heims hatten, sich aber nicht mit den Nazis gemein machen wollten. Die wagten sich aufgrund der Stimmung dann erstmal gar nicht mehr zu äußern.

Wir müssen unterscheiden zwischen Nazis und Rassist/innen und den Anwohnerinnen und Anwohnern, bei denen etwas anderes die Triebkraft für solche Ablehnung ist.

Und wurden dann ermutigt, sich zu positionieren?

Das kann man so sagen. Auf der Bürgerversammlung hatte es ja erstmal wenig Widerspruch gegeben – eine schweigende Mehrheit hatte dort der NPD das Feld überlassen. Aber hinterher erzählten mir Menschen, sie hätten sich einfach nicht getraut, den Rechtsextremen entgegenzutreten. Sie waren vom Auftreten der NPD-Leute dort überrascht und eingeschüchtert. Mich hat das an die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen vor zwanzig Jahren erinnert.

... als Rechtsextreme dort ein Flüchtlingsheim angriffen und belagerten und Nachbar/innen teils wegsahen, teils aber auch applaudierten. Das ist 20 Jahre her: Wieso ist die Hilflosigkeit der Behörden und Politiker/innen gegenüber solchen Situationen heute noch so groß?

Ich kann das auch nicht erklären. Ich kenne ja die Menschen, ich mache ehrenamtliche Sozialberatung im Bezirksamt, und viele meiner Klient/innen, die zu uns, zu den Linken, zur Beratung kommen, standen bei der Bürgerversammlung auf der Seite der Rechten. Wenn man die heute fragt, was sie dazu getrieben hat, bekommt man eigentlich nichtssagende Antworten. Es mag da, wo sozial Schwache sind, etwa Menschen, die arbeiten und dennoch so wenig verdienen, dass sie zusätzlich staatliche Unterstützung brauchen, Sozialneid eine Rolle spie-

len. Und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Da müssen wir als Zivilgesellschaft auch unterscheiden zwischen Nazis und Rassist/innen und den Anwohnerinnen und Anwohnern, bei denen etwas anderes die Triebkraft für solche Ablehnung ist.

Ich habe im Heim Ärztinnen und Ärzte kennengelernt, Akademiker/innen, Menschen, die mehrere Sprache sprechen und sehr schnell Deutsch lernen, darunter auch Romafamilien, die immer arbeiten würden, wenn sie eine Arbeitserlaubnis bekämen, die mit ihrer Kultur eine echte Bereicherung für unser Land wären und die integrationswillig sind.

Flüchtlinge sind eigentlich keine Menschen, die man um etwas beneiden kann, oder?

Das stimmt, an deren Lage und auch der Lebenssituation in einem Heim ist nichts Beneidenswertes. Bei denen, die in dem Heim in Hellersdorf leben, haben derzeit etwa zehn Prozent die Aussicht, als Flüchtlinge eine Anerkennung und damit eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen zu bekommen. 20 Prozent bekommen möglicherweise eine Duldung, und alle anderen erhalten zurzeit Grenzübertrittsbescheinigungen, also Bescheinigungen, dass sie die Bundesrepublik verlassen müssen. Ich persönlich finde das furchtbar, dass Menschen, etwa Roma und Sinti, die aus den Balkanstaaten hierhergekommen und dort diskriminiert werden, womöglich im Winter wieder dorthin abgeschoben werden, dass auch syrische Flüchtlinge, die über Drittstaaten eingereist sind, in Abschiebehaft genommen werden, um wieder dorthin zurückgeschickt werden. Die Flüchtlingslager in der Türkei sind überfüllt, im Libanon leben bei fünf Millionen Einwohner/innen mittlerweile sieben Millionen Flüchtlinge, und Deutschland hat seit seiner Ankündigung, 5.000 syrische Kontingentflüchtlinge aufzunehmen, bisher nur etwa

ein Zehntel davon tatsächlich aufgenommen. Das finde ich eine Katastrophe, aber das zeigt auch eine Grundhaltung des Staates gegenüber Flüchtlingen, die deren Ablehnung in der Bevölkerung geradezu fördert.

Sie meinen, die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung stärkt deren Ablehnung durch die Bevölkerung?

Ja, weil man immer den Eindruck vermittelt bekommt, die Flüchtlinge kämen hierher, um von unserem Sozialsystem, unserer Wirtschaft zu profitieren, ohne dafür etwas zu geben. Ich habe im Heim Ärztinnen und Ärzte kennengelernt, Akademiker/innen, Menschen, die mehrere Sprache sprechen und sehr schnell Deutsch lernen, darunter auch Romafamilien, die immer arbeiten würden, wenn sie eine Arbeitserlaubnis bekämen, die mit ihrer Kultur eine echte Bereicherung für unser Land wären und die integrationswillig sind. Aber das Aufenthalts- und das Asylverfahrensgesetz sieht überhaupt keine Integration für diese Menschen vor.

Hilft es, das den Anwohner/innen zu erklären?

Ich denke ja. Zu einer Informationsveranstaltung von mir, die ich zu dem Heim und seinen Bewohner/innen, zu deren Fluchtgründen und den Lebensbedingungen von Flüchtlingen durchgeführt habe, sind auch Menschen gekommen, die bei der Bürgerversammlung bei den „Nein zum Heim“-Rufer/innen standen. Und rund um das Heim gibt es mittlerweile sehr viele Initiativen, die die Flüchtlinge unterstützen. Als wir mit dem MBT eine Veranstaltung organisiert haben, um die Maßnahmen für die Flüchtlinge zu organisieren und zu koordinieren, saßen dort 30 verschiedene Akteure, darunter zwei Stadtteilzentren, die Wohnungsunternehmen, Schulen und Bürgerinitiativen, am Tisch.

Interview mit Michael Tielitz und Martina Wohlrabe von der Professionellen Wohn- und Betreuungsgesellschaft mbH (PeWoBe)

Die Fragen stellte Alke Wierth.

Frau Wohlrabe, bei einer Bürgerversammlung im Juli 2013 vor der Eröffnung des Heims in Hellersdorf, das Sie nun leiten, dominierten Rechte und Rechtsextreme, teils aktive NPDler die Stimmung. Hatten Sie keine Angst, die Leitung hier zu übernehmen?

Martina Wohlrabe: Ich war selbst bei der Bürgerversammlung. Das war schon erschreckend, was man da gesehen hat. So etwas hatte ich noch nicht erlebt. Aber ich arbeite seit 1992 im Bereich Flüchtlingsheime, habe also über zwei Jahrzehnte Erfahrung. Ich habe keine Angst. Wissen Sie: Diese Arbeit muss man mit dem Herzen machen. Das kann nicht jeder. Und wir haben auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier von Anfang an darauf hingewiesen, dass sie mit Anfeindungen rechnen müssen.

Herr Tielitz, was ist Ihre Aufgabe bei der PeWoBe?

Michael Tielitz: Wir betreiben mehrere Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, und ich bin für die Immobilien und die Koordination der Heime zuständig. Wir haben 2013 drei neue Häuser in Berlin aufgemacht. Wenn die Stadt dafür wie hier eine ehemalige Schule oder ein früheres Hostel wie etwa in Schöneberg zur Verfügung stellt, sucht der Senat in Gestalt des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) dafür einen Betreiber. Als solcher kümmern wir uns dann zunächst darum, dass dort ein ordentlicher Regelbetrieb als Flüchtlingswohnheim möglich wird. Das ist meine Aufgabe.

Wie läuft das normalerweise ab?

Tielitz: Flüchtlingsheime sind nach der Betriebsstättenverordnung Beherbergungsbetriebe wie Hotels oder Hostels. Es gibt Häuser, die eher einen Apartmentcharakter haben, da gibt es einen

Wohnraum mit einer kleinen Pantryküche, ein eigenes Bad, da wohnt man also schon fast wie in einer eigenen Wohnung. Dann gibt es Häuser wie dieses hier in Hellersdorf, wo man zentrale Hygieneeinrichtungen, zentrale Küchen, aber sein eigenes Zimmer hat. Unsere Aufgabe ist es zunächst, die Gebäude dafür vorzubereiten, dass Menschen dort wohnen können, also die nötigen Bauanträge zu stellen und den Umbau zu machen. Wir machen auch die komplette Möblierung und stellen dann das nötige Personal ein.

Wer gehört dazu?

Tielitz: Wir brauchen eine Heimleitung, eine Bürokraft, pro Haus zwei bis vier ausgebildete Sozialarbeiter/innen, eine/n Hausmeister/in und manchmal auch Handwerker/innen.

Hier ist auch Sicherheitspersonal im Haus – ist das wegen der angespannten Lage oder ist das in allen Heimen üblich?

Tielitz: Security ist oft notwendig, weil wir anfangs den nötigen Baubestimmungen noch nicht entsprechen. Bevor aber Flüchtlinge obdachlos werden, sagt das LAGeSo: Wir müssen jetzt unterbringen, wir können nicht warten, bis ihr alle Stempel habt. Vor allem der Brandschutz

Eigentlich haben die Bürger/innen kein Mitspracherecht, wenn ein Flüchtlingsheim eröffnet wird. Aber dass sie Fragen haben, ist ja ganz normal, und Aufklärungsarbeit ist deshalb wichtig.

ist wichtig. Deshalb brauchen wir hier Brandwachen, zertifizierte Leute, die auf den Fluren stehen und gucken, ob es irgendwo qualmt. Zurzeit haben wir deshalb acht Securityleute hier. In Häusern, wo der Brandschutz geklärt ist, haben wir in der Regel zwei Securityleute, die die Ein- und Ausgangskontrolle machen. In den Heimen unserer Firma bekommt jede/r Bewohner/in einen Heimausweis. Besuch dürfen die Bewohner/innen natürlich haben, aber es sollen keine Fremdschläfer/innen ins Haus kommen. Wohnen dürfen hier nur die Personen, die die entsprechende Zuweisung vom Amt haben.

Das heißt, Ihr Ansprechpartner ist eigentlich immer das LAGeSo, Sie haben mit Bezirksbehörden oder anderen Institutionen im Grunde nichts zu tun?

Wohlraabe: Nein. Wenn das Heim bewohnt ist, gehört es auch zu unseren Aufgaben, uns im Bezirk zu vernetzen, etwa mit dem Gesundheits- und dem Jugendamt, mit Schulen, mit Stadtteilzentren oder über Nachbarschaftsdialoge auch mit den Anwohner/innen. Das machen dann Heimleitung und Sozialarbeiter/innen.

Mit der Stadträtin für Gesundheit und Soziales haben wir das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« ins Boot geholt, das uns mit seiner Erfahrung sehr gut beraten hat.

Als hier die erste Bürgerversammlung war, gab es aber noch keine Heimleitung und keine Sozialarbeiter/innen.

Wohlraabe: Nein, da war das Heim ja auch noch nicht belegt. Aber wenn die ersten Flüchtlinge da sind, müssen sich unsere Sozialarbeiter/innen ja beispielsweise darum kümmern, dass die Kinder Schulplätze bekommen und vorher die schulmedizinische Untersuchung stattfindet.

Was ist denn bei der Eröffnung des Heims in Hellersdorf anders gelaufen als im Normal- oder Idealfall?

Tielitz: Als wir das Haus in Schöneberg eröffnet haben, wo 280 Flüchtlinge wohnen, wurde das von der Nachbarschaft so gut wie gar nicht wahrgenommen. Hier in Hellersdorf hat die so genannte ‚Bürgerinitiative Hellersdorf‘ über das Internet für sehr viel Unruhe gesorgt. Heute vermuten wir, dass das aus der rechten Szene kam. Da wurden viele Leute aufgehetzt. Damit hatte der Bezirk wohl nicht gerechnet. Er wollte ja mit der Bürgerversammlung etwas Gutes, nämlich die Anwohner/innen vorher informieren. Eigentlich haben die Bürger/innen kein Mitspracherecht, wenn ein Flüchtlingsheim eröffnet wird. Aber dass sie Fragen haben, ist ja ganz normal, und Aufklärungsarbeit ist deshalb wichtig. Die Bürger/innen müssen ihre Fragen ja irgendwo loswerden können. Und viele der Anwohnerinnen und Anwohner waren ja auch entsetzt über das,

Die Teammitarbeiter/innen haben uns bei der Vernetzung geholfen und die Nachbarschaftsdialoge moderiert. Und sie beraten uns dabei, wie man mit verschiedenen Gruppierungen am besten umgeht.

was sich bei der ersten Bürgerversammlung am 9. Juli 2013 abgespielt hat.

Können die Bürger/innen jetzt ihre Fragen loswerden?

Wohlraabe: Ja. Nach der Veranstaltung haben wir mit dem Bezirksamt viel darüber nachgedacht, was da schiefgelaufen ist. Es wurden dann Dialogveranstaltungen gemacht, zu denen die tatsächlichen Anwohner/innen direkt postalisch eingeladen wurden. Davon lernen übrigens jetzt auch andere Bezirke. Und wir haben an Netzwerktreffen teilgenommen, wo unter anderem Stadtteilzentren, die Polizei, verschiedene Ämter und Organisationen, auch Parteien beteiligt waren. Wir haben auch unsere Heimbewohner/innen darüber aufgeklärt, was hier los war. Sie fühlen sich hier jetzt wohl und sicher. Dafür haben wir sehr gut mit dem Bezirksamt zusammengearbeitet, vor allem mit der Stadträtin für Gesundheit und Soziales, Dagmar Pohle. Mit ihr haben wir auch das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« ins Boot geholt, das ja mit dem Projekt POLIS* schon lange hier im Bezirk aktiv ist und uns mit seiner Erfahrung sehr gut beraten hat.

Was hat das Team genau gemacht?

Wohlraabe: Die Teammitarbeiter/innen haben uns bei der Vernetzung geholfen und die Nachbarschaftsdialoge moderiert. Und sie beraten uns dabei, wie man mit verschiedenen Gruppierungen am besten umgeht, gerade mit den rechten, aber auch mit den linken. Man steht ja als Heimleitung manchmal fast am Pranger, soll alles Mögliche erklären und rechtfertigen, warum was wie läuft. Die Leute vom MBT stellen sich dann dazwischen und beraten uns, wie man am besten mit welchen Situationen umgeht.

Tielitz: Das MBT kennt und versteht die Reaktionen aller Beteiligten sehr gut und sieht immer die Gesamtsituation, berücksichtigt die Interessen al-

ler Seiten. Sie sind für uns ein sehr guter Partner, den wir etwa fragen können: Da ist wieder eine Demonstration vor dem Haus angemeldet, wer kommt da eigentlich, wie sollen wir darauf reagieren? Da ist das MBT sehr hilfreich, Situationen zu erklären und zu klären und darauf zu reagieren.

Das MBT versteht die Reaktionen aller Beteiligten, sieht die Gesamtsituation und berücksichtigt die Interessen aller Seiten.

Können Sie dafür konkrete Beispiele geben?

Tielitz: Es gab vor dem Haus eine Mahnwache von den Linken, die die Flüchtlinge schützen wollen. Da standen teils 500 Leute vor der Tür. Das fanden wir als Betreiber ja eigentlich vernünftig, dass da jemand eine Mahnwache halten will. Aber wir brauchen Kontakt zu den Leuten, die da stehen, und wir müssen den Flüchtlingen, die hier ankommen, auch erklären, was da los ist und worum es geht. Die wissen ja nicht, ob die Leute für oder gegen sie sind. Wir haben auch traumatisierte Flüchtlinge, für die ist das schlimm, wenn sie hier ankommen und da stehen 500 Leute und die Polizei.

Wohlraabe: Seit November findet eine regelmäßige Sprechstunde statt, bei der jeden Mittwoch Anwohner/innen mit Fragen zum oder auch Klagen über das Heim kommen können. Das kann nicht hier stattfinden, denn wir müssen den Betrieb aufrechterhalten. Das MBT kommt dann aber mit den Anliegen der Anwohner/innen zu uns und wir klären das oder kümmern uns drum. Das entlastet uns in unserer Arbeit. Wenn hier täglich 30 Bürger direkt zu uns kämen, könnte ich meinen normalen Aufgaben nicht mehr nachkommen.

Haben Sie schon einmal ein Heim geleitet, wo so viele Hilfsangebote ankamen?

Wohlraabe: Nein. Wir wurden geradezu überschüttet mit Hilfsangeboten, nachdem es am Anfang so gekracht hatte. Auch das ist eine Herausforderung, da muss man erst mal sondieren. Jeden Tag kommen hier Tüten und Beutel an, teils sogar Transporter vorgefahren. Das ist schön, aber es bedeutet auch Aufwand. Wir haben so viel Spielzeug und Kleidung bekommen, dass wir davon anderen Heimen etwas zur Verfügung stellen wollen. Auch andere Hilfsangebote, die eingegan-

gen sind, Begleitung für die Flüchtlinge, Nachhilfe, Kinderbetreuung, das muss alles koordiniert werden. Da hat das MBT ebenfalls geholfen.

Welche Konsequenzen werden Sie für Ihre zukünftige Arbeit aus den Erfahrungen hier in Hellersdorf ziehen?

Tielitz: Es wäre toll, immer jemanden wie das MBT »Ostkreuz« dabei zu haben. Aber die Entscheidung können wir als Betreiber nicht treffen. Und oft muss die Eröffnung neuer Heime ja unheimlich schnell gehen. Niemand weiß vorher, wie viele Flüchtlinge im nächsten Monat kommen. Da müssen manchmal sehr schnell neue Unterbringungsmöglichkeiten her. Aber es lernen ja schon andere Bezirke aus dem, was hier passiert ist, und engagieren sich stärker im Anwohnerdialog, damit die Stimmung nicht kippt.

Wohlraabe: Aber es ist ja auch so: Wir schaffen Flüchtlingen ein vorübergehendes Zuhause, und das machen wir ihnen so angenehm wie möglich. Deshalb sind es auch wir, die entscheiden, mit wem wir etwas organisieren oder Vereinbarungen treffen wollen. Wir können die Leute nicht überhäufen mit Angeboten. Denn wenn sie mal hier ausziehen, müssen sie ja alleine klarkommen und sollen nicht völlig hilflos sein, weil sich plötzlich nicht mehr jemand um alles kümmert.

Wir haben hier in Hellersdorf nach den Problemen am Anfang eine solche Welle der Hilfe bekommen, dass man heute sagen kann, es gibt mehr positive Resonanz als negative.

Tielitz: Aus der Erfahrung, die wir hier gemacht haben, können wir als Betreiber aber sagen, dass wir solche Zusammenarbeit, wie wir sie hier erlebt haben, in Zukunft ausbauen wollen. Denn wir haben gemerkt, wie sehr das hilft, manchen Druck rauszunehmen und einen ruhigen Regelbetrieb in den Stadtbezirk zu integrieren. Und eins möchte ich ergänzen: Wir haben hier in Hellersdorf nach den Problemen am Anfang eine solche Welle der Hilfe bekommen, dass man heute sagen kann, es gibt mehr positive Resonanz als negative. Das ist doch ein Zeichen, dass die Leute hier sozial eingestellt sind.

Bezirk Neukölln: Aus Hellersdorf gelernt

Als im Herbst 2013 bekannt wurde, dass im Bezirk Neukölln eine Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende entstehen würde, organisierte die Britzer Bürgerinitiative „Hufeisern gegen rechts“ eine erste Informationsveranstaltung. Dem Bezirksamt Neukölln war es allerdings wichtig, selbst in eigener Sache zu informieren und vor allem den Rahmen der Veranstaltung so zu gestalten, dass die von der Eröffnung des Objekts unmittelbar betroffenen Bürger/innen in der Nachbarschaft zu Wort kommen und auch kritische oder gar ablehnende Äußerungen Gehör finden könnten.

Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« wurde deshalb vom Stadtrat für Soziales, Herrn Bernd Szczepanski, beauftragt, diese bezirkliche Informationsveranstaltung am 13. November 2013 zu moderieren.

Interview mit Bernd Szczepanski (Grüne), Bezirksstadtrat für Soziales in Neukölln

Die Fragen stellte Alke Wierth.



Bernd Szczepanski

Herr Szczepanski, was war die Ausgangslage, die Sie bewogen hat, die Hilfe des Mobilen Beratungsteams (MBT) »Ostkreuz« in Anspruch zu nehmen?

Vor dem Hintergrund der geplanten Eröffnung eines Flüchtlingsheims an der Neuköllner Neuen Späthstraße waren wir hier ziemlich schockiert von den Vorgängen, die die Eröffnung eines neuen Flüchtlingsheims in Hellersdorf begleitet hatten.

Dort hatten Rechte eine Bürgerversammlung dominiert und gesprengt.

Wir wollten vermeiden, dass es hier zu einer ähnlichen Entwicklung kommt. In dem Zusammenhang bin ich auf die Broschüre mit Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Thema Flucht und Flüchtlinge gestoßen, die das MBT »Ostkreuz« für Hellersdorf erarbeitet hat. Die fand ich sehr hilfreich und sinnvoll. Deshalb haben wir uns in Vorbereitung der vom Bezirksamt durchgeführten Informationsveranstaltung zu dem hier geplanten Heim mit dem MBT »Ostkreuz« getroffen, um zu überlegen, wie man die Hellersdorfer Erfahrungen auf Neukölln übertragen kann. Bei dem Gespräch haben mir die MBT-Kolleg/innen vorgeschlagen, dass sie die Moderation der Versammlung übernehmen, da es wenig sinnvoll sei, wenn eine beteiligte Seite – also ich – das machen würde. Das leuchtete mir ein und das haben wir dann auch so gemacht.

Inwieweit sind Sie als Bezirksstadtrat eigentlich beteiligt an der Eröffnung eines Flüchtlingsheims?

Eigentlich gar nicht. Für die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften in Berlin ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGESo) zuständig. Damit haben wir als Bezirk nichts zu tun. Meine Abteilung ist aber für Flüchtlinge zuständig, die hier im Bezirk Neukölln Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Deshalb ist mir die Verantwortung für das Thema im Bezirksamt sozusagen zugewachsen – oder eigentlich habe ich sie einfach angenommen.

Sie hätten es auch dem LAGESo überlassen können, Informationsveranstaltungen für die Bürger- und Anwohner/innen durchzuführen.

Ja, aber wir wollten ja Zustände wie in Hellersdorf vermeiden. Wir haben hier in Neukölln durchaus auch rechte Umtriebe, und denen wollte ich nicht das Feld überlassen. Außerdem hatte sich die Bürgerinitiative „Hufeisern gegen rechts“ an mich gewandt, die ja bereits vor der vom Bezirksamt organisierten Bürgerversammlung eine Informationsveranstaltung durchgeführt hat, und mich gebeten, dort mit auf dem Podium zu sein. So habe ich mich von Anfang an verantwortlich für die Entwicklung und die Stimmung hier gefühlt. Nicht nur, weil ein Teil der Flüchtlinge irgendwann als Leistungsempfänger in meinem Amt ankommt. Es kommen ja auch Kinder, die hier zur Schule gehen, die Menschen nehmen unsere Gesundheitsdienste in Anspruch – so hat der Bezirk eine ganze Menge mit den Flüchtlingen zu tun.

Die Veranstaltung der Bürgerinitiative war friedlicher verlaufen, als vorab erwartet worden war.

Ja. Es war befürchtet worden, dass sich die Rechten ähnlich, wie es in Hellersdorf geschehen war, massiv einschalten. Aber dazu ist es nicht gekommen – auch, weil wir im Vorfeld sehr intensiv darüber diskutiert haben, wie man das verhindern kann. Auch dafür waren Expert/innen etwa von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und aus Hellersdorf eingeladen.

Ich wollte, dass der Bezirk Neukölln und die dort politisch Verantwortlichen zeigen, dass sie dahinterstehen, dass hier im Bezirk eine Flüchtlingsunterkunft entsteht, dass sie auch darauf achten werden, dass diese gut betrieben und geschützt wird. Das war mir sehr wichtig. Und natürlich wollten wir die auch die Befürchtungen, Sorgen und Probleme der Anwohnerinnen und Anwohner aufnehmen.

Warum dann noch die zweite Veranstaltung des Bezirksamtes?

Ich wollte mit der Veranstaltung zwei Dinge erreichen: Ich wollte, dass der Bezirk Neu-

kölln und die dort politisch Verantwortlichen zeigen, dass sie dahinterstehen, dass hier im Bezirk eine Flüchtlingsunterkunft entsteht, dass sie auch darauf achten werden, dass diese gut betrieben und geschützt wird. Das war mir sehr wichtig. Und natürlich wollten wir die auch die Befürchtungen, Sorgen und Probleme der Anwohnerinnen und Anwohner aufnehmen.

Fragen oder Einwände der Bürgerinnen und Bürger wurden nie nieder- oder glattgebügelt, weichgespült.

Warum wollten Sie dafür die Unterstützung des MBT? Nach der Veranstaltung der Bürgerinitiative hätten Sie Ihre Sorgen bezüglich der Bürgerversammlung ja eigentlich vergessen können.

Erstens bin ich immer der Meinung, dass es gut ist, Expert/innen hinzuzuziehen. Und da das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI sich schon sehr intensiv mit der Sache beschäftigt hatte – sie haben ja außer in Hellersdorf auch in anderen Bezirken beraten – habe ich ihren Rat gerne angenommen. Und ich muss sagen, dass der Verlauf und die Führung der Veranstaltung durch die »Ostkreuz«-Kolleg/innen auch bewiesen haben, dass das eine sehr gute Entscheidung war.

Inwiefern?

Das MBT »Ostkreuz« hat das in einer Art und Weise professionell gemanagt, die alle Beteiligten außerordentlich beeindruckt hat. Auch der Bezirksbürgermeister (Heinz Buschkowsky, SPD) war regelrecht begeistert, wie die Moderator/innen das gemacht haben. Es wurden beispielsweise Fragen oder Einwände der Bürgerinnen und Bürger nie nieder- oder glattgebügelt, weichgespült. Im Gegenteil haben die Moderator/innen sie oft eher zugespitzt – aber nie, ohne nachher nachzufragen, ob das denn auch so richtig verstanden worden und gemeint gewesen sei. Sie haben gezielt Menschen angesprochen und ermutigt, sich auch zu äußern, die den Eindruck machten, etwas sagen zu wollen, ohne sich richtig zu trauen. Alle Fragen wurden dann noch einmal zusammenge-

fasst und per Beamer auf eine Leinwand projiziert. So kamen alle zu Wort, niemand fühlte sich missverstanden, zurückgelassen oder in eine Ecke geschoben.

Wie viele Anwohner/innen waren bei der Veranstaltung?

Etwa 130.

Wer, wenn nicht das Bezirksamt sollte sich darum kümmern, dass hier das möglichst positive Zusammenleben der Neuköllnerinnen und Neuköllner, zu denen die Flüchtlinge dann auch gehören werden, gewährleistet wird?

Was waren denn beispielsweise Fragen und Befürchtungen der Anwohner/innen?

Es gab anfangs einen großen Unmut, der sich vor allem darauf richtete, dass wir die Anwohner/innen nicht sehr viel früher unterrichtet oder befragt hatten. Viele waren der Meinung, wenn sie ihren Unmut früher hätten äußern können, dass es dann gar nicht zu der Entscheidung für den Standort gekommen wäre. Da konnten wir ganz klar machen, dass wir als Bezirk das gar nicht hätten verhindern können. Die Vereinbarung ist ja zwischen dem Grundstückseigentümer und dem LAGeSo getroffen worden. Viele waren auch deshalb verärgert, weil sie früher auf dem betreffenden Gelände eine Laube hatten. Diese Gartenkolonien wurden bereits vor mehreren Jahren abgeräumt, weil auf dem Grundstück ja eigentlich längst gebaut werden sollte. Und die Anwohner/innen waren ärgerlich, weil sie auf ihre Lauben verzichten mussten und dann so lange nichts passiert ist. Der Bürgermeister konnte dann erklären, dass dort ein Investor abgesprun-

gen war. Fragen nach einer Bedrohung durch die Flüchtlinge, nach Kriminalität, sind gar nicht in dem Maße gekommen, wie ich es eigentlich erwartet hatte.

Das klingt, als sei nicht nur für die Anwohner/innen das Handeln der Verwaltung, sondern auch für Sie der Zorn mancher Bürger/innen durchsichtiger geworden.

Ja, das war sehr vielschichtig. Wir werden deshalb auch die Broschüre des MBTs »Ostkreuz« mit den allgemeinen Fragen und natürlich Antworten zu Flüchtlingen – was ist überhaupt ein Flüchtling, wo kommen die Menschen her, wie werden sie hier untergebracht, wer ist für was zuständig – mit Fragen aus der Anwohnerversammlung erweitern und eine erweiterte Ausgabe herausgeben.

Sie haben damit jetzt möglicherweise den Verlauf der Eröffnung des Heims erleichtert, aber auch eine Verantwortung aufgenommen, die Sie nicht hätten übernehmen müssen.

Das könnte man so sehen. Aber wir sind nun mal für die Bezirkspolitik zuständig, und die Unterbringung von Flüchtlingen wirkt sich eben im Bezirk aus. Und wer, wenn nicht das Bezirksamt sollte sich darum kümmern, dass hier das möglichst positive Zusammenleben der Neuköllnerinnen und Neuköllner, zu denen die Flüchtlinge dann auch gehören werden, gewährleistet wird? Der Bürger steht zuerst vor meiner Tür, nicht vor der des LAGeSo.

Bezirk Pankow: Keine Angst vor Fragen

Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI beriet im September 2013 die PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH - Private Soziale Dienste. Die PRISOD ist derzeit Träger von acht Berliner Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende. Anlass der Beratung war die Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft in der Mühlenstraße in Pankow im Dezember 2013.

Die PRISOD wollte vor der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft Informationsmaterial für die Anwohnerinnen und Anwohner erstellen. Gemeinsam mit dem MBT »Ostkreuz« entwickelte sie ein Konzept für wöchentliche Bürgersprechstunden sowie einen Flyer mit Informationen zum Haus und Ansprechpersonen.

Interview mit Yvonne Lieske, Zentrale Heimleitung der PRISOD

Die Fragen stellte Alke Wierth.

Frau Lieske, PRISOD hat Ende 2013 eine Flüchtlingsunterkunft in Pankow eröffnet – und keinen hat's gestört. Es gab jedenfalls keine großen Proteste wie andernorts in Berlin. Was haben Sie anders gemacht als andere?

Wir haben bereits vor der Eröffnung sehr viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht und Gespräche mit dem Bezirk Pankow und vielen hier ansässigen Organisationen wie etwa dem Nachbarschaftszentrum geführt. Dazu hat uns das SPI von Anfang sehr gut beraten und uns wertvolle Tipps gegeben, wie wir die Öffentlichkeit informieren und in den Eröffnungsprozess einbeziehen können. Wir haben ja viel Erfahrung mit der Eröffnung von solchen Wohnheimen, in verschiedenen Bezirken - gute und schlechte Erfahrungen, auch mit Bürgerversammlungen. Und auch uns haben sich die Erfahrungen, die

in Hellersdorf gemacht wurden, eingebrannt. Es ist klar, dass man die Öffentlichkeit einbeziehen muss. Aber wir sind zu der Einsicht gekommen, dass man auf großen Anwohnerversammlungen einfach nicht gut genug auf einzelne Fragen eingehen kann. Da sind viele Menschen und es werden viele Fragen gestellt, die man nicht alle ausführlich beantworten kann. Deshalb haben wir zusammen mit dem SPI ein anderes Konzept ausgearbeitet.

Wir haben uns zunächst mithilfe des Bezirks und der umliegenden großen Wohnungsbaugesellschaften ein Bild der Anwohnerschaft rund um das geplante Wohnheim hier in Pankow gemacht.

Wie sieht dieses Konzept aus?

Wir haben die Anwohner/innen schon vor der Eröffnung zu kleinen Bürgersprechstunden eingeladen, mit zehn bis fünfzehn Teilnehmenden. So kann man intensivere Gespräche führen und auf das Informationsbedürfnis der Menschen tatsächlich eingehen. Man kann ihnen besser erklären, worum es hier eigentlich geht, ihnen ihre Fragen beantworten und ihre Ängste nehmen.

Wie haben Sie das organisiert?

Wir haben uns zunächst mithilfe des Bezirks und der umliegenden großen Wohnungsbaugesellschaften ein Bild der Anwohnerschaft rund um das geplante Wohnheim hier in Pankow gemacht. Wir haben dann aber niemanden direkt angeschrieben, sondern gemeinsam mit dem SPI Informationsmaterial für die Nachbarinnen und Nachbarn rund um das Heim erstellt, das an vielen Orten, auch in den Wohnhäusern rundherum, auslag oder ausgehängt war und auch über die Bezirksverwaltung veröffentlicht wurde. Darauf war eine Telefonnummer zu finden, eine Handynummer, unter der die Bürger/innen direkt bei mir anrufen konnten.

Es ist nicht ein einziges Mal vorgekommen, dass mich etwa jemand am Telefon beschimpft hat. Und ich denke, dass es genau dieses direkte Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger war, auch der direkte Kontakt bei den Bürgergesprächen, was das verhindert hat. Denn wer nur schimpfen möchte, bleibt gerne anonym

Direkt bei Ihnen persönlich?

Ja.

Ganz schön mutig..

Offensiv, ja. Aber es ist nicht ein einziges Mal vorgekommen, dass mich etwa jemand am Telefon beschimpft hat. Und ich denke, dass es genau dieses direkte Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger war, auch der direkte Kontakt bei den Bürgergesprächen, was das verhindert hat. Denn wer nur schimpfen möchte, bleibt gerne anonym. Natürlich hatte ich auch Anrufe von erbosten oder kritischen Bürger/innen. Mit einem habe ich einmal eine Stunde lang telefoniert – und danach nie wieder etwas von ihm gehört. Ich konnte ihm wohl seine Sorgen nehmen. Und viele, die angerufen haben, haben wir dann zum direkten Kontakt mit uns bei den Bürgergesprächen eingeladen. Wir bieten bei Bedarf auch weiterhin solche Gespräche an.

Es war gar nicht immer Angst. Viele wollten einfach Informationen

Wie liefen die?

Die haben wir hier im Heim gemacht, während das Gebäude noch für die Unterbringung hergerichtet wurde. Bei den ersten Malen war das SPI dabei, und hat uns beraten, wie wir mit den Fragen der Teilnehmer/innen sinnvoll umgehen können. Das hat uns, auch mir persönlich, sehr viel gebracht. Ich habe unheimlich an Sicherheit gewonnen.

Wie viele Leute sind insgesamt bislang zu solchen Bürgergesprächen gekommen?

Das waren so an die 150, junge und alte Leute:

Mütter aus der benachbarten Kita etwa, Eltern von der Grundschule, Leute von Senioreneinrichtungen aus der Umgebung...

.. die Angst hatten, was das Heim möglicherweise für sie oder ihre Kinder bedeutet?

Es war gar nicht immer Angst. Viele wollten einfach Informationen: was für Leute hier wohnen werden, warum sie überhaupt aus ihren Heimatländern fliehen. Klar: Wenn es etwa um Syrien geht, wissen die meisten Leute hier schon, was da los ist und warum die Menschen aus dem Land fliehen. Aber wir haben jetzt 220 Menschen aus ganz verschiedenen Ländern hier: aus dem Iran und dem Irak, aus Afghanistan, Syrien, Tschetschenien, ein paar aus Serbien und Bosnien, auch einige aus Vietnam. Da gab es und gibt es dann Fragen zu den Hintergründen. Wir führen ja auch jetzt noch viele Gespräche mit Bürger/innen, die anrufen oder einfach zu uns kommen.

Mit konkreten Beschwerden?

Mittlerweile kommen eigentlich immer mehr Leute mit Hilfsangeboten. Eine solche Hilfsbereitschaft wie hier haben wir zuvor noch in keinem Bezirk erfahren, und ich denke, das hängt auch mit unserer intensiven Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Es hat sich zum Beispiel eine Initiative „Pankow hilft“ gebildet, auch ein Jugendhaus hier in der Nachbarschaft hat eine Unterstützerinitiative gegründet. Und es kommen ganz viele einzelne Freiwillige, die uns beispielsweise gerade helfen, eine Bibliothek hier im Haus aufzubauen. Zwei ältere Damen, pensionierte Lehrerinnen, setzen sich nachmittags mit den Kindern zusammen und lesen ihnen vor. Und viele kommen und fragen einfach: Wo können wir helfen? Das tut unseren Bewohner/innen hier im Heim sehr gut.

Warum?

Viele von ihnen haben Angst. Sie wissen nicht, wie es mit ihnen, mit ihren Familien weitergeht. Sie durchlaufen ein kompliziertes und langwieriges Behördenverfahren. Die Kinder – wir haben derzeit 78 Kinder hier im Haus – gehen hier zur Schule, in die Kitas. Und viele haben schon die Erfahrung gemacht, dass sie hier nicht bei jedermann gern ge-

Wir hatten hier, anders als manchmal an anderen Standorten, im Vorfeld der Eröffnung ausreichend Zeit, mit allen Beteiligten ausführlich zu reden und Vertrauen herzustellen.

sehen sind. Manche Eltern haben Angst, mit ihren Kindern auf die Spielplätze zu gehen, weil das Orte sind, wo sie öfter mal Ablehnung spüren, wo Konflikte aufbrechen. Da ist es toll, wenn Nachbar/innen kommen und sagen: Lasst uns mal gemeinsam mit unseren Kindern auf den Spielplatz gehen.

Wie läuft es mit Schul- und Kitaplätzen? Da ist die Kooperation mit dem Bezirk gefragt. Das funktioniert super. Wir haben hier eine Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales und Schule, die ganz toll hilft. Sie kommt einmal in der Woche vorbei und fragt, wie es läuft und wo sie helfen kann. Auch der Bezirksbürgermeister schaut öfter mal rein und erkundigt sich, wie es aussieht. Er hat auch dafür gesorgt, dass die Volkshochschule Pankow einen Deutschkurs für unsere Bewohner/innen anbietet. Wir können uns über die Unterstützung seitens des Bezirks wirklich nicht beschweren, die Zusammenarbeit läuft sehr gut. Das habe ich so noch in keinem anderen Bezirk erlebt.

Wie kommt das?

Auch das liegt an der guten Vorbereitung, die wir hier hatten. Wir hatten hier, anders als manchmal an anderen Standorten, im Vorfeld der Eröffnung ausreichend Zeit, mit allen Beteiligten ausführlich zu reden und Vertrauen herzustellen. Auch das trägt dazu bei, dass sich unsere Bewohner/innen hier wohl und sicher fühlen. Sie sind

von Anfang an freundlich empfangen worden. Und manche werden jetzt von Nachbar/innen auf der Straße angesprochen. Da haben sich schon einige Kontakte entwickelt.

Das neue Öffentlichkeitsarbeit-Konzept war also ein voller Erfolg?

Hier haben, glaube ich, alle Beteiligten die Erfahrung gemacht, dass man miteinander statt gegeneinander arbeiten kann. Große Bürgerversammlungen werden wir sicher nicht mehr ma-

Hier haben, glaube ich, alle Beteiligten die Erfahrung gemacht, dass man miteinander statt gegeneinander arbeiten kann.

chen. Wir werden dieses Konzept beibehalten und auf jeden Fall auch künftig mit der SPI kooperieren. Sie haben uns sehr gute Werkzeuge an die Hand gegeben, Konflikte zu lösen oder zu vermeiden.

SERVICETEIL UND EMPFEHLUNGEN AUF EINEN BLICK

Häufig gestellte Fragen

Öffentlichkeitsarbeit von Trägern
von Gemeinschaftsunterkünften

Organisation und Durchführung
von Informationsveranstaltungen
für Anwohner/innen

Häufig gestellte Fragen

1.

Rechtsanspruch auf Asyl und Flüchtlingsschutz?

- Das Recht auf Asyl ist seit dem 10.12.1948 als grundlegendes Menschenrecht in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen verankert.
- Die Pflicht zur Aufnahme von Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland begründet der Artikel 16a des Grundgesetzes (GG). In Absatz 1 ist festgeschrieben: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Absatz 2 enthält die Einschränkung der so genannten „Drittstaatenregelung“: Schutzsuchende, die über einen so genannten „sicheren Drittstaat“ einreisen, können sich nicht auf dieses Asylrecht berufen. Als sichere Drittstaaten gelten die Staaten, in denen die Anwendung der „Genfer Flüchtlingskonvention“ und der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ sichergestellt sind. Welche Staaten neben allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als sichere Herkunftsstaaten gelten, ist in § 29a Asylverfahrensgesetz (AsylVerfG) geregelt.
- Völkerrechtliche Grundlage für das Asylrecht ist das „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ vom 28.07.1951 (Genfer Flüchtlingskonvention, GFK). Deutschland hat die GFK am 01.12.1953 ratifiziert und in das innerstaatliche Recht überführt.
- Die GFK definiert in Artikel 1, wer als Flüchtling gilt. Flüchtling ist demnach eine Person, die aus begründeter „Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlos infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“
- Die GFK legt Grundsätze fest und begründet ebenso die bindende Pflicht der Vertragsstaaten, das Vorbringen eines Schutzsuchenden in einem rechtstaatlichen Verfahren zu prüfen und dem Schutzsuchenden während des Prüfverfahrens ein vorläufiges Bleiberecht zu gewähren.
- Die Europäische Kommission hat Richtlinien zum Flüchtlingsbegriff (Richtlinie 2004/83/EG), zu den sozialen Aufnahmebedingungen (Richtlinie 2003/9/EG), zum vorübergehenden Schutz (Richtlinie 2001/55/EG) und den gemeinsamen Asylverfahren (Richtlinie 2005/85/EG) erlassen. Diese Richtlinien legen den Rahmen und die Mindestkriterien fest, welche die einzelnen EU-Mitgliedstaaten in ihre nationale Gesetzgebung zu übernehmen haben.
- Nach über 14 Jahren Verhandlungen steht in Brüssel ein gemeinsames und einheitliches EU-Asylsystem kurz vor der Vollendung. Es soll garantieren, dass Asylsuchende überall in der EU dieselben Standards vorfinden. Das neue EU-Asylsystem muss noch formell vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat in Brüssel verabschiedet werden.

- Die Bundesrepublik Deutschland ist demzufolge auf Grundlage ihrer eigenen Verfassung (GG) und völkerrechtlichen Verträge dazu verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl bzw. Flüchtlingen, die wegen ihrer „Rasse“, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden, Flüchtlingsschutz zu gewähren.

2. Wie viele Asylsuchende kommen nach Deutschland?

- Weltweit befinden sich nach Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 45 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen ca. 80 Prozent in den direkten Nachbarstaaten aufgenommen werden, die oft selbst arm sind.
- In absoluten Zahlen nimmt Deutschland die meisten Asylsuchenden in der EU auf. Im Vergleich zur Größe der Bevölkerung nimmt die Bundesrepublik allerdings im Jahr 2012 lediglich Platz 7 unter den EU-Ländern ein.

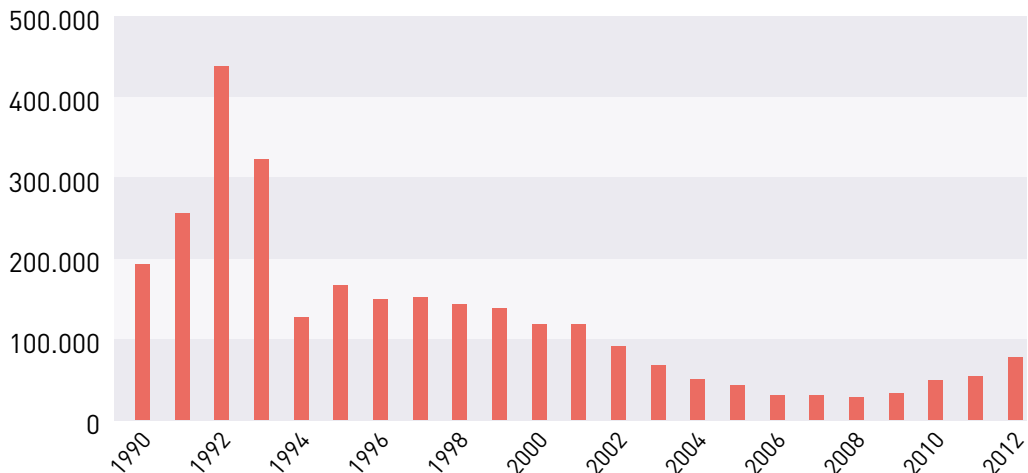
- Seit 1992 ist die Anzahl von Asylsuchenden in Deutschland kontinuierlich zurückgegangen (vgl. Grafik). Gegenwärtig steigen sie jedoch wieder an. Im Zeitraum Januar 2013 bis Oktober 2013 wurden insgesamt 87.442 Erstanträge vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entgegengenommen.

3. Wie viele Menschen erhalten in Deutschland Asyl oder Flüchtlingsschutz?

- Auf Basis der so genannten „Dublin-II Verordnung“ der Europäischen Union vom 18. Februar 2003 wird ein Asylverfahren grundsätzlich in dem Land durchgeführt, das von dem schutzsuchenden Menschen zuerst betreten wird. Anträge in anderen EU-Ländern werden i.d.R. zurückgewiesen.
- Die Prüfung der Anträge auf Asyl und Flüchtlingsschutz und die Entscheidung darüber obliegen dem BAMF, das Außenstellen in allen Bundesländern hat.

Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen in Deutschland

(Eigene Grafik MBT »Ostkreuz« / POLIS*, Quelle der Zahlen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)



- Die Grundlage für eine Anerkennung oder Ablehnung eines Antrages ist die mündliche Anhörung, bei der die Schutzsuchenden alle Gründe für ihren Asylantrag vortragen müssen. Wenn das BAMF einen Asylantrag erhält, entscheidet es zunächst, ob überhaupt ein Asylverfahren durchgeführt wird. Etwa ein Drittel aller Asylanträge werden als offensichtlich unbegründet innerhalb von wenigen Wochen abgelehnt.
- Lehnt das BAMF einen Asylantrag ab, kann die/der Schutzsuchende vor dem Verwaltungsgericht dagegen klagen. Mit der Entscheidung des Gerichts ist das Asylverfahren in der Regel abgeschlossen. Ein Asylfolgeantrag wird nur dann bearbeitet, wenn sich die Rechtslage geändert hat (wenn z.B. die Lage im Herkunftsland inzwischen anhand der Herkunftsländeranalyse anders beurteilt wird) oder Beweise für die Verfolgung beigebracht werden können, die im ersten Verfahren nicht vorlagen.
- Die Anerkennungsquote nach Art. 16a GG liegt seit 2002 unter zwei Prozent. Im Jahr 2012 wurden 1,2 Prozent der Anträge positiv beschieden. Abgelehnte Asylbegehren bedeuten aber nicht, dass es keine weiteren Schutzgründe gibt. Diese hat das BAMF im weiteren Verfahrensverlauf zu prüfen, über die Form des Schutzes zu entscheiden oder den Antrag abzulehnen.
- Der Flüchtlingsschutz wird im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geregelt. Demnach darf ein/e Ausländer/in nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem ihr/sein Leben oder ihre/seine Freiheit wegen ihrer/seiner „Rasse“, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer/seiner politischen Überzeugung bedroht ist bzw. für diese/n Ausländer/in die konkrete Gefahr besteht, der Folter oder ernied-

rigender Behandlung oder Bestrafung unterworfen zu werden (§ 60 Abs. 1 und 2 AufenthG). § 25 AufenthG regelt die Aufnahme aus humanitären Gründen. Es wird anschließend geprüft, ob glaubhafte Hindernisse einer Abschiebung entgegenstehen.

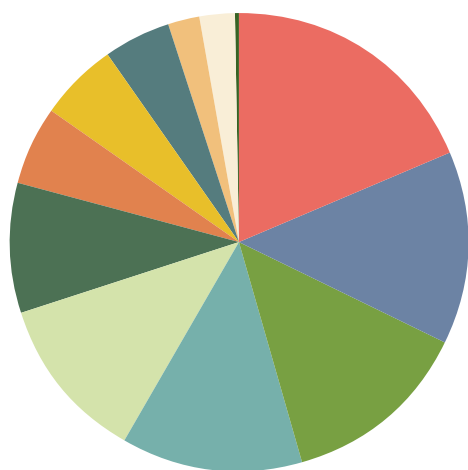
- Im Jahre 2001 wurden 24,4 Prozent aller Anträge auf Asyl anerkannt, oder es wurde in diesen Fällen Flüchtlingsschutz gewährt. Im Jahr 2005 betrug der Prozentsatz 6,5 und im Jahre 2012 waren es 27,7 Prozent.

4. Wie viele Asylsuchende kommen nach Berlin?

- In Deutschland werden die Asylsuchenden auf die einzelnen Bundesländer nach dem so genannten „Königsteiner Schlüssel“ zur Aufteilung von Lasten gemeinsamer Finanzierungen verteilt. Dieser wird auf Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Bundesländer jährlich neu berechnet und stellt die Grundlage für die Festlegung dar, wie viele Menschen die einzelnen Bundesländer aufzunehmen haben. Im Jahr 2013 muss das Land Berlin 5,07 Prozent aller Asylsuchenden aufnehmen und unterbringen.
- Über Berlin kommen ca. 25 Prozent aller in Deutschland Schutzsuchenden an. Bis zu deren Verteilung in andere Bundesländer müssen sie auch vorübergehend untergebracht werden, um Obdachlosigkeit zu verhindern.
- Für die Unterbringung von Asylsuchenden in Berlin ist für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGE-So) zuständig. Im LAGE-So nimmt die damit verbundenen Aufgaben die Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) wahr.

- Das LAGeSo trifft alle Entscheidungen über die Errichtung, die Belegung und den Betrieb von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften und schließt Verträge mit Betreiberunternehmen ab. Das LAGeSo rechnet bis Ende 2013 mit weiteren ca. 5.000 Schutzsuchenden in Berlin und benötigt deshalb zusätzliche Unterbringungsplätze.
- Nach den Zahlen des LAGeSo sind die per Juli 2013 in den vertraglich gebundenen Gemeinschaftsunterkünften insgesamt 6.264 Asylsuchende untergebracht und wie folgt auf die einzelnen Bezirke verteilt (siehe Grafik).
- Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat sich im April 2013 mit den Berliner Bezirken darauf geeinigt, künftig eine gleichmäßigere Verteilung auf die gesamte Stadt zu realisieren.

Verteilung der Asylsuchenden auf die Berliner Bezirke:



5. Aus welchen Regionen stammen die Menschen?

- In den letzten Jahren sind hauptsächlich Menschen aus Krisen- und Bürgerkriegsregionen nach Deutschland geflüchtet. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 waren die vier häufigsten Herkunftsländer aller Asylsuchenden die Russische Föderation (16,0 Prozent), Syrien (10,0 Prozent), Serbien (9,2 Prozent) und Afghanistan (7,1 Prozent). Die geflüchteten Menschen aus diesen Regionen machten einen Anteil von 43,1 Prozent aller seit Januar 2013 gestellten Erstanträge auf Asyl aus. (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)
- Die Asylsuchenden in Berlin kommen derzeit hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Irak, Iran, Libanon, Vietnam, verschiedenen GUS- und Westbalkanstaaten. Aktuell sind dort Frauen, Männer und Kinder im Alter zwischen 0 und 72 Jahren aus 19 verschiedenen Ländern untergebracht. Es sind alle sozialen Schichten und Bildungsstände vertreten.

6. Aus welchen Gründen kommen Asylsuchende nach Deutschland und Berlin?

- Es gibt keine Flucht ohne Grund. Fluchtgeschichten sind immer Geschichten von Krieg und Bürgerkrieg, von Repressalien und Diskriminierung, von Gewalt und schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte, von wirtschaftlichem und sozialem Elend.
- Niemandem fällt es leicht, seine Heimat zu verlassen und eine Reise ins Ungewisse anzutreten. Im Heimatland herrschen aber blutige Konflikte und Terror; die gesellschaftliche Ordnung ist zusammengebrochen, es wird politisch, ethnisch und/oder religiös verfolgt, Menschen werden zu Opfern von Misshandlungen und grausamer Folter.
- Jeder Flüchtling ist ein Mensch mit Wünschen, Träumen und Hoffnungen. Sie wollen dem Tod und dem Kampf um das nackte Überleben entkommen. Ihr letzter Ausweg: Die Flucht aus ihrem bisherigen Leben mit der Hoffnung auf Schutz und einen Neuanfang woanders.

7. Handelt es sich bei den Asylsuchenden um so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“?

- Nicht wenige Menschen, die ihr Heimatland ausschließlich aus Wirtschaftsgründen verlassen, aber keinen anderen Zugang zur legalen Einwanderung finden, stellen Anträge auf eine Anerkennung als Asylberechtigte. Sie werden jedoch nicht als politisch Verfolgte und grundsätzlich nicht als Flüchtlinge anerkannt.
- Die geringe Anerkennungsquote der Asylverfahren bedeutet nicht, dass alle übrigen Anträge als ausschließlich wirt-

schaftlich motiviert einzuordnen wären. Nach Art. 16a GG wird nur geprüft, ob die Verfolgung aus politischen Gründen vom Verfolgungsstaat ausgegangen ist.

- Im weiteren Verfahren wird geprüft, ob und welche Form von Schutz nach völkerrechtlichen Verträgen gewährt werden muss bzw. ob rechtliche, politische oder humanitäre Gründe einer Abschiebung entgegenstehen.

8. Was ist unter einer „Not- bzw. Gemeinschaftsunterkunft“ zu verstehen?

- Wenn Schutzsuchende einen Asylantrag bei einer Außenstelle des BAMF stellen, werden sie zunächst einer Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen. Dort bleiben sie bis zur Entscheidung über ihren Antrag oder maximal drei Monate.
- Wenn nach drei Monaten ihr Verfahren nicht abgeschlossen ist, werden sie einer Gemeinschaftsunterkunft zugewiesen. Diese können sie erst dann verlassen und in eine eigene Wohnung ziehen, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt sind.
- Die Gemeinschaftsunterkünfte sind Vertragseinrichtungen des Landes und müssen verbindliche Qualitätsstandards erfüllen. Diese sind Bestandteil der Verträge mit der Betreibergesellschaft und werden jährlich überprüft. Die Qualitätsstandards für Gemeinschaftsunterkünfte können online auf den Internetseiten des LAGeSo eingesehen werden.
- „Notunterkünfte“ sollen dagegen zunächst Obdachlosigkeit verhindern und dienen der vorübergehenden Unterbringung von Asylsuchenden. Sie werden dann eingerichtet, wenn keine weiteren Unterkünfte zur Verfügung stehen. In

der Regel eignen sie sich aufgrund der Unterbringungsbedingungen nicht für eine dauerhafte Belegung. Zwar sollen auch Notunterkünfte die Qualitätsanforderungen erfüllen, die auch für Gemeinschaftsunterkünfte gelten, jedoch können diese nicht immer in vollem Umfang gewährleistet werden. Aufgrund mangelnder Ausweichmöglichkeiten kann keine zeitliche Höchstdauer für den Betrieb einer Notunterkunft angegeben werden. (Quelle: Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf eine Kleine Anfrage an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 17/12126).

- Wie lange die Gemeinschaftsunterkunft bestehen bleibt, hängt von der künftigen Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Deutschland und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen für das Land Berlin ab.

9. Wie wird der Alltag in einer Not- bzw. Gemeinschaftsunterkunft organisiert und wer arbeitet dort?

- Jede Not- bzw. Gemeinschaftsunterkunft erhält von der Betreibergesellschaft eine Heimordnung, die von der jeweiligen Heimleitung durchgesetzt wird. Das Personal in den Einrichtungen strukturiert die alltäglichen Abläufe. Ein allgemein verbindlicher Personalschlüssel für die Unterkünfte existiert nicht. Der Umfang des Personals wird in der Regel an die örtlichen und baulichen Anforderungen der Unterkunft angepasst und vertraglich festgelegt. Je nach Einrichtung wird neben der Leitung der Unterkunft eine bestimmte Anzahl an Sozialarbeiter/innen, Sozialbetreuer/innen, Kinderbetreuer/innen, Verwaltungskräften und Wachschutz angestellt. (Quelle: Antwort der Senats-

verwaltung für Gesundheit und Soziales auf eine Kleine Anfrage an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 17/12126).

10. Weshalb können die Bürgerinnen und Bürger nicht über die Eröffnung eines Heimes mitbestimmen?

- Es handelt sich hierbei nicht um eine mitbestimmungspflichtige stadtplanerische Umgestaltung der Wohngegend, sondern um die Umsetzung einer Pflichtaufgabe des Landes Berlin und die Durchsetzung von internationalem Völker- sowie Bundes- und Landesrecht. Die Standortentscheidungen des LAGeSo für die Einrichtung von Unterkünften für Wohnungslose sind nicht beteiligungspflichtig.

11. Wie werden Immobilien für Flüchtlingsunterkünfte ausgewählt?

- Für Flüchtlingsunterkünfte werden generell geeignete Immobilien des Berliner Liegenschaftsfonds (Berliner Immobilienmanagement GmbH – BIM) akquiriert, die von keinen privaten Investoren angefragt wurden. Der Liegenschaftsfonds vermarktet auf dem freien Immobilienmarkt Liegenschaften der öffentlichen Hand, die vom Land und den Bezirken nicht mehr genutzt und zur Entlastung der jeweiligen Haushalte dem BIM übertragen wurden.
- Umbaumaßnahmen werden vom LAGeSo finanziert und belasten den Bezirkshaushalt in keiner Weise. Das Bezirksamt ist lediglich für die Erstellung von entsprechenden Baugutachten zuständig.

12. Warum werden die Asylsuchenden nicht in Wohnungen untergebracht?

- Von den mehr als 14.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden in Berlin lebt über die Hälfte (8.500) in Wohnungen. Nach wie vor wird die langjährige Berliner Strategie der Versorgung der Flüchtlinge mit einer eigenen Wohnung verfolgt.
- Die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ist jedoch abhängig von der Lage des Berliner Wohnungsmarktes. Die Flüchtlinge befinden sich bei ihrer Wohnungssuche im selben Mietpreissegment in Konkurrenz mit anderen Wohnungssuchenden. Es gibt zwar eine Vereinbarung zwischen dem Senat und den Wohnungsunternehmen, dass Wohnungen auch an Flüchtlinge vermittelt werden sollen. Die Nachfrage übersteigt aber erheblich die vorhandenen Kapazitäten.
- Die Berliner Unterkünfte sind im Durchschnitt bereits zu 103 Prozent überbelegt, weshalb mit der Eröffnung weiterer Gemeinschaftseinrichtungen zu rechnen ist, die sich in allen Berliner Bezirken befinden können.

13. Dürfen Asylsuchende arbeiten und welche finanziellen Hilfestellungen erhalten sie?

- Seit dem Jahr 2001 dürfen Asylsuchende erst nach einer Sperrfrist von einem Jahr eine Arbeit aufnehmen, wenn kein/e deutsche/r Staatsbürger/in bzw. Angehörige/r eines anderen EU-Staates oder bevorrechtigte/r Ausländer/in für die jeweilige konkrete Arbeitsstelle zur Verfügung steht. (Quelle: § 61 Asylverfahrensgesetz – AsylVerfG; §§ 18 u. 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG)

- Die finanzielle Unterstützung für Asylsuchende wird durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geregelt. Demnach erhalten Asylsuchende Sachleistungen (z.B. Vollverpflegung, Körperpflege und Gesundheit sowie ein monatliches Taschengeld) oder Geldleistungen auf Basis des AsylbLG. Der Regelsatz für Asylbewerber/-innen liegt unter dem Regelsatz für Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II und richtet sich u.a. nach dem Aufenthaltsstatus, dem Alter und dem Familienstand der Menschen. Die leistungrechtliche Zuständigkeit für Menschen, die aus objektiven Gründen eine Aussetzung der Ausreisepflicht (d.h. Duldung) erhalten haben, liegt bei den Berliner Sozialämtern. (Quelle: Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf eine Kleine Anfrage an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 17/12126)

- Im Juli 2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht die existenzsichernden Geldleistungen in der gegenwärtigen Fassung des AsylbLG für verfassungswidrig. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums wird durch das Gesetz nicht erfüllt und muss nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes geändert werden. Die Vorgabe wurde jedoch bis jetzt noch nicht umgesetzt. Als Übergangsregelung bis zu einer verfassungskonformen Neuregelung des AsylbLG, ordnete das Bundesverfassungsgericht an, die Höhe der Geldbeträge an den Sätzen für das Arbeitslosengeld II (ALG II) zu orientieren.

- In den einzelnen Bundesländern gibt es unterschiedliche Praktiken, was die Zuteilung von Sachleistungen und die Auszahlung von Geldern angeht. In Berlin wie auch in den Bundesländern Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-

Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen werden nach einer Wartefrist von drei Monaten in der Regel Geldleistungen ausgezahlt. In Baden-Württemberg und Niedersachsen stellen immer mehr Kommunen von der Zuteilung von Sachleistungen auf die Auszahlung von Geldleistungen um. In den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland werden noch hauptsächlich Sachleistungen ausgegeben (z.B. Essenspakete). (Quelle: Flüchtlingsrat Berlin e.V.)

14. **Besteht Schulpflicht für die Kinder in Wohnheimen?**

- Kinder und Jugendliche, die sich im Asylverfahren befinden oder deren Aufenthalt in Berlin geduldet ist, unterliegen der allgemeinen Schulpflicht entsprechend des § 41 Schulgesetz (SchulG). Kinder ohne Aufenthaltstitel unterliegen nicht der allgemeinen Schulpflicht, jedoch besitzen sie gemäß § 2 SchulG und Art. 20 Abs. 1 der Verfassung von Berlin (VvB) sowie nach der UN-Kinderrechtskonvention (Art. 28 u. 29) ein Recht auf schulische Bildung und Erziehung, also auf den Schulbesuch an einer öffentlichen Schule. Vor der Beschulung werden – wie bei allen anderen Schulkindern auch – ärztliche Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt.
- Für die schulische Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen werden in Berlin „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“ eingerichtet. Diese werden parallel zu den Regelklassen geführt. Die Zuweisung in eine Lerngruppe für Neuzugänge ist temporär. Ziel ist der möglichst schnelle Erwerb der deutschen Sprache, um den zügigen Übergang in eine Regelklasse zu ermöglichen. So-

fern neu zugezogene Schüler/innen nicht alphabetisiert sind, wird entsprechender Unterricht angeboten.

- Die Beschulung neu zugezogener Schüler/innen ohne Deutschkenntnisse geht nicht zu Lasten der übrigen Schüler/innen der jeweiligen Schule, da die Lerngruppen gesondert mit Lehrkräften versorgt und nicht aus Strukturmitteln der Sprachförderung finanziert werden.
- Nach dem Übergang der Neuzugänge aus den Lerngruppen in Regelklassen wird der besondere Förderbedarf dieser Schülerinnen und Schüler mit den vorhandenen Ressourcen entsprechend den Zumessungsrichtlinien abgesichert.

15. **Haben die Kinder in Wohnheimen einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz?**

- Sobald ein Kind in Deutschland drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 Sozialgesetzbuch – SGB VIII).
- Auch Kinder, die sich im Asylverfahren befinden oder deren Aufenthalt in Berlin geduldet ist, haben gemäß § 6 SGB VIII einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ohne dass dadurch andere Kinder benachteiligt werden.
- Die Anträge auf einen Kitagutschein als Voraussetzung für die Versorgung mit einem Kitaplatz können bei dem zuständigen Jugendamt gestellt werden.

16.

Wirken sich Wohnheime ungünstig auf den Wert der anliegenden Immobilien aus?

- Erfahrungsgemäß ist nicht zu erwarten, dass sich Wohnheime negativ auf den Wert der anliegenden Immobilien auswirken werden.

17.

Ist durch die Asylsuchenden mit einer höheren Kriminalitätsrate zu rechnen?

- Nach Angaben der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und der Berliner Polizei stellt keine der derzeitigen Berliner Flüchtlingsunterkünfte einen Kriminalitätsschwerpunkt dar, und es ist nirgends eine Erhöhung der Kriminalität festzustellen.
- Ausführliche Statistiken zur Kriminalität und Kriminalitätsverteilung in Berlin bzw. Ortschaften, sind u.a. auf den Seiten der Berliner Polizei (<http://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>) einsehbar.

18.

Ist mit einem höheren Aufkommen an Müll oder Lärmbelästigungen zu rechnen?

- Es gibt keine Erkenntnisse in Berlin darüber, dass es im Umfeld von vertragsgebundenen Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende vermehrt zu „Vermüllungen“ oder hohen Lärmbelästigungen durch die Heimbewohner/innen kommt. Seitens der Heimleitung wird die Hausordnung konsequent durchgesetzt und eine möglichst normale Wohnsituation angestrebt.

19.

Wen kann ich ggf. bei nächtlichem Lärm benachrichtigen?

- Sollte die Lärmquelle vom Heim selbst ausgehen, können die Heimleitung sowie das Wachpersonal benachrichtigt werden.
- Bei Ruhestörungen von externen Personen wird eine Anzeige bei der Polizei (Notruf 110) wie auch beim Ordnungsamt nahegelegt. Bei Ordnungswidrigkeiten nach 22:00 Uhr muss die Polizei verständigt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, ggf. auch eine Anzeige zu stellen (Adresse: Der Polizeipräsident in Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin).

20.

Wie wird in der Wohngegend die Sicherheit der Anwohner/innen und Heimbewohner/innen gewährleistet?

- Im Wohnheim gibt es einen Wachschutz, der in Verbindung mit der Polizei steht.

21.

Wo erhalte ich weiterführende Informationen?

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:
<http://www.bamf.de>
- Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin:
<http://www.berlin.de/lageso>
- Flüchtlingsrat Berlin e.V.:
<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de>

Empfehlungen an Bezirksämter für die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen für Anwohner/innen

Wozu eine Informationsveranstaltung?

- Eine Informationsveranstaltung dient neben der Informationsvermittlung vor allem dazu, in einen Dialog mit der betroffenen Anwohnerschaft zu treten und mögliche Konflikte zu versachlichen und zu pluralisieren.
- Eine gelungene Informationsveranstaltung öffnet einen geschützten Raum für die Artikulation von Sorgen, Unsicherungen und Befürchtungen der Anwohner/innen und lässt eine Atmosphäre des gegenseitigen Zuhörens und Ernstnehmens entstehen.
- Dabei sollten auch Ideen und Unterstützungsangebote aus der Anwohnerschaft festgehalten werden, um in einen gemeinsamen Gestaltungsprozess der Nachbarschaft zu treten.
- Wichtige Fragen, die im Vorfeld der Veranstaltung geklärt sein müssen:
 - Was erwartet das Bezirksamt von der Informationsveranstaltung?
 - Was kann während der Veranstaltung mit Hilfe der Moderation vereinbart werden?
 - Was soll sich nach der Veranstaltung verändert/verbessert haben?

Wen lädt man ein?

Im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende hat sich folgende Besetzung des Podiums als sinnvoll erwiesen:

- Bezirksbürgermeister/in
- Mitarbeiter/innen des Bezirksamts aus den Bereichen Ordnungsamt, Jugendamt und Schulamt
- Vertreter/in der Polizei des entsprechenden Abschnitts und/oder dem Beauftragten oder der Beauftragten der AG Migration und Integration
- Zuständige Ansprechpersonen im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)
- Vertreter/in des Trägers und der Leitung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende
- Einladung der Anwohnerschaft: Ein Bezirksamt signalisiert durch die persönliche und postalische Einladung der Anwohner/innen Dialogbereitschaft. Im Einladungsschreiben muss darauf hingewiesen werden, dass der Zutritt nur unter Vorlage der Einladung und eines Lichtbildausweises erfolgen kann.
- Die Presse: Um so weit wie möglich einen geschützten Rahmen und eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre zu etablieren, sollte vor der Informationsveranstaltung entschieden und kommuniziert werden, ob Pressevertreter/innen bei der Veranstaltung anwesend sein dürfen bzw. ob Bild- und Tonaufnahmen während der Veranstaltung gestattet sind.

Wer moderiert die Veranstaltung?

- Die Moderation muss als neutral und allparteilich wahrgenommen werden. Daher empfiehlt sich die Übergabe der Moderation an ein externes Team.
- Die Aufgabe der Moderation ist es, einen klaren und transparenten Rahmen zu setzen, die Fragen und Antworten zu strukturieren und als Puffer zwischen allen Seiten zu fungieren.
- Die Moderation stellt zu Beginn der Veranstaltung allgemeine Gesprächsregeln vor und weist deutlich darauf hin, dass menschenverachtende Äußerungen zum Ausschluss von der Veranstaltung führen und der Veranstalter ggf. von seinem Hausrecht Gebrauch machen wird. Die Gesprächsregeln sollten gut sichtbar im Raum angebracht oder auf Handzetteln verteilt werden.

Für eine gute Gesprächsatmosphäre bitten wie Sie folgende Regeln zu beachten:

- Respektvollen miteinander umgehen
- Andere ausreden lassen
- Sich kurz fassen (1-2 min. pro Redebeitrag)
- Sich auf das Thema der Veranstaltung konzentrieren
- Keine Ton-, Bild- und Video-Aufnahmen

Wichtige Fragen, die im Vorfeld der Veranstaltung geklärt werden müssen:

Wie soll die Moderation vorgehen, wenn eine Frage durch das Podium nicht beantwortet werden kann?

Alle Fragen, Anregungen und Wünsche, die während der Veranstaltung geäußert werden, sollten von der Moderation visualisiert werden. Ist es nicht möglich, einzelne Punkte durch die Podiumsgäste oder Anwesende ausreichend während der Veranstaltung zu klären, muss im Vorfeld abstimmt sein, wie mit den „offenen Themen“ im Nachgang umgegangen wird, damit die Moderation dies ankündigen kann.

Noch einmal: Die Informationsveranstaltung ist dann gelungen, wenn nicht nur der Anwohnerschaft Informationen vermittelt wurden, sondern eine Atmosphäre des gegenseitigen Zuhörens und Ernstnehmens entstanden ist.

Braucht eine Informationsveranstaltung ein Sicherheitskonzept?

Wenn das Thema der Veranstaltung bereits im Vorfeld kontrovers und emotional diskutiert wurde und es zu befürchten ist, dass die Veranstaltung von Personen(gruppen) für deren Zwecke und Interessen instrumentalisiert wird, empfiehlt es sich, folgende Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Sicherheit aller Anwesenden zu gewährleisten:

- Zunächst einmal kann durch die postalische und persönliche Einladung der Anwohnerschaft der Personenkreis der Veranstaltung überschaubar gehalten werden.
- Vor der Informationsveranstaltung empfiehlt es sich, Kontakt mit dem zuständigen Polizeiabschnitt und ggf. mit dem oder der Beauftragten der AG Migration und Integration im Bezirk aufzunehmen,

um Abstimmungen über ein mögliches Sicherheitskonzept für die Veranstaltung abzustimmen. Ggf. sollte das Bezirksamt auch eine Lageeinschätzung beim Landeskriminalamt einholen.

- Zusätzlich sollte während der Informationsveranstaltung ein Wachschutz sowohl am Eingang des Veranstaltungsraums als auch im Veranstaltungsraum präsent sein.
- Das Einlasspersonal ist so zu schulen, dass es Personen mit verfassungsfeindlichen bzw. verbotenen Symbolen und Kennzeichen erkennt und ihnen den Eintritt verwehrt. Aus diesem Grund ist deutlich sichtbar ein Plakat mit den Hinweisen zum Hausrecht an Eingang anzubringen.

- Bringen Sie die Ausschlussklausel gut sichtbar am Eingang des Veranstaltungsraums an:

Hausrecht: Juristische Möglichkeiten für den Ausschluss von Rechtsextremen von Veranstaltungen

Versammlungsgesetz

§ 6 (1) Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden.

§ 11 (1) Der Leiter kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Versammlung ausschließen.
(2) Wer aus der Versammlung ausgeschlossen wird, hat sie sofort zu verlassen.

Quelle: Bundesministeriums der Justiz: Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz)

Ausschlussklausel (gemäß § 6 Abs. 1 und § 11 VersG)

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die durch rassistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung treten, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Straftaten – etwa die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB), Billigung von Straftaten (§ 140 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB), Nötigung (§ 240 StGB) usw. – werden zur Anzeige gebracht.

Auch das Moderationsteam weist auf die Durchsetzung des Hausrechts hin, d.h. auf den Ausschluss von Personen, die die Veranstaltung durch verfassungsfeindliche und/oder strafrechtlich relevante Äußerungen und Handlungen bzw. als Bedrohung empfundene Verhaltensweisen stören. Ausgeschlossene Personen haben die Veranstaltung sofort zu verlassen, notfalls muss ein zwangsweiser Ausschluss von der Versammlung durch die Polizei vollzogen werden.

Von der Versammlungsleitung werden Personen ausgeschlossen, die

- Waffen bei sich führen,
- gegen Strafgesetze, die ein „von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben“, verstoßen oder dazu aufrufen, wenn sie dieses Verhalten trotz Abmahnung fortsetzen. Das betrifft zum Beispiel das Zeigen verfassungswidriger Kennzeichen, Volksverhetzung, Körperverletzung.

Wie das Hausrecht durchgesetzt wird und von wem, muss vorher unbedingt von den Veranstaltern geklärt und mit der Moderation besprochen worden sein.

Empfehlungen an Träger von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende für die Öffentlichkeitsarbeit

Verändert sich das unmittelbare Lebensumfeld, ist das Informationsbedürfnis der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner besonders groß. Die Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende führt zu einer Veränderung in einem kurzen Zeitraum: Eine große Zahl von Menschen wird in einem Gebäude untergebracht und wohnt für einen unbestimmten Zeitraum in der Nachbarschaft. Fragen wie beispielsweise...

- Woher kommen die Bewohner/innen?
- Wie ist das Heimleben organisiert?
- Wie lernen die Bewohner/innen Deutsch?
- Wie werden die Erwachsenen bei der Alltagsbewältigung unterstützt?
- Wie werden die Kinder in Schulen und Kitas integriert?
- Gibt es eine Betreuung im Haus?
- Wie lange werden die Bewohner/innen im Heim bleiben?
- Wie kann man den Bewohner/innen helfen?

...sind Fragen, die den Zuständigkeitsbereich des Trägers der Gemeinschaftsunterkunft betreffen und auf die der Träger konkrete Antworten geben sollte.

Good Practice

Die Heimbetreiberin PRISOD informiert auf ihrer Webseite und in einem Flyer zur Gemeinschaftsunterkunft. Darüber hinaus bieten die wöchentlichen Bürgersprechstunden, die in der Unterkunft selbst stattfinden, einen persönlichen Rahmen und auf Fragen, Anregungen und Unterstützungsangebote der Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Die PRISOD hat für die Öffentlichkeitsarbeit eine eigene Stelle eingerichtet. Dies ist sinnvoll, da die Leitung der Gemeinschaftsunterkunft oft mit vielfältigen Aufgaben belastet ist und die Öffentlichkeitsarbeit meistens darunter leidet.

Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zur Anwohnerschaft dient der Integration der Gemeinschaftsunterkunft in den Sozialraum. Ohne ein Konzept für den Umgang mit der Öffentlichkeit im Allgemeinen und der Anwohnerschaft im Speziellen wird sich die Wahrnehmung der Einrichtung als Fremdkörper im Quartier verfestigen.

- Die Aktivitäten sollten vor der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft einsetzen.
- Gespräche mit dem zuständigen Bezirksamt sowie Organisationen in der Nachbarschaft (wie Wohnungsbaugesellschaften und Nachbarschaftszentren) und eine sozialräumliche Vernetzung sind unabdingbarer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.
- Bereits vor der Eröffnung sollte Informationsmaterial erstellt und in den umliegenden Wohnhäusern und an vielen anderen Orten ausgelegt werden.
- Eine konkrete Ansprechperson bei Fragen und Beschwerden signalisiert Anwohnerinnen und Anwohnern, dass ihr Informationsbedürfnis ernst genommen wird.
- Es empfiehlt sich ein Konzept für Bürgersprechstunden einzuführen, um auf Fragen der Bürger/innen intensiv eingehen zu können.

Der Öffentlichkeitsarbeit sollte zugrunde liegen, keine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Fragen zu haben. Eine transparente und proaktive Öffentlichkeitsarbeit kann Bedenken und Ängste durch eine gezielte und klare Informationspolitik abbauen. Dies setzt eine gute Vernetzung im Bezirk und im unmittelbaren Sozialraum voraus.

Impressum

Auflage: 1.000 Stück

Mai 2014

V.i.S.d.P.: Dr. Birgit Hoppe

Titelbild: Wandbild an der Sporthalle in der Carola-Neher-Straße

HERAUSGEBER

Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter May«

Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Müllerstr. 74, 13349 Berlin

Vorstandsvorsitzende/Direktorin: Dr. Birgit Hoppe

REDAKTION

TEXTE

Dr. Thomas Bryant, Carl Chung, Rüdiger José Hamm, Aylin Karadeniz, Daniela Schneider, Ann-Sofie Susen

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG

Aylin Karadeniz

INTERVIEWS

Alke Wierth

STIFTUNG SPI

Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte

Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Voltairestr. 3, 10179 Berlin

+49.0.30 41 72 56 28

+49.0.30 41 72 56 30 fax

ostkreuz@stiftung-spi.de

www.stiftung-spi.de

www.mbt-ostkreuz.de

GESTALTUNG

www.duett design.de | Andreas Studer

COPYRIGHTS

Die Stiftung SPI behält sich sämtliche Rechte auch an der Gestaltung und Struktur der Broschüre vor. Nachdruck sowie Vervielfältigungen sind nur mit Angabe der Quelle und vorheriger Informationen und Freigabe durch die Redaktion gestattet.

Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Sowie gefördert durch



Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen

Im Rahmen von



Das Landesprogramm